Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Josef Zellmeier

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Andreas Jurca

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Florian Köhler

Abg. Claudia Köhler

Abg. Markus Striedl

Abg. Martin Behringer

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Patrick Grossmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Winhart

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Tim Pargent

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Manuel Knoll

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Sanne Kurz

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und
der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025) (Drs. 19/4007)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/5634 und 19/5635)

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz
2025 - NHG 2025) (Drs. 19/4008)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 19/5640)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/5636)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/5637 mit 19/5639)

und

Änderungsanträge der Fraktionen zum Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025 (s. Anlage 2)

Einzelheiten zu sämtlichen Änderungsanträgen können Sie der Tagesordnung sowie der Anlage 2 zur Tagesordnung entnehmen.

(Siehe Anlage 2)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 150 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 46 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 29 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 27 Minuten sowie auf die SPD-Fraktion 21 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zu insgesamt 16 Änderungsanträgen Einzelabstimmung in namentlicher Form beantragt wurde. Die entsprechende Aufstellung hierzu wurde den Fraktionen vorab zugesandt und ist über Plenum Online einsehbar.

An dieser Stelle erinnere ich nochmals daran: Falls Sie Ihren Abgeordnetenausweis nicht greifbar haben, wenden Sie sich zur Ausstellung einer Ersatzkarte bitte bereits jetzt an das Plenarreferat hier im Plenarsaal. Sobald wir uns im Abstimmungskomplex befinden, können Ihre Abstimmungsrechte auf einer Ersatzkarte nicht mehr aktiviert werden.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache, wenn alle ihren Platz eingenommen haben.

(Unruhe)

Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Josef Zellmeier. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir ziehen heute die Schlussbilanz der Haushaltsberatungen zum FAG und zum Nachtragshaushaltsgesetz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine Worte mit einem Dank an unseren Staatsminister Albert Füracker, an den Staatssekretär Martin Schöffel, an das Finanzministerium und die Bayerische Staatsregierung begin-

nen. Ich bedanke mich beim Abteilungsleiter Haushalt Herrn Kazmaier besonders für die Vorlage des Nachtragshaushalts sowie für die intensive Arbeit in finanziell schwierigen Zeiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Albert Füracker, lieber Martin Schöffel, ich danke allen dafür, dass wir unsere Gelder so konsequent und zielgerichtet verwenden und damit auch in schwierigen Zeiten die richtigen Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern hat auch heuer wieder von der Ratingagentur Standard & Poor's ein Spitzenrating erhalten. Zwar hören Sie das jedes Jahr, aber es stimmt Gott sei Dank auch jedes Jahr. Das zeigt, dass wir mit den Geldern auch in der Vergangenheit sorgfältig umgegangen sind, dass wir keine neuen Schulden machen, dass wir niedrige Altschulden sowie eine niedrige Zinsbelastung haben. Das zeigt, wie sorgfältig wir gearbeitet haben. Das werden wir auch in Zukunft tun – trotz einer Vielzahl an Herausforderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie wissen alle, die Unsicherheiten auf der Welt sind mehr geworden. Wir brauchen ein stabiles System. Bayern ist stabil, war es immer und wird es auch in Zukunft sein. Bayern ist der Anker in der Bundesrepublik Deutschland und wird es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Finanzpolitische Stabilität gehört zur DNA der Staatsregierung und zur DNA der Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Wir haben immer seriös agiert und im Haushaltsvollzug immer effizient gewirtschaftet – auch dafür unserem Finanzminister ein Dankeschön. Wir sind mit unserer niedrigen Verschuldung wirklich beispielgebend. Das ist ein wesentlicher Faktor für die Ratingagenturen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch allen Danke sagen, die im Haushaltsausschuss intensiv mitberaten und konzentriert mitgearbeitet haben. Auf diese Weise konnten wir trotz der vielen Änderungsanträge Zeit sparen. Ich nenne an dieser

Stelle explizit meinen Stellvertreter Bernhard Pohl, der intensiv mit mir gearbeitet hat. Ich nenne auch die haushaltspolitischen Sprecher und die Mitglieder aller Fraktionen. – Danke für die gute Arbeit! Ich danke Ihnen auch, dass wir uns nicht mit ideologischen Diskussionen aufgehalten haben, sondern das Wesentliche in den Mittelpunkt gestellt haben.

Ich danke auch den Damen und Herren der Staatsregierung für ihre Präsenz, wenn dies möglich war, sowie den Amtschefs für die gute Vertretung der Häuser.

Natürlich gilt mein besonderer Dank der Büroleiterin des Haushaltsausschusses, Frau Birgit Wichtermann-Robl, sowie dem Stellvertreter, Herrn Thomas Hechenblaikner. Ich danke ebenfalls Herrn Stefan Treitner und Frau Renate Bergbauer-Schlenzger, die nicht nur das ganze Jahr über, sondern besonders in den letzten Wochen und Monaten viel Arbeit leisten mussten.

Ich danke natürlich auch den Büros der Fraktionen und den jeweiligen Referenten in den einzelnen Fraktionen, stellvertretend Dr. Markus Raeder, der das für unsere Fraktion hervorragend macht.

Ich danke weiter auch den mitwirkenden Offizianten sowie dem Stenografischen Dienst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt danken wir den bayerischen Steuerzahlern. Wir danken allen, die durch ihre Leistungen dazu beitragen, Steuern zu erbringen. Da viele Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne sitzen, möchte ich Folgendes sagen: Sie, die Steuerzahler, sind es, die zu diesem Steueraufkommen beitragen, ob Sie Unternehmer, Arbeitnehmer oder Landwirte sind. Sie tragen dazu bei, dass wir mit den Geldern vernünftig agieren können, aber auch die Beamten in den Finanzämtern, die für einen konsequenten Steuervollzug sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, in Zeiten der Unsicherheit müssen wir die gesamte Lage betrachten. Die Zollpolitik des neuen amerikanischen

Präsidenten wirbelt die Wirtschaft durcheinander. Strafzölle in enormer Höhe verunsichern. Wir hatten an einem Tag einen historischen Einbruch des DAX um 9,4 % – der größte Tagesverlust seit der Finanzkrise 2008. Bayern ist ein Exportland, vor allem in der Automobilwirtschaft, aber auch weit darüber hinaus. Wir stehen vor schwierigen Zeiten und Unsicherheiten. Wir wissen nicht, wohin der Weg führt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft und auf unsere Steuereinnahmen. Darunter leiden wir. Gerade Bayern als Automobilland spürt die Verwerfungen in der Automobilindustrie stärker als andere Länder. Die Zollpolitik der Amerikaner geht dabei noch weit über die Automobilindustrie hinaus.

Auch die Wirtschaftsprognosen sind nicht besonders gut. Wir haben marginale Wachstumsraten, die eventuell durch die Zollpolitik der Vereinigten Staaten wieder auf null gefahren werden. Ein eskalierender Handelskonflikt kann zur Schrumpfung der Wirtschaft und damit zu noch schwierigeren Zeiten führen. Deshalb bin ich dankbar, dass die Koalitionsverhandlungen jetzt offensichtlich abgeschlossen sind. Erst vor wenigen Wochen hatten wir die Debatte über die Lockerung der Schuldenbremse. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir jetzt sehen, was weltweit passiert, war diese Debatte im Nachhinein richtig. Die Lockerung der Schuldenbremse ermöglicht es uns, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben und dort gegenzusteuern, wo wir dies als Freistaat Bayern können.

Leider Gottes müssen wir jetzt eine mehrjährige wirtschaftliche Schwäche prognostizieren, die auch noch eine Zeit lang anhalten wird. Dafür gibt es viele Gründe, auch selbstgemachte. Ich nenne die hohen Steuern, die zu hohen Energiekosten und die bürokratischen Belastungen. Ich nenne außerdem den langsamen Ausbau der Infrastruktur. All das belastet uns. Ich setze darauf, dass die neue Bundesregierung hier Auswege aufzeigen und diese Belastungen reduzieren wird. Dafür ist gerade die Union angetreten. Das ist mir in dieser schwierigen Zeit besonders wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steuereinnahmen wachsen nicht mehr so wie erwartet. Die letzte Steuerschätzung im Oktober 2024 – in ein paar Wochen wird

schon die nächste kommen – hat eine Minderung gegenüber dem Soll im Doppelhaushalt um 1,8 Milliarden Euro ergeben. 500 Millionen Euro kostet uns der Zensus, der Korrekturbedarf. 500 Millionen Euro kosten uns die Asylpolitik und die Integration. Beim kommunalen Finanzausgleich haben wir zur Stärkung der Kommunen 600 Millionen Euro draufgelegt. Wenn Sie all das einmal zusammenzählen, dann kommen beeindruckende Summen heraus, und das in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit.

Hinzu kommt: Der Länderfinanzausgleich belastet uns mehr denn je. 9,8 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte des Ausgleichsvolumens in Deutschland, zahlt der Freistaat Bayern. Wir zahlen mehr als 50 % bei 15 % der Einwohner. Sie sehen: Auch hier haben wir einen riesigen Korrekturbedarf. Wir sind ja bereit, anderen zu helfen, wenn sie vernünftig wirtschaften, was häufig zu bezweifeln ist. Hätten wir aber nur die Hälfte des Geldes, das wir anderen zahlen, könnten wir ganz anders agieren. Wir hätten dann all die jetzt auftretenden finanziellen Probleme nicht, die wir haben, weil wir trotz eigener Schwierigkeiten eine Summe leisten, die wir in dieser Höhe auf die Dauer nicht mehr aufbringen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das zweitgrößte Geberland Baden-Württemberg liegt bezüglich der Einwohnerzahl und der Wirtschaftsstärke knapp hinter uns. Baden-Württemberg zahlt nicht einmal die Hälfte der Summe in den Länderfinanzausgleich, die Bayern einzahlt. Diese ungerechte Verteilung muss entweder durch ein Urteil oder durch politische Verhandlungen beendet werden. Allein Berlin bekommt von uns jedes Jahr 3,9 Milliarden Euro. Dieses Beispiel zeigt, wohin die Mittel fließen. Ob sie dort auch gut investiert sind, kann zu Recht in Zweifel gezogen werden; denn dort werden Leistungen an die Bürger gebracht, die wir uns in Bayern nicht leisten können, und das aus Mitteln, die aus Bayern zugeflossen sind. Zwangssolidarität hat ihre Grenzen. Dieses System muss auf neue und gerechtere Füße gestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Nachtragshaushalt hat ein paar wesentliche und markante Punkte: keine neuen Stellen, keine neuen Schulden und ein sorgfältiger Vollzug, um die Rücklage wieder auffüllen zu können. Dazu gehören auch die erhöhte Sperrung und die globalen Minderausgaben. Das alles sind Maßnahmen des Finanzministers, um im Vollzug etwas zu erwirtschaften und die Rücklage zu schonen, die wir im kommenden Doppelhaushalt 2026/2027 dringend brauchen werden, auch wenn uns die Grundgesetzänderungen etwas mehr Spielraum verschaffen. Dieser Spielraum wird nicht ausreichen, wenn wir nicht sparsam wirtschaften und Reformen tätigen. Reformen sind zwingend notwendig. Ohne sie wird es nicht gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stärkung der Wirtschaft muss im Mittelpunkt stehen. Deshalb ist der Aufwuchs im Einzelplan 07 mit 16 % am stärksten ausgefallen. Für Start-ups haben wir einen Risikokapitalfonds eingerichtet und das Kreditangebot bei der LfA ausgebaut. Näheres dazu wird später ausgeführt werden. Im Einzelplan 15, der die Wissenschaft betrifft, werden wir viel tun, um den Mittelstand zu stärken. Wir schaffen anwendungsorientierte Forschung mit den TTZs in allen Landkreisen. In vielen Landkreisen gibt es bereits diese Zentren, andere werden sie noch bekommen.

Sie sehen: Wir haben auch in diesem Nachtragshaushalt wieder Schwerpunkte gesetzt, obwohl wir insgesamt sparsam wirtschaften. Der Haushaltsvollzug im Jahr 2024 ist gut gelaufen. Aber den höheren Steuereinnahmen stehen höhere Ausgaben gegenüber. Sie decken sich fast. Die Investitionen sind gestiegen. Die Investitionsquote ist auf 14,6 % angewachsen. Im Jahr 2025 werden wir mit 15,0 % ebenfalls eine hohe Investitionsquote erreichen. Wir sind damit die Stärksten im Westen der Republik. Dabei finanzieren wir auch noch in die Zukunft. Viele fragen: Warum geht es in anderen Bundesländern auch? – Weil diese Bundesländer nicht investieren. Wir investieren in die Zukunft; andere versuchen, Löcher zu stopfen. Das ist nicht bayerische Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben natürlich Handlungsbedarf bei den Personalkosten. Sie haben alle gehört, was bei den Verhandlungen über den TVöD herausgekommen ist. Das sind wieder erhebliche Belastungen für den bayerischen Haushalt. Ich komme nicht drum herum zu sagen: Wir werden angesichts der Personalquote, die bei rund 40 % liegt, am Personal sparen müssen. Wir werden Stellen reduzieren müssen. Wir haben ein Moratorium, darüber hinaus wollen wir aber auch Stellen abbauen; denn auf Dauer haben wir weder genügend Geld noch bekommen wir genügend Nachwuchs, um all die Stellen zu besetzen. Wir müssen ganz genau hinschauen, was zwingend notwendig ist und was nicht notwendig ist. Genau dort, wo etwas nicht zwingend notwendig ist, müssen wir einsparen. Wir müssen die Personalquote senken, um auch für die Zukunft Spielraum zu haben. Trotzdem haben wir ein Stellenhebungsprogramm mit 5 Millionen Euro aufgelegt. Allerdings muss es durch den Einzug von Stellen gegenfinanziert werden; es gibt also keine zusätzlichen Kosten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solides Haushalten bleibt unser Gebot. Sie haben es mitbekommen: Auf Bundesebene wurde das Grundgesetz geändert. Die 500 Milliarden Euro für die Bundeswehr sind weitgehend unumstritten; Verteidigungsfähigkeit ist zentral ebenso wie die Infrastruktur. Von diesen 500 Milliarden Euro sollen 100 Milliarden Euro an die Länder gehen. Auf 12 Jahre verteilt und auf Bayern heruntergerechnet sind das rund 1,2 Milliarden Euro für den Freistaat Bayern.

Sie können versichert sein, dass wir diese Mittel sinnvoll einsetzen werden. Ich hoffe, dass diese Mittel heuer noch fließen. Wir werden aber auch mit der gelockerten Schuldenbremse sehr sensibel umgehen. 0,35 % vom BIP würde in Bayern vermutlich 2 Milliarden Euro bedeuten. Wir werden damit, wie gesagt, zurückhaltend umgehen; denn die Zinslasten sollen nicht steigen. Wir wissen, wie es im Bund ist. Im Bund – Sie bekommen es mit – geht fast jeder zehnte Euro im Bundeshaushalt mittlerweile in den Schuldendienst. Das wollen wir in Bayern so nicht. Wir haben eine einmalig niedrige Zinsquote, und das soll auch so bleiben.

Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder, und Bayern agiert auch in Zukunft solide. Im Übrigen sei an dieser Stelle auch einmal gesagt: Die bayerischen Beteiligungsunternehmen tragen auch zum Staatshaushalt bei. Die BayernLB hat eine Gewinnabführung von 364 Millionen Euro, Lotto Bayern von 260 Millionen Euro oder Hofbräu von 1,8 Millionen Euro. Bayern hat also durchaus starke Staatsunternehmen vorzuweisen, die wirklich auch dazu beitragen, unseren Haushalt zu verbessern.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen viele Anträge eingebracht. Die beiden Anträge der Regierungsfractionen sind bei der Opposition auch auf Kritik gestoßen. Die Fraktionsinitiativen werden hier immer in Misskredit gestellt. An dieser Stelle möchte ich einmal sagen: Wenn das Parlament und wenn wir mehrheitlich im Ausschuss – oft sind die Abstimmungen ja sogar einstimmig – Schwerpunkte setzen, dann sind sie wohlbedacht, greifen regionale Probleme auf und lösen sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür setzen wir einen Teil der Mittel ein. Insgesamt umfassen diese Anträge der Regierungsfractionen 90 Millionen Euro. Es gibt aber auch andere Schwerpunkte, zum Beispiel im Bereich der inneren Sicherheit. Wir verbessern die Drohnenabwehr mit 550.000 Euro. Wir erweitern die Videoüberwachung mit 3,8 Millionen Euro – eine Folge auch von den Attentaten in Aschaffenburg und in München –, oder wir stellen Einsatzbekleidung für die Bergwacht zur Verfügung. Im Sportbereich wird das Sportcamp des BLSV in Bischofsgrün oder die Skiflugschanze in Oberstdorf unterstützt. Wir geben über 5 Millionen im Bereich der Dorferneuerung aus. Wir geben viel für die Jugend aus: 4 Millionen Euro, davon rund die Hälfte für den Bayerischen Jugendring. Wir stocken den Bereich Wissenschaft und Bildung mit insgesamt 14,4 Millionen Euro auf. Auch im Bereich der sonderpädagogischen Förderschulen werden 2 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Wir fördern auch das Ehrenamt; ich denke zum Beispiel nur an den Bereich Digitalisierung, den Bereich der Sportschützen, der DLRG und vieles mehr. Auch die 500.000 Euro für die Bahnhofsmissionen sind ein wichtiger sozialer Posten.

Im Bereich der Gesundheit gibt es 100 Stipendien für Medizinstudenten im Ausland, die sich im Gegenzug für die Stipendien dazu verpflichten, bei uns in Bayern am Land Dienst zu tun und damit den Ärztemangel im ländlichen Raum zu bekämpfen. Auch für die Schwimmbadsanierung stellen wir Mittel bereit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Wir investieren auch in Detailbereichen, und zwar flächendeckend über das ganze politische Spektrum.

Mein Fazit: Die Regierungsfractionen gehen sehr sorgfältig mit Mitteln um. Wir haben beim Haushalt nur einige notwendige neue Schwerpunkte gesetzt über das hinaus, was der Finanzminister bereits vorbereitet hatte. Wir werden das auch in Zukunft tun. Die Menschen in Bayern können sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden auch in Zukunft solide haushalten, kräftig investieren und mit der Lockerung der Schuldenbremse sehr sensibel umgehen. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, diesem Haushalt zuzustimmen. Er ist ein guter Haushalt, ein Haushalt im Sinne der Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

Andreas Jurca (AfD): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Bevor wir uns erneut der Debatte um den Haushalt zuwenden, möchte ich noch einmal allen Beteiligten danken, die zur Erstellung des Nachtragshaushalts beigetragen haben: den zahlreichen Mitarbeitern der Ministerien, des Landtags, der Fraktionen sowie den Mitgliedern des Haushaltsausschusses unter der fairen Leitung des Ausschussvorsitzenden Herrn Zellmeier. Danke dafür. Aber unser größter Dank gilt erneut dem bayerischen Steuerzahler, jenen Menschen, die Tag für Tag aufstehen, arbeiten, Betriebe führen, Verant-

wortung übernehmen und es trotz der mangelhaften Politik der letzten Jahre schaffen, dieses Land am Laufen zu halten.

(Beifall bei der AfD)

Doch beginnen wir von vorne: Bereits beim ursprünglichen Haushaltsentwurf 2025, der von der Staatsregierung vollmundig als Premiumhaushalt gepriesen wurde, zeigten sich erste Risse, die schon bald zu offenen Brüchen ausgewachsen sind. Schon kurze Zeit nach der Präsentation des Haushaltsentwurfs mussten Mehrausgaben von über 500 Millionen Euro eingepflegt werden. Gleichzeitig rechnete der Nachtragshaushalt mit Mindereinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro. Eine solche Diskrepanz zeigt, wie fahrlässig und realitätsfern die Finanzplanung der Staatsregierung tatsächlich ist.

Ursache für diese Mehrausgaben ist die weithin ungebremste Ausgabenexpansion im Bereich der Zuwanderung und Integration, Mehrausgaben, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Belastung unserer Bürger in keiner Weise vertretbar sind. Es stellt sich sehr deutlich die Frage nach angemessener Prioritätensetzung. Wenn Milliardenbeiträge für Zuwanderungs- und Integrationsfonds ein grenzenloses Haushaltsvermögen suggerieren, werden gleichzeitig Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zurückgestellt werden müssen.

Doch damit nicht genug: Die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten verschärfen die Lage. Zusätzlich beobachten wir weltweit steigende Anleiherenditen, nervöse Aktienmärkte und wachsende Zinsrisiken. Es ist nicht primär Präsident Trump, der Unsicherheit erzeugt, sondern vor allem das über Jahrzehnte hinweg aufgetürmte Schuldenpaket der Altparteien, maßgeblich verantwortet von Union und SPD.

(Beifall bei der AfD)

Die Auswirkungen dieses Handelns sind für die Bürger vielfältig und divers spürbar: durch steigende Bauzinsen, einbrechende Investitionen und einen vor der Erdrückung

stehenden Mittelstand. Besonders alarmierend ist dabei die Tatsache, dass selbst das vermeintlich unantastbare AAA-Rating Deutschlands zunehmend unter Druck gerät. Experten warnen davor, dass sich die Kreditwürdigkeit Deutschlands bei anhaltender Schuldenpolitik und wirtschaftlicher Schwäche ernsthaft verschlechtern könnte, und natürlich auch die Bayerns.

Ein Verlust des AAA-Ratings hätte für den Freistaat Bayern drastische Folgen. Die Refinanzierungskosten würden erheblich steigen, der finanzielle Handlungsspielraum würde weiter schrumpfen. Bereits heute müssen wir feststellen: Die Prognosen für die kommenden Jahre sind düster. Ab dem Jahr 2028 wird Bayern voraussichtlich jährliche Zinslasten von über 1,3 Milliarden Euro schultern müssen – Mittel, die dringend für Investitionen, Infrastruktur, Bildung und Sicherheit benötigt werden, aber stattdessen in die Abgeltung von Altschulden fließen müssen. Auch hier muss erneut die ernüchternde Praxis der Schuldentilgung angesprochen werden.

Trotz eines Schuldenstands von über 37 Milliarden Euro wird im Jahr 2025 gerade einmal ein symbolischer Betrag von 50 Millionen Euro zur Tilgung eingesetzt. Das ist ein fatales Signal an die Kapitalmärkte und auch an die Bürger Bayerns.

(Beifall bei der AfD)

Statt nachhaltiger Haushaltskonsolidierung betreibt die Staatsregierung ein schwer ansehbares Durchwurschteln zulasten der kommenden Generationen. Es ist mehr als unverantwortlich, wie die Staatsregierung die Zeichen der Zeit ignoriert und damit Sicherheit und Wohlstand verspielt.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch mehr einem Thema zuwenden, das die Bürger Bayerns sehr direkt im Alltag, aber auch etwas indirekter über die Lohnabrechnung beschäftigt: die fortlaufende illegale Masseneinwanderung. Die Versprechen einer wirksamen Begrenzung der Migration, die von CDU-Chef Friedrich Merz im Zuge der Koalitionsverhandlungen vollmundig abgegeben wurden, wurden schonungslos gebrochen. Statt der angekündigten Wende erleben wir weiterhin eine kontinuierliche

Zuwanderung auf quantitativ hohem Niveau. Qualitativ ist das ein anderes Thema. Wegen dieser Entwicklung werden die Ausgaben für den eingangs erwähnten Zuwanderungs- und Integrationsfonds von ursprünglich 2,5 Milliarden auf 3 Milliarden Euro angehoben. Das ist in einer wirtschaftlich global angespannten Situation gegenüber den Bürgern Bayerns weniger vertretbar denn je.

Andere globale Ereignisse erscheinen auch nennenswert: Nach dem Sturz von Assad in Syrien, der eigentlich die Chance für umfangreiche Rückführungen eröffnet hat – wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt –, bleibt eine spürbare Rückkehrbewegung aus. Welch Wunder! Dieses historische Ereignis, wie immer man es bewerten mag, scheint wie so vieles nur eine Randnotiz für unsere Staatsregierung zu sein.

Der Fundus an migrationswilligen und gefährdeten jungen Männern aus dem Orient wird schließlich niemals erschöpft sein, wenn man über genug Kreativität verfügt, um jeden wirtschaftlichen oder sozialen Umstand als legitime Fluchtursache zu deklarieren. Wir als AfD-Fraktion haben konkrete Vorschläge zur Reduktion dieser enormen Migrationskosten im Haushaltsausschuss eingebracht: eine klare Begrenzung der Integrationsmaßnahmen, stärkere Anreize zur freiwilligen Rückführung sowie eine konsequente Rückführung nicht schutzbedürftiger Personen.

Wie zu erwarten, wurden unsere Änderungsanträge von den Regierungsfractionen CSU und FREIEN WÄHLERN weitgehend ignoriert und abgelehnt. Der mangelnde Wille, grundlegende Änderungen durchzuführen, um all den anhängenden finanziellen und gesellschaftlichen Negativentwicklungen entgegenzuwirken, offenbart sich allzu offensichtlich.

Meine verehrten Zuhörer, angesichts sich weiter ausdehnender internationaler Handelskonflikte, einer angeschlagenen Industrie und massiver wirtschaftlicher Unsicherheiten ist eine solche Belastung für Bayern nicht länger tragbar. Wir müssen endlich klare Grenzen ziehen, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, und dürfen nicht länger Milliarden Euro in ein Einwanderungssystem investieren, das offensichtlich weder

tragbar noch von den Bürgern gewünscht ist. Die Regierung muss handeln, bevor die Folgen für unseren Freistaat unumkehrbar werden und das noch verbleibende Vertrauen der Bürger gänzlich aufgebraucht ist.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir unseren Fokus nun als Nächstes auf die Verhandlungen im Haushaltsausschuss legen, offenbaren sich weitere interessante Umstände bei der 90 Millionen Euro schweren Fraktionsreserve, welche von den Regierungsfractionen öffentlichkeitswirksam verteilt wurde. Von den insgesamt rund 460 Änderungsanträgen stammen über die Hälfte von CSU und FREIEN WÄHLERN, womit sich die Regierungskoalition mit etwa 250 Anträgen anscheinend in ihren eigenen Stimmkreisen beliebt machen wollte. Dabei wurden auffällig häufig Kleinstförderungen zwischen 6.000 und 10.000 Euro verteilt, sicher sehr zum Glück der Betroffenen. Eine transparente Haushaltspolitik sieht anders aus.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass nicht alle Projekte der Regierungsfractionen abzulehnen waren oder sind. Wir haben einige mitgetragen. Einige davon sind natürlich sinnvoll; doch es stellt sich hier unwiderruflich die Frage: Warum wurden diese Maßnahmen nicht von Anfang an in den Gesetzentwurf eingearbeitet, sondern mit großem Medien-Tamtam nachträglich eingebracht? – Diese Vorgehensweise zeigt einmal mehr, dass die Regierungsfractionen sehr großen Bedarf an kurzfristiger politischer Effekthascherei haben, während im Hintergrund langfristige Verbesserungen anstehen. Wir als AfD-Fraktion missbilligen derartige Praktiken und fordern eine disziplinierte und zukunftsorientierte Haushaltspolitik.

(Beifall bei der AfD)

Unser Ziel ist es, im Hier und Jetzt verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, damit der Freistaat Bayern langfristig handlungsfähig bleibt und den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Der Wählerauftrag beinhaltet keine parteipolitische

Selbstinszenierung, sondern solide, verlässliche und langfristig angelegte finanzpolitische Weichenstellung.

Zu den Kommunen: Die haushaltspolitische Situation der Kommunen ist ein ebenso wichtiges Thema, das hier debattiert gehört; aber dazu wird anschließend mein Kollege Andreas Winhart im Detail Stellung nehmen.

Meine verehrten Zuhörer, angesichts der aktuellen Entwicklung steht eines fest: Bayern und der Haushaltsausschuss steuern auf schwierige Zeiten zu. Die Finanzpolitik der Staatsregierung offenbart eine beängstigende Realitätsferne und zeigt wenig Respekt gegenüber den hart arbeitenden Bürgern unseres Freistaats.

Statt einer nachhaltigen, verantwortungsvollen Politik erleben wir Maßlosigkeit, Selbstinszenierung, gepaart mit Heilsbringer-Syndrom für die Welt, und eine unverantwortliche Verschiebung der Lasten auf kommende Generationen. Das ist ein Kurs, den wir als AfD-Fraktion klar ablehnen. Es braucht endlich eine Finanzpolitik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen unserer eigenen Bürger sowie den real gegebenen weltpolitischen Umständen orientiert und damit langfristige Stabilität sichert und wieder Wohlstand in unsere Heimat bringt.

Auf eines können Sie sich verlassen: Die AfD-Fraktion wird weiterhin unbeirrt für eine gerechte und nachhaltige Haushaltspolitik kämpfen. Unsere Ziele bleiben eine echte Entlastung der arbeitenden Bürger, Priorität für Bayern und ein entschiedenes Nein zu verantwortungsloser Verschuldung. Die Zukunft unseres Freistaats darf nicht politischer Kurzsichtigkeit geopfert werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Doris Rauscher (SPD): Ganz schwach!)

– Dann machen Sie es doch besser!

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich ebenfalls mit einem Dank beginnen. Der erste Dank gilt dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und allen Mitgliedern dieses Haushaltsausschusses für die engagierten, guten und konstruktiven Beratungen. Lieber Josef Zellmeier, du hast das wie immer souverän, fair und vor allen Dingen zielgerichtet erledigt. Deswegen haben wir gute Haushaltsberatungen gehabt und können jetzt in Zweiter Lesung einen Haushalt vorlegen, der unser aller Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mein zweiter Dank gilt Finanzminister Albert Füracker, Herrn Kazmaier und dem ganzen Team im Finanzministerium für die hervorragende Vorbereitung; aber das sage ich auch an dieser Stelle: Eine umsichtige Finanzpolitik, die diese Regierungskoalition und diesen Finanzminister auszeichnet, ist wirklich ein wohltuender Kontrast zu dem, was anderswo in Deutschland passiert. Wir sind in Bayern ein Anker der Stabilität, nicht erst, seit diese Regierungskoalition amtiert. Das war früher auch schon so; aber in besonders schwierigen Zeiten – und der Vergleich mit Berlin ist hier angebracht – haben wir Kurs gehalten, und allen Beteiligten gilt dafür mein herzlicher Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich gilt mein Dank auch den engagierten Menschen, die Steuern bezahlen: Arbeitgebern, Arbeitnehmern, all denjenigen, die zum Wohlstand unseres Landes beitragen. All das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sind ein Land der Leistungsträger. Wir sind ein Land, das zusammenhält. Wir sind kein Land der Leistungsverweigerer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist solide aufgestellt, deswegen haben wir eine Rücklage, deswegen können wir gestalten; aber ich sage es ganz deutlich: Die Zukunft wird schwierig, und es ist angebracht, darauf hinzuweisen, dass wir vor einem Doppelhaushalt 2026/2027

stehen, der wesentlich schwieriger zu verhandeln sein wird als das, was wir bislang als Haushaltspolitik verantworten konnten.

Die Kommunen sind ein Stück weit Frühindikatoren. Dort ist es jetzt schon deutlich schwieriger. Deswegen haben wir als Regierungskoalition bei den Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich, an dem Kollege Zellmeier und ich für das Parlament beteiligt waren, den Kommunen die Hand gereicht und ihnen Unterstützung gegeben.

Der Kollege Frühbeißer wird sich in seinem Redebeitrag noch intensiv damit auseinandersetzen, und dennoch bleibt die Lage bei den Kommunen schwierig; aber man kann nicht, liebe Frau Kollegin Köhler – ich weiß nicht, wo sie abgeblieben ist, sie soll ja nach mir reden, dann kann sie das beantworten –, so ohne Weiteres hergehen und sagen: Na ja, der Freistaat hat noch eine Rücklage, also schieben wir einmal eine Milliarde an die Kommunen; denn die Rücklage, die der Freistaat heute noch hat, kann morgen schon weg sein, wenn man das Geld nicht zusammenhält. Deswegen bleibt es bei dem, was wir mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart haben. Das ist der Konsens zwischen der kommunalen Ebene und der Landesebene. Dieser Konsens ist gut.

Aber wir werden die Zukunft nur meistern, wenn wir auch in Bayern deutlich umsteuern. Auch in Bayern wird es kein Weiter-so geben. Die Ursachen sind verschiedenartig. Im Einnahmenbereich schmerzt uns natürlich die katastrophale Finanz- und Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung der letzten Jahre. Die Steuereinnahmen sind eingebrochen. Frau Kollegin Fuchs, lesen Sie nach: 1,3 Milliarden Euro müssen wir nachfinanzieren. Die geringeren Einnahmen von etwa 500.000 Euro infolge der Ergebnisse des Zensus 2022 hängen mit der Ampel-Regierung nicht unmittelbar zusammen,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ah geh!)

aber die 1,3 Milliarden Euro schmerzen uns. Natürlich war es in der Vergangenheit leichter, als jedes Jahr die Steuereinnahmen deutlich gestiegen sind. Wenn man jetzt

mit weniger auskommen muss, dann ist das ad hoc ohne Weiteres nicht möglich. Deswegen können wir nicht einfach sagen: Na ja, wir haben zwar eine Vereinbarung getroffen, aber wir schieben jetzt einfach noch mal schnell eine Milliarde herüber. Das Geld fehlt uns dann an anderer Stelle.

Wir haben große Zukunftsthemen. Der zweite Punkt bei den Einnahmen – Herr Kollege Zellmeier hat es gesagt – ist: Die momentane Umsetzung des Länderfinanzausgleichs geht so nicht weiter. Es hat nichts mit Solidarität zu tun, wenn wir an Berlin, an die Bundeshauptstadt, Geld überweisen und wenn der Freistaat Bayern 10 Milliarden Euro abgeben muss, nur weil andere nicht haushalten können und wollen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das geht so nicht weiter; aber ich bin frohen Mutes. Unser Koalitionspartner ist jetzt im Bund an der Regierung beteiligt und wird seinen Einfluss geltend machen, sodass dieser Länderfinanzausgleich korrigiert wird.

Ich hatte vor Wochen die Einführung einer Belastungsobergrenze von 0,5 % des auf das Bundesland entfallenden Bruttoinlandsprodukts vorgeschlagen. Das wären etwa 4 Milliarden Euro. Das ist auch verdammt viel Geld; aber gut, eine gewisse Solidarität ist sicherlich vonnöten. Ich sage es auch ganz offen: Wenn es um die Solidarität mit der Lausitz oder mit irgendwelchen entlegenen Gebieten in Schleswig-Holstein oder in Friesland geht, in denen die Wirtschaft nicht anspringt, können Sie immer mit mir rechnen. Aber die Bundeshauptstadt? – Stellen Sie sich die Absurdität vor, in Bayern würden die Regionen, der Bayerische Wald, der Oberpfälzer Wald, Oberfranken und die Rhön, Geld nach München tragen, weil die Landeshauptstadt nicht mit ihrem Geld auskommt. Das ist absurd. Diese Absurdität im Bund müssen wir jetzt korrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die künftige Haushaltspolitik wird sich aber noch mehr als bisher an unseren Zukunftsthemen orientieren müssen. Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft – das sind die Win-

ner-Themen, das sind die Zukunftsthemen. Da sind wir personell gut aufgestellt, da haben wir gut investiert, und da werden wir auch weiter gut investieren. Ich sage nur Hightech Agenda, die im Wirtschafts- und im Wissenschaftsministerium gebündelt ist. Das sind die Themen, mit denen wir unabhängig von irgendwelchen amerikanischen Präsidenten und Zollfantasien auf den Weltmärkten bestehen können. Preiskämpfe werden wir sicher nicht bestehen. Wir müssen technologisch die Nase vorn haben. Dazu braucht es eine gute Bildung. Wir haben eine starke Kultusministerin, die auch entscheidungsstark ist und deswegen einen Haushalt mit 17 Milliarden Euro verwalten darf. Das ist übrigens der größte Einzelhaushalt, den wir haben. Wir haben einen starken Wirtschafts- und einen starken Wissenschaftsminister. Deswegen ist mir nicht bange, dass wir diese Zukunftsthemen nicht richtig angehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage an dieser Stelle auch, weil wir das Megathema Verteidigung in Deutschland haben: Dieses Thema ist nicht nur ein Bundesthema; denn die Verteidigung betrifft die Sicherheit unseres gesamten Landes. Wir werden es mit Russland als Aggressor, der in Deutschland jetzt schon einen hybriden Krieg führt, noch erleben, dass selbstverständlich auch die Landesbehörden und selbstverständlich auch der Freistaat in der Lage sein müssen und die Aufgabe haben werden, Resilienzen zu verstärken. Im Bereich des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes sind wir gefordert und werden in der Zukunft gefordert sein.

Wenn ich auf das Thema Verteidigung eingehen darf, sage ich: Es ist gut, dass wir in Bayern in der Verteidigungsindustrie führend sind. Ich war neulich Gast beim Gipfel der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, den Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger veranstaltet hat. Das war eine gute Veranstaltung, auch der Chef der Staatskanzlei Florian Herrmann war dabei. Hier sehen wir die große Kraft des Freistaats, seines Unternehmens der Bayerischen Staatsregierung und, wie ich hoffe, jetzt auch der kommenden Bundesregierung. Hier können wir Bayern punkten, und zwar zum einen

für die Sicherheit Deutschlands und zum anderen auch für die bayerische Wirtschaft und die bayerischen Finanzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist die Einnahmenseite. Aber ich sage auch: Wir werden mehr Ausgabendisziplin benötigen. Ausgabendisziplin heißt, es kann auch hier kein Weiter-so geben. Wir müssen die Standards senken und Bürokratie abbauen. Dies anzumahnen ist kein Monopol des bayerischen Finanzministers und des Haushaltsausschusses. Das müssen die ganze Staatsregierung und alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses leben und beherzigen. Es wird Konflikte geben. Es wird nicht mehr so einfach sein wie in der Vergangenheit, dass irgendeiner sagt: Ich brauche mehr Geld, und erwidert wird: Ja, hier hast du es, und damit ist es gut. Wir werden diskutieren müssen, wo wir das Geld einsetzen, und es wird auch mal weniger sein müssen. Natürlich ist davon auch der Sozialbereich betroffen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Eher nur der Sozialbereich!)

Ich sage auch: Die beste Sozialpolitik ist eine Sozialpolitik, bei der die Gesellschaft zusammenhält. Diese hält dann zusammen, wenn wir die Voraussetzungen für den Erhalt unseres Wohlstands, unserer Arbeitsplätze und natürlich auch der Arbeitsplatzsicherheit schaffen. Das wiederum geht nur durch eine gute, zukunftsgerichtete Politik in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE):
Warum ist dann der Wirtschaftsminister nicht da?)

– Liebe Kollegin Köhler, dieser Zwischenruf zeigt mir doch ganz deutlich, was Sie im Sinn haben. Es geht für Sie um parteipolitische Spielereien

(Lachen bei den GRÜNEN)

und nicht darum, welches Ergebnis am Ende herauskommt. Gehen Sie mal davon aus, dass ich mit unserem Wirtschaftsminister weit mehr und intensiver diskutiere, als dies in einer 20-minütigen Parlamentsrede der Fall ist. Aber Sie können ja nachher gerne Ihre Rezepte vortragen.

Ihre Rezepte waren in der Vergangenheit das Bashing gegen die Automobilindustrie,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ach Quatsch! – Johannes Becher (GRÜNE): Nein!)

eine Kernindustrie des Freistaats Bayern, eine ideologische Verbohrtheit beim Verbrenner-Aus

(Claudia Köhler (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

und eine Konzeptionierung, dass Straßen Teufelszeug sind.

(Zurufe von den GRÜNEN – Claudia Köhler (GRÜNE): Fake News!)

– Frau Kollegin Köhler, da "Fake News" zu sagen, das ist einigermaßen absurd. Ich zitiere völlig unverdächtig meinen sehr geschätzten ehemaligen Kollegen Harald Güller von der SPD. Der hat euch jahrelang vergeblich beibringen wollen, dass auch ein Bus auf einer Straße fahren muss,

(Zurufe von den GRÜNEN)

weil ihr alle Anträge für Staatsstraßen etc. abgelehnt habt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Johannes Becher (GRÜNE): Ein bisschen zur Sache sprechen!)

– Kollege Becher, das war jetzt maximal maskulin uncharmant. Ich bin auf die Kollegin Köhler eingegangen, und Sie sagen: zur Sache.

Nun, ein Weiter-so darf es nicht geben. Deswegen appelliere ich an alle Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ja, wir werden über alle Standards reden müssen. Wir werden auch Standards senken müssen. Wir werden auch Menschen mehr zumuten müssen; denn so geht es eben nicht weiter.

Wir haben jetzt diese Grundgesetzänderung vollzogen. Aber die Grundgesetzänderung ist kein Freibrief dafür, dass man alle Spielräume, die man jetzt hat, sofort nutzt. Die Grundgesetzänderung ermöglicht Spielräume. Ich habe es so verstanden, dass man die Grundgesetzänderung deswegen gemacht hat, weil wir jetzt über ein Drittel Parlamentarier im Deutschen Bundestag haben, die extrem rechten oder extrem linken Parteien angehören, und weil damit eine seriöse Politik für Deutschland insbesondere im Bereich Sicherheit und Verteidigung dauerhaft nicht möglich ist. Deswegen war das jetzt sozusagen eine Mittelbevorratung.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Ich habe noch nicht einmal einen Namen genannt. Aber Sie sind lernfähig. Sie wissen schon, dass Sie gemeint sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Ich habe Sie gar nicht persönlich genannt, nur mal ganz nebenbei. – Mittel mussten jetzt für möglicherweise schwierige Zeiten bevorratet werden. Das heißt aber nicht, dass man das Geld ausgeben muss, und vor allen Dingen heißt es nicht, dass man die ganzen Spielräume nutzen muss. Insbesondere muss jetzt, vom Bund angefangen, aber auch im Freistaat eine sehr kritische Bestandsaufnahme stattfinden.

Es kann nicht sein, dass wir ständig die Sozialquoten erhöhen und alles andere stagniert. Es kann auch nicht sein, dass wir in Deutschland für wichtige Zukunftsinvestitionen Genehmigungszeiten haben, bei denen man sich im Kosovo, wo wir im letzten Oktober mit dem Haushaltsausschuss waren, lieber Kollege Zellmeier, verwundert die

Augen reibt: Das ist das Musterland Deutschland? Da dauert es sieben bis zehn Jahre, bevor Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden. – Das geht so nicht.

Aber wissen Sie was? – Beim Thema Bürokratieabbau schaue ich in der Tat gerade zu den GRÜNEN. Ihr seid ja auch für Bürokratieabbau. Aber immer, wenn es dann zum Schwur kommt, heißt es, da genau nicht.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wer hat die Bürokratie aufgebaut?)

– Ja, wer hat sie aufgebaut? Ihr und eure NGOs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei den GRÜNEN –
Claudia Köhler (GRÜNE): Nein!)

Ich werde Ihnen das jetzt einmal sagen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wo haben wir denn die Bürokratie? – Im Umweltschutz, im Gesundheitsschutz, im Landschaftsschutz; in der Gleichstellung ist es besonders schwierig und schlimm.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wer regiert in Bayern?)

All diese Themen sind Bürokratiethemen. Ja, selbstverständlich! Weil Sie meinen, dass Sie mit immer mehr Bürokratie eine scheinbar gerechtere Welt schaffen wollen, weil Sie den staatlichen Stellen grundsätzlich misstrauen, verkennen Sie, dass Sie durch diese Bürokratie denen, die hier in Deutschland Leistung bringen, denen, die dieses Land voranbringen, die Luft zum Atmen nehmen und sie dazu motivieren, das Land zu verlassen. Genau das geht in der Zukunft eben nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten
Johannes Becher (GRÜNE))

Lassen Sie mich am Schluss noch einen Satz zum Thema Zunahme der Kosten für Asyl und Flüchtlinge sagen. Ja, auch für uns ist es schmerzlich, dass wir hier

500 Millionen Euro mehr aufwenden müssen. Aber wer ist denn schuld daran? – Das seid ihr und euer Freund Wladimir Putin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Woher kommen denn die Flüchtlinge? – Die Flüchtlinge kommen aus der Ukraine. Euer Freund führt einen mörderischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Woher kommen die Flüchtlinge? – Aus Syrien. Der Freund eures Freundes, Assad, hat dieses Land zugrunde gerichtet.

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

– Ich finde es bezeichnend, dass Sie das auch noch lustig finden. Im Donbass sterben täglich Hunderte Menschen, weil euer Wladimir Putin sich nicht an Recht und Gesetz hält.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schmarrn!)

Ich sage euch: Wenn ihr auch nur noch einmal in diesem Hohen Haus die Asyl- und Flüchtlingspolitik kritisiert und beklagt, dass wir hier zu viel Geld ausgeben, sage ich: Dieser Finger zeigt auf euch; ihr seid Mittäter!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian Köhler. – Herr Köhler, bitte.

Florian Köhler (AfD): Herr Pohl, Sie haben es eben wieder getan. Sie werfen uns vor, mit Autokraten und dergleichen zu kuscheln. Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Streibl fordert heute in einer Pressemitteilung ein Verbotsverfahren gegen die AfD; das sei überfällig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen zeitgleich den größten Konkurrenten, der derzeit in den Umfragen bei 25 % steht, der die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag stellt – auch das muss man sagen –,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr seid Verfassungsfeinde! – Matthias Vogler (AfD):
Das sagt der Richtige!)

mit Handstreich einfach verbieten und ausschalten.

Ich habe eine Wer-wird-Millionär-Frage für Sie mitgebracht: In welchem Land wird der Oppositionsführer, der laut heutiger Umfrage bei 25 % steht, mit dem Parteiverbot bedroht? – A Nordkorea, B Russland, C Iran oder D Deutschland?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Erste Bemerkung: Wenn Sie einen Funken Ahnung vom Grundgesetz hätten, wüssten Sie, dass Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht laufen und das Bundesverfassungsgericht darüber entscheidet.

(Andreas Winhart (AfD): Das müssen Sie Herrn Streibl sagen, Mensch!)

Zweitens: Wenn Sie fragen, welcher Oppositionsführer in Russland, Nordkorea, Iran –
– Was war das Vierte?

(Zurufe von der AfD: Deutschland! – Lachen bei der AfD)

– Ich dachte, Sie hätten noch ein weiteres Land genannt. – Dann sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Köhler, dass es in Deutschland eine Opposition gibt. In allen anderen Ländern gibt es sie nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –
Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Köhler, warten Sie noch ein bisschen. Bevor ich Ihnen das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis zur Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags bekannt, Tagesordnungspunkt 3. An der Wahl haben 169 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 2 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 29 Stimmen. 137 Abgeordnete stimmten mit Nein. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Dann gebe ich noch das Ergebnis der Wahl eines Schriftführers bekannt. An der Wahl haben sich 170 Abgeordnete beteiligt. Es gab keine ungültigen Stimmen. Der Abgeordnete Dieter Arnold hat 30 Stimmen erhalten. 139 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Einer hat sich enthalten. Damit ist der Abgeordnete Dieter Arnold nicht mit der erforderlichen Mehrheit gewählt. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Jetzt hat die Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von der Fraktion der GRÜNEN herzlichen Dank an die Verwaltung, an die Ministerien, an das Büro des Haushaltsausschusses für die Vorbereitungen, sodass wir drei Wochen lang ordentliche Haushaltsberatungen durchführen konnten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, heute ist die letzte Chance. Heute ist vorerst die letzte Chance, unseren Kommunen schnell zu helfen. Heute können Sie hier helfen, dass Schulen saniert werden, dass Busverkehr finanziert wird, dass Vereine unterstützt werden, dass Geothermieprojekte angeschoben werden; denn heute können Sie unseren Anträgen zur grünen Kommunalmilliarde noch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle reden gerade über Geld. Auch Sie, liebe Kollegen der CSU, wollen jetzt kräftig mitmischen, wie die Milliarden vom Bund verteilt werden sollen, die Milliarden für Infra-

struktur, die Sie in den letzten drei Jahren massiv abgelehnt, ja, deren Notwendigkeit sie sogar geleugnet haben. Aber sei's drum.

Schauen wir einmal, was denn Sie eigentlich in Bayern selbst machen, in Ihrem Verantwortungsbereich, hier, wo wir alle miteinander verantwortlich sind. Was beschließen Sie heute bei dieser Zweiten Lesung des Nachtragshaushalts 2025 für Bayern? Und was werden Sie wieder einmal nicht beschließen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Nachtragshaushalt ist dazu da, um auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Die liegen doch auf der Hand: Unsere Kommunen, unsere Landkreise, unsere Städte, unsere Gemeinden, unsere Bezirke sind am Limit. Erst in der letzten Woche hat der Gemeindetag noch einmal einen Hilferuf abgesetzt. Wie laut muss ein Hilferuf noch werden, bis ihn auch die Regierungsfaktionen hören?

Das Defizit der bayerischen Kommunen beträgt 5,2 Milliarden Euro, nur in NRW ist das Defizit noch höher. Mit Ansage: Schon im Jahr 2023 lag das Defizit bei zweieinhalb Milliarden Euro. Bis heute hat es sich mehr als verdoppelt. Das ist ein wirklich trauriger Rekord. Diese Entwicklung einfach weiterlaufen zu lassen, ist brandgefährlich. Wenn die Landkreise und Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können und wenn die Handlungsfähigkeit vor Ort nicht mehr gegeben ist, dann bröckelt das Vertrauen in einen funktionierenden Staat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann bröckelt auch das Vertrauen in die Demokratie; denn das Vertrauen kommt von dem, was man selber daheim erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Demgegenüber sitzen Sie, liebe Staatsregierung, auf einer milliardenschweren Rücklage. Sie halten sich immer bedeckt. Bei den Haushaltsberatungen haben wir mehrmals danach gefragt. Nach dem Bericht des Obersten Rechnungshofs gestern waren Ende 2023 aber 10 Milliarden Euro in der Rücklage.

(Staatsminister Albert Füracker: Gott sei Dank!)

Nach Ihrem Schreiben – gutes, positives Ergebnis – vor drei Wochen musste 2024 nichts aus der Rücklage genommen werden. Ich würde mal sagen: Gut 5 Milliarden Euro sind auf jeden Fall drin. Nach Ihren beiden Schreiben sind aber wahrscheinlich sogar über 10 Milliarden Euro in der Rücklage des Freistaats Bayern. Davon müssen Sie sofort mindestens 1 Milliarde Euro an die Kommunen weiterreichen, und zwar schnell!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe die unterlassene Hilfeleistung überhaupt nicht. Ich verstehe es nicht. Der Großteil von Ihnen sitzt doch so wie auch wir in Kreistagen oder im Gemeinderat. Sie müssen doch die Not sehen. Ich bin gespannt, wie Sie abstimmen. Es reicht dann bei bayerischen Haushaltsberatungen auch nicht, sich 90 Millionen Euro zu genehmigen und häppchenweise im eigenen Stimmkreis zu verteilen – eine Bronzestatue hier, ein Ballfangzaun da, eine Kirchenorgel da, eine Fischerhütte, ein Aussichtsturm oder eine Sternpilgerwanderung. Hey, Leute, das ist doch keine Landespolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Volker Bauer (CSU): Doch!)

Bei manchen Projekten, wie zum Beispiel den Aussichtstürmen, haben Sie per Antrag sogar noch den Eigenanteil reduziert, der in den staatlichen Förderrichtlinien steht. Die eigenen staatlichen Förderrichtlinien zu umgehen reicht nach Dekret und Willkür. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist gar nicht gut.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das riecht nach Gesetz!)

Wir haben schon darüber gesprochen. Die Abgeordneten der CSU überreichen gerne Schecks und treten noch vor den Beratungen im Ausschuss vor die Presse. Zum Teil tun sie es, noch bevor die Anträge überhaupt im System zu finden sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Formalie, sondern eine Missachtung des Parlaments. Unabhängig von Ihrer Mehrheit werden hier im Landtag die Anträge

debattiert, werden Argumente ausgetauscht, und erst dann wird abgestimmt. Dieses Verfahren sollten Sie respektieren. Dafür gibt es ein Parlament. Was wäre denn gerade wichtiger als starke Parlamente im Gegensatz zu selbstherrlichen Politikern, die einsame Entscheidungen treffen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu passt leider auch, dass einige von Ihnen – ich habe Sie ja zum Teil persönlich angesprochen – seit zwei Jahren verstärkt den Trägern und Empfängern öffentlicher Gelder Angst machen und sagen: "Wehe, es kommt wieder ein Antrag von der Opposition. Dann helfen wir von der CSU euch nicht mehr." Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie das nicht. Erwecken Sie nicht den Eindruck, dass Ihnen das Parlament völlig egal ist und Sie kein Interesse an einer fachlichen Auseinandersetzung und einer Debatte haben. Zu einem Parlament, zu einer Demokratie gehören Debatten, Abstimmungen, eine Opposition und auch Anträge.

Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN haben eine Mehrheit. Nutzen Sie diese. Gestalten Sie für ganz Bayern. Die großen Themen lassen Sie aber zuweilen liegen. Die Verzweigung der Regierungsfaktionen ist gefährlich für die Demokratie, gerade in schwierigen Zeiten. Aus unserer Sicht sind Sie bei den Haushaltsberatungen ein Totalausfall. Bayern steht vor riesengroßen Herausforderungen. Das ist eigentlich nicht zu übersehen. Die Infrastruktur muss modernisiert werden. Die Kinderbetreuung muss verbessert werden. Gesundheit und Pflege müssen ausgebaut werden. Dies alles passiert vor Ort in den Kommunen. Schulen und Hochschulen müssen dringend saniert werden. In Amerika handelt Präsident Trump völlig erratisch und vertreibt mit seiner Politik Wissenschaftler aus seinem Land.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) und Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Bayern könnte reagieren, kluge Köpfe aus den USA anwerben und ihnen eine Heimat bieten, in der sie unter guten Bedingungen frei forschen könnten. Stattdessen regnet es in unseren Universitäten seit Jahren rein. Grundaustattungen stehen in

der Fraktionsreserve und nicht im Stammhaushalt, werden nur für ein Jahr vorläufig finanziert. Dann gibt es auch noch das Gerücht, die Hochschulen sollten noch einmal 12 bis 15 % zusätzlich einsparen. Im gestrigen ORH-Bericht heißt es, die größten Ausgabereste mit bei der Hightech Agenda. Liebe Leute, so erhält man einen Wissenschaftsstandort nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Geld, das in Förderprogramme fließt, darf nicht weiter in der Bürokratie versickern. Auch das hat der ORH gestern in seinem Bericht gut erklärt. 600 Euro Förderung bei 30 Seiten Förderakt – das haben Sie aus Bayern gemacht!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, das ist grüne Politik von der Bundesebene! Das ist grüne Ideologie!)

Dann, unsere Energieversorgung soll – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Verbieten und misstrauen – das ist grün! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ihr Ressort hat die Richtlinien gemacht, mit denen man das beantragen muss.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Verbieten und misstrauen – das ist grün!)

Unsere Energieversorgung soll doch unabhängig werden. Sie soll klimafreundlich sein und modern werden. Dazu gehört aber der Ausbau kommunaler Wärmenetze. Dazu gehören endlich die Bürgschaften für Geothermieprojekte; denn sonst wird es mit dem Klimaschutz nichts, und sonst wirft das auch unsere Wirtschaft zurück.

Die CSU-Ministerpräsidenten und CSU-Minister haben den Ausbau der Stromtrassen verschlafen und verhindert, haben die Windkraft verschlafen und verhindert und tun dasselbe jetzt wieder bei der Geothermie. Wer wird das ausbaden? – Die Kommunen und die Bürger, die die hohen Preise zahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wohnraumförderung, sozialer Wohnungsbau, Mehrgenerationenhäuser – der Förderpotopf für die Wohnraumförderung ist längst leer. Er war schon im November leer. Damals stand das schon in der Zeitung. Hat irgendwer reagiert? – Ich habe nichts gesehen. Warum ist er leer? – Weil die ohnehin schon wenigen Mittel der Staat selber mit der BayernHeim abgegriffen hat. Das muss man sich mal vorstellen: Die Kommunen wollen bauen, fangen Projekte an und bekommen eine Förderzusage. Dann stockt das aber, weil der Staat selbst das Geld wegnimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen zu schaffen geht völlig anders. Mit so etwas schaffen Sie nur Frust.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen liegt von uns ein Antrag auf mehr Geld für die Wohnraumförderung vor. Unsere weiteren Anträge liegen ebenfalls heute noch mal zur Abstimmung vor. Wir fordern höhere Mittel für die Schulsanierung, höhere Mittel für die Schwimmbadsanierungen, die Grundfinanzierung der Kindergärten, die Finanzierung sozialer Aufgaben der Bezirke für Jugend und Menschen mit Behinderungen. Die Bezirke zu entlasten würde nämlich direkt die Landkreise entlasten, weil dann die Umlage für die Bezirke nicht so hoch wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem fordern wir Geld für die Wasser- und Abwassernetze, Schlüsselzuweisungen für die Grundfinanzierung und Stellen für die staatlichen Aufgaben an den Landratsämtern. Alle unsere Anträge zur Kommunalmilliarde kann der Landtag heute beschließen, wenn sich die Regierungsfaktionen trauen, aber rhetorische Ausflüchte wie schon im Ausschuss werden wir sicher auch heute wieder hören; ein bisschen was haben wir ja schon gehört. Am Ende wird wahrscheinlich wieder abgelehnt.

Kleine Erfolge können wir von den Haushaltsberatungen berichten, bei denen Sie uns gefolgt sind. Sie haben bei den Stabilisierungshilfen zumindest ab dem nächsten Jahr mit 50 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung ein bisschen nachgebessert; das wird aber wahrscheinlich nicht reichen. Für die Landschaftspflegeverbände haben Sie ein paar Mittel verschoben. Für heuer geht es, aber die Finanzierung ab 2026 bleibt fraglich. Es gibt mehr Geld für handwerkliche Bildungsstätten. Meine Kollegin Mia Goller hatte einen großen Erfolg im Bereich Landwirtschaft mit dem Rottaler Pferd. Die Sanierung von Feuerwehrhäusern ist jetzt endlich über die Richtlinie möglich, und es gibt zusätzliche Stellen für den Katastrophenschutz.

Das reicht aber natürlich nicht für den großen Wurf für Bayern. Stattdessen steht im Nachtragshaushaltsentwurf – und ich fürchte, CSU und FREIE WÄHLER beschließen das heute mit ihrer Mehrheit auch – eine neue Sparmaßnahme. Das ist in der Krise völlig kontraproduktiv: erst globale Minderausgaben nach dem Rasenmäherprinzip und jetzt noch eine auf 15 % pauschal erhöhte Haushaltssperre, ohne Rücksicht auf den Zweck, rückwirkend zum Januar. Liebe Kollegen, wie soll man denn rückwirkend sparen? Das gefährdet den sozialen Frieden und macht sorgfältige Planungen der Ressorts und der Träger mit einem Federstrich zunichte.

Ich habe heute viele von Ihnen getroffen, als das Ehrenamt im Senatssaal ausgestellt hat. Es gibt schöne Fotos, und da wurden schöne Reden geschwungen, wie wichtig das Ehrenamt ist, aber an jedem Stand wird einem erzählt, dass die Finanzierung für nächstes Jahr nicht gesichert ist. So geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, woran das liegt:

Erstens. Die Staatsregierung von Bayern, die Regierungsfaktionen im Landtag, haben sich in den vergangenen Jahren fast nur mit Bundespolitik, mit Bundespolitikbashing befasst. Das sieht man an den Dringlichkeitsanträgen, auch heute wieder, und das ist

dem Haushalt anzusehen: keine Ideen, kein Problembewusstsein für Bayern, wertvolle Jahre vertan.

Zweitens. Die Ansagen aus der Staatsregierung werden von den Abgeordneten der Regierungsfractionen einfach abgenickt, auch wenn sie in die Ressorthoheit eingreifen und wenig Sinn haben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben gefragt, warum im Wirtschaftsressort weiterhin 45 Millionen Euro stehen und den Haushalt belasten, die ursprünglich für ein Unternehmen bereitgestellt waren, das längst insolvent ist. Die Antwort lautete: Das war der Staatskanzlei wichtig. – Wozu haben wir einzelne Ministerien, wenn alles die Staatskanzlei entscheidet?

Die Ansagen werden aber auch abgenickt, wenn sie sich in kommunale Angelegenheiten einmischen, wenn sie die Energiewende vor Ort verhindern wie über 10 H, wenn sie eine Bettensteuer verbieten, Verordnungen gegen Schottergärten kippen, Stellplatzsatzungen vorschreiben und dabei immer mehr richtig große Aufgaben auf die Kommunen abwälzen wie die Energieversorgung, wie die Bildung, wie die Ganztagsbetreuung, wie die Integration, ohne sie vernünftig zu finanzieren.

Was ist also zu tun? – Wir haben die Aufgabe, Bayern auf Vordermann zu bringen und die Kommunen investieren zu lassen. Es gibt viel zu tun, und es ist viel möglich – in Bayern übrigens auch ohne neue Schulden. Nehmen Sie aus der enormen Rücklage endlich ordentlich Geld für die Kommunen in die Hand. Wenn man nach den Koalitionsverhandlungen sieht, dass für die Länder etwas herausspringt – so schaut es ja aus –, dass auch nach Bayern Milliarden Euro kommen, müssen wir das Geld für zusätzliche Investitionen ausgeben, und zwar tatsächlich für Investitionen in unsere Infrastruktur, in die Versorgung Bayerns.

Wir stehen vor größten Schwierigkeiten, fürchte ich. Wir sind eine Exportnation. Die Probleme der vergangenen Jahre, die auch mit der schwachen Nachfrage aus China zu tun hatten, sind nichts gegen das, was aktuell aus den USA zu uns kommt. In den Koalitionsverhandlungen im Bund habe ich noch keine Vorschläge gehört, wie

wir damit umgehen sollen, auch heute nicht. Wie soll Bayern damit umgehen? Wie werden wir von Energieimporten unabhängiger? Wie können wir Innovationen fördern, um unsere Wirtschaft neu aufzustellen? Wertvolle Zeit ist verloren gegangen. Dieser Nachtragshaushalt bietet dazu keine Antwort.

(Michael Hofmann (CSU): Die Wirtschaft abwürgen in Berlin und dann die Verantwortung verschieben? Lächerlich!)

Wir müssen gemeinsam etwas für den Zusammenhalt in unserem Land tun. Wir müssen gemeinsam etwas für die zunehmende Radikalisierung tun.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gegen die Radikalisierung!)

– Wir müssen gemeinsam etwas gegen die zunehmende Radikalisierung tun, und zwar schnell. – Das war auf jeden Fall ein Versprecher, danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das geht eigentlich nur mit funktionierenden Städten und Dörfern, mit funktionierender sozialer Infrastruktur. Wir müssen jetzt handeln und nicht erst im nächsten Doppelhaushalt. Wer weiß, wie viel Zeit Sie sich dafür wieder lassen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Staat und auch die Haushaltspolitik müssen schneller werden. Helfen Sie mit diesem Nachtragshaushalt den Kommunen. Zeigen Sie vor Ort, dass auf den Staat in Bayern Verlass ist. Noch ist es möglich. Wahrscheinlich kommen auch auf uns schwerere Zeiten zu; deswegen nutzen Sie die Zeit jetzt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Zusammenarbeit der Demokraten im Bund. Bei aller Kritik ist hier für die Infrastruktur ein Kompromiss in kürzester Zeit zustande gekommen. Wir GRÜNE haben auch im Bund jahrelang die Wahrheit gesagt: Es muss in die Infrastruktur investiert werden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Na ja!)

– Jahrelang haben wir es Ihnen gesagt, und Sie haben es geleugnet – hier und im Bund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwölf Stunden nach der Wahl hat es Ihr Spitzenkandidat auch zugegeben. Es kam dann im demokratischen Schulterschluss zu einem Investitionspaket.

Ich habe Ihnen auch heute die Wahrheit gesagt, und wir sagen Ihnen heute die Wahrheit:

(Michael Hofmann (CSU): Aufgeplustert haben Sie sich!)

Wir müssen den Kommunen helfen, schnell. Ich bitte Sie: Warten Sie nicht bis zwölf Stunden nach der nächsten Wahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Die erste kommt vom Kollegen Markus Striedl.

Markus Striedl (AfD): Frau Kollegin, Sie sprechen von der Kommunalmilliarde. Vielleicht haben Sie es im Bund schon mitbekommen: Die Kommunen haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Schauen wir mal

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was?)

– ich komme aus dem Bau –: in Augsburg Staatstheater, zweistöckiger Bahnhofstunnel, Bahnübergang – vor 20 Jahren weggerissen, jetzt wiederhergestellt –, für 300.000 Euro intaktes Straßenpflaster herausgerissen und ein glatteres hineingelegt, damit die Radfahrer besser fahren können.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das zeigt, wie kommunalfeindlich die AfD ist!)

Die Kommunen brauchen nicht mehr Geld vom Freistaat, die Kommunen brauchen weniger grüne Fantasiepolitik in der Kommunalpolitik.

(Beifall bei der AfD)

Wie kommen Sie darauf, dass die Kommunen mit dem Geld nicht hinkommen würden?

(Zuruf: Meine Güte!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Mit diesem Kommunenbashing können Sie den Bürgermeistern und den Landräten vor Ort selbst eine Freude machen.

(Ferdinand Mang (AfD): Machen wir auch!)

Zu so einem Schmarrn, dass die Kommunen kein Geld brauchen, muss ich eigentlich keine Stellung nehmen. Das ist völlig absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Behringer, bitte schön.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Köhler, ich gebe Ihnen recht, dass ein demokratisches Parlament eine Opposition braucht, aber ich habe in Ihrer Rede immer nur gehört: ausgeben, ausgeben, ausgeben, ausgeben, ausgeben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Gegenfinanziert! – Barbara Fuchs (GRÜNE): Alles gegenfinanziert!)

Ich habe nicht ein Wort gehört, woher das Geld kommt, wo man einsparen kann. Dazu habe ich keinen einzigen Satz gehört. Das finde ich für die Opposition schon ein bisschen traurig. Ich muss ganz ehrlich sagen: Darum stehen wir im Bund so da, wie

wir dastehen, weil Ihre Partei genau das getan hat, nämlich nur ausgeben, ohne zu schauen, woher das Geld kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Behringer, wenn ich mich nicht täusche, sind Sie der wohnungsbaupolitische Sprecher Ihrer Fraktion. Sie haben auch im November schon gemerkt, dass der Topf leer ist und dass Kommunen kein Geld mehr bekommen, die schon längst sozialen Wohnungsbau geplant haben. Sie haben null Komma null gemacht. Meine Vorschläge, unsere Anträge waren alle gegenfinanziert; ich habe das auch transparent gesagt. Ich würde 1 Milliarde Euro aus der höheren Rücklage, die so nicht erwartet war, nehmen und den Kommunen geben, damit sie handlungsfähig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir liegen mehr als das Doppelte über dem Plan.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 3 Milliarden Euro haben wir!)

– Nein, wir liegen mit der Rücklage weit über dem Plan. Da halte ich es mit Kollegen Zellmeier, der vorhin gesagt hat: In schwierigen Zeiten muss die öffentliche Hand auch einmal antizyklisch reagieren. – Ja, das muss sie. Sie muss investieren und die Kommunen befähigen zu investieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Topf für den Wohnungsbau, für den Sie verantwortlich sind, hätte schon längst erhöht werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist unzweifelhaft – das ist in Zwischentönen auch schon angeklungen –: Dieser Nachtragshaushalt wurde und wird zu bemerkenswerten turbulenten politischen Zeiten diskutiert. Zwischen dem 11. Dezember 2024, dem Einbringungstag, und der heutigen Zweiten Lesung am 9. April 2025 sind viele bemerkenswerte Ereignisse zu vermerken, die diese Haushaltsberatungen geprägt haben, die auch das Ergebnis prägen werden und die auch für den anstehenden Doppelhaushalt 2026/2027 maßgeblich sind.

Zum einen ist das der Bundestagswahlkampf, den wir alle gemeinsam erlebt haben, in dem es auch um steuer- und finanzpolitische Fragen ging und in dem wir erlebt haben, dass insbesondere von den Unionsfraktionen, auch der hier im Haus, ein Programm vorgestellt wurde – Steuersenkungen für die Spitzenverdiener bei gleichzeitigen Milliardenprogrammen für Ausgaben unter gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse, eine Voodoo- und Wahlkampffinanzpolitik –, das mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte. Die Höhe der Milliardenforderungen auch aus Bayern, auch aus der Staatsregierung und auch aus den Regierungsfractionen an den Bund stand umgekehrt proportional zur Einsicht und zu Vorschlägen, wie das finanziell realisiert werden soll. Das ist der eine Punkt.

Insbesondere die Unionsparteien sind dann aufgewacht unter den finanzpolitischen Realitäten nach der Bundestagswahl. Kollegin Köhler ist schon darauf eingegangen. Nur wenige Stunden nach der Bundestagswahl sind sowohl der Kanzlerkandidat der Union als auch der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende bei den finanzpolitischen Realitäten und Notwendigkeiten angekommen und mussten leider von den Bäumen, auf die sie sich wechselseitig und auf die sie ihre Wähler hochgejagt haben, wieder herunterkommen und sich und den Bürgerinnen und Bürgern – das ist schmerzhaft, das räume ich ein – eingestehen, dass die flotten Sprüche zur Schuldenbremse, zur Finanz- und Steuerpolitik und zur Haushaltspolitik halt nur Sprüche waren und dem Realitätscheck nicht standgehalten haben. Die Finanzpolitik der Union, so viel zur Stimmungslage und zur Einschätzung für ihre Basis, ist nicht an den Forderungen

der SPD gescheitert, sondern schlicht und einfach an den Realitäten der Staatsfinanzierung und dem dramatischen Infrastrukturbedarf, den wir jetzt decken müssen und den wir jetzt schließen müssen. Das ist der entscheidende Punkt.

Die jetzt getroffenen Entscheidungen auf Bundesebene zur Schuldenbremse sind sinnvoll, notwendig und überfällig und gewährleisten für Bayern mehr Gestaltungsspielraum. Sie sorgen für notwendige zusätzliche Investitionsmittel für Bayern und vor allem für die bayerischen Kommunen. Sie gewährleisten, dass die Verteidigungsfähigkeit nicht zulasten der sozialen Sicherheit und der notwendigen Zukunftsgestaltung geht. Darum geht es, und darum wird es in den nächsten vier Jahren sowohl in diesem Landtag als auch im Deutschen Bundestag und auf Bundesebene gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ein starker Staat wie Deutschland und ein starkes Land wie Bayern darf innere und äußere Sicherheit, die Modernisierung unserer Wirtschaft und die soziale Sicherheit niemals gegeneinander ausspielen. Dieses Entweder-oder ist brandgefährlich, spaltet unser Land und treibt die Bürgerinnen und Bürger in die Arme von Populisten und Extremisten.

Wir stehen für ein Sowohl-als-auch und für ein "Und", das verbindet, für gute Löhne "und" eine starke Bundeswehr, für Investitionen in unsere Zukunft "und" ein funktionierendes Gesundheitssystem, für Modernisierung und Zusammenhalt, für stabile Renten, für bezahlbare Mieten, für eine gute Gesundheitsversorgung, für bezahlbare Pflege und für eine Politik, die an der Seite der Familien steht. Das geht. Das geht in anderen Ländern, das geht auch bei uns in Deutschland. Ich bin seit heute Nachmittag zuversichtlich, dass wir das in Deutschland umsetzen werden. Das geht auch bei uns in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Es ging und geht nicht darum, die Schuldenbremse abzuschaffen oder auszusetzen. Es ging um eine kluge Reform, klar begrenzt auf Investitionen in unsere Sicherheit und die Modernisierung Deutschlands und auch Bayerns. Die Bürgerinnen und Bürger hätten eigentlich vor der Wahl Klarheit in dieser Frage verdient. CDU und CSU konnten diese Wahrheit vor der Wahl nicht aussprechen. Wir haben diese Wahrheit vor der Wahl ausgesprochen, und wir sprechen sie jetzt aus. Wir sind froh und dankbar darüber, dass da mit der Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag eine große Einigung gefunden wurde. Insofern haben wir eine gute Grundlage für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch und vor allem für den Freistaat Bayern. Auf diese Initiative seitens der SPD sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns schon vorstellen können, dass die FREIEN WÄHLER, die ganz grundsätzliche Kritik daran geübt haben, über zusätzliche Spielräume für den Freistaat Bayern dankbar sein würden. Sie hätten es durch Ihre Blockadepolitik fast verhindert. Um ein Haar wäre es zu dramatischen Folgen nicht nur für den Freistaat, sondern vor allem auch für seine Kommunen gekommen. Sie haben vorhin von Stabilität gesprochen, Herr Kollege Pohl, Sie haben diese Regierungskoalition in dieser Frage fast gesprengt auf dem Rücken der Interessen der bayerischen Kommunen! Das ist die Wahrheit, die man heute mal aussprechen muss!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Bleiben wir schon sachlich! – Doris Rauscher (SPD): Das ist sachlich!)

– Das ist die pure Sachlichkeit! Wir haben deutlich gemacht, dass wir Kurs gehalten haben. Wir waren und sind bereit, diesen Kurs für Bayern zu sichern, auch dann wieder, wenn die FREIEN WÄHLER dazu nicht bereit sein sollten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich nehme zur Kenntnis, dass die Regierungsbeteiligung der SPD eine Katastrophe für Bayern gewesen wäre! Da haben Sie recht!)

– Sie nehmen zur Kenntnis, dass die FREIEN WÄHLER nicht das gemacht hätten, was ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, nämlich für eine zusätzliche finanzielle Ausstattung der Investitionen in Kommunen zu sorgen und sich dem nicht zu verweigern.

(Doris Rauscher (SPD): Aber echt!)

Das ist Ihr Fehler in dieser Sache. Das haben doch auch Ihre eigenen Kommunalpolitiker festgestellt. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die neuen Spielräume nutzen, selbstverständlich. Wir wollen sie gezielt für Investitionen im Freistaat und bei den Kommunen nutzen. Wir brauchen sie auch, weil wir trotz guter Investitionsquoten mehr tun müssen, um den doch großen Sanierungsstau, den Investitionsstau in Bayern zu beheben.

Wir bleiben weiter – das muss ineinandergehen – beim Ziel von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Solidität. Die Lockerung der Schuldenbremse, die Sondervermögen und die Orientierung an Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Solidität widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander. Hier hat gestern der Rechnungshofbericht einige in der Staatsregierung wieder einmal aufgeweckt, vielleicht auch die Regierungsfaktionen. Wir haben im Freistaat Bayern, auch bei der aktuellen Staatsregierung und den Regierungsfaktionen, viele Punkte für Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu heben. Da müssen Sie endlich Ihre Hausaufgaben machen.

Herr Finanzminister, wenn Sie bei der Nutzung der neuen fiskalischen Möglichkeiten Unterstützung brauchen und mit den FREIEN WÄHLERN nicht weiterkommen: Wir werden Sie hier im Parlament auch in Einzelfragen gerne unterstützen.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Richtig ist, dass wir die rechtlichen Spielräume nicht ausschöpfen müssen. Es gilt das Prinzip: Tun, was ökonomisch sinnvoll ist, und nicht, was rechtlich erlaubt ist. Das gilt auch für die Befreiungen und die Liberalisierung bei der Schuldenbremse, auch für den bayerischen Staatshaushalt.

Dieser Nachtragshaushalt ist der letzte Haushalt noch unter den alten fiskalpolitischen Rahmenbedingungen. Leider ist es auch so, dass nicht nur deshalb der Nachtragshaushalt 2025 vielleicht ein Stück weit wie aus der Zeit gefallen wirkt. Wenn ich den Nachtragshaushalt etwas pointiert charakterisieren müsste, würde ich ihn so beschreiben: Er ist leider unambitioniert und ohne große Aufbruchssignale, obwohl wir gerade diese auch in Bayern bräuchten. Er ist in vielen, auch zentralen Bereichen der landespolitischen Aufgaben mit schmerzhaften Lücken und mit Stagnation versehen. Er ist gekennzeichnet durch Kürzungen und Unterfinanzierungen bei den sozialen Leistungen und der sozialen Infrastruktur. Es ist ein Haushalt, bei dem der Finanzminister mit der einen Hand vermeintlich gibt, aber mit der anderen Hand gleich wieder wegnimmt.

Was meine ich im Detail? – Bayern bräuchte eigentlich gerade jetzt einen innovativen Investitionshaushalt für den Freistaat und die Kommunen gleichermaßen. Aber die Staatsregierung – das ist schon deutlich geworden – plant lieber mit einer großen und größer werdenden Rücklage, die sich durch den Jahresabschluss 2024 noch einmal deutlich erhöht hat. Rücklage ist gut, aber Investitionen gerade zu diesem Zeitpunkt wären besser, zumal sich Investitionen auch und gerade zu diesem Zeitpunkt ökonomisch auszahlen und zu zusätzlichen wirtschaftlichen Effekten führen. Die Wachstumsraten in Bayern sind eher unterdurchschnittlich.

Umso mehr hätten wir kraftvolle Investitionen gebraucht, wie wir sie für diesen Nachtragshaushalt vorgeschlagen haben. Ich nenne nur wenige Beispiele: die Stärkung der bayerischen Automobilwirtschaft, E-Ladeinfrastruktur, Fahrzeugdigitalisierung, autonomes Fahren, Batterietechnologie, Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte, schlicht

die staatlichen Mittel für die Bayernmilliarde, für die Automobilindustrie, die wir als SPD-Fraktion detailliert zu Recht vorgeschlagen haben. Ich denke an die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur, bei der Sie nach wie vor hinter Ihren Plänen zurückbleiben. Die Krankenhausmilliarde bleibt leider auf halbem Weg stehen. Ich denke an die Pflegeinfrastruktur. Sie legen Programme wie PflegesoNah auf, die gut sind, die aber völlig unterfinanziert sind. In vielen Bereichen werden die Antragsteller gebeten, ihre Anträge zurückzustellen, da überhaupt keine Perspektive besteht, zum Zuge zu kommen, obwohl sie gute, notwendige und sinnvolle Konzepte haben. Wir haben dafür 200 Millionen Euro gefordert. Das ist ein wichtiger Infrastrukturbestandteil. Sie haben das leider abgelehnt, obwohl Sie wissen, dass es notwendig gewesen wäre.

Ich spreche von den Kitas. Bei den Kitas haben wir dringenden Nachholbedarf, wie er dringender nicht beschrieben werden kann. Bei der Infrastrukturfinanzierung, aber auch bei der Betriebskostenfinanzierung können wir nicht mehr so wie bisher weitermachen; das wissen Sie auch. In diesem Nachtragshaushalt, wo die Chance bestanden hätte, Korrekturen anzubringen, haben Sie aber auf Anpassungen verzichtet. Sie schieben das Problem einfach in die Zukunft, obwohl wir es dieses Mal in diesem Jahr gemeinsam hätten anpacken können. Sie haben sich einfach schlicht geweigert, obwohl draußen in den Kitas, bei den Trägern, bei den Kinderpfleger:innen die Notwendigkeit vorhanden ist, mehr zu tun. Sie müssen sich da endlich bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend nur als Beispiel die soziale Wohnraumförderung. Was ist denn kurz vor der Zweiten Lesung passiert? – Die Staatsregierung musste einen Bewilligungsstopp verkünden. Das ist für den sozialen Wohnungsbau in diesem Freistaat doch eine Katastrophe. Angesichts der fiskalischen Ausgangslage, die wir hatten, wäre es möglich gewesen, diesen Bewilligungsstopp zu beseitigen. Selbst in dieser Zweiten Lesung wäre das noch möglich gewesen. Sie haben aber nichts getan.

Wir geben Ihnen heute die Möglichkeit – Frau Kollegin Köhler hat das beim Antrag der GRÜNEN angesprochen; auch wir haben einen Antrag, den wir heute zur namentlichen Abstimmung stellen –, jetzt dafür zu sorgen, dass dieser Bewilligungsstopp aufgehoben werden kann und wir somit von hier aus das Signal aussenden: Wir wollen mehr für den sozialen Wohnungsbau im Freistaat tun, und das ist dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch andere Punkte nennen. Harry Scheuenstuhl wird zu den Kommunalfinanzien Stellung nehmen.

Das Gehörlosengeld ist nach wie vor nicht eingeführt. Es geht um viele Dinge, die wir im Bildungsbereich, in den Schulen machen müssen, bis hin zur Ausstattung der Landschaftspflegeverbände. Alle Initiativen dazu haben Sie abgelehnt. Wir müssen über Korrekturen Ihrer Beschlüsse diskutieren, da diese Korrekturen notwendig sind.

Ich darf an dieser Stelle auch einmal ein Charakteristikum dieses Nachtragshaushalts nennen – ich habe das schon bei der Einbringung gesagt. Es ist tatsächlich auch ein Kürzungshaushalt; denn die 330 Millionen Euro, die Sie beim Landespflegegeld im Haushalt streichen, bedeuten eine Kürzung auf dem Rücken der Familien und der Pflegebedürftigen. Was 2026 kommt, steht in den Sternen. Für dieses Jahr haben Sie im Haushalt das Pflegegeld um 330 Millionen Euro gekürzt, ohne etwas für die Pflegeinfrastruktur zu tun. Das ist doch der Punkt.

(Zuruf von der SPD: Sauerei!)

Das geht nicht. Sie kürzen auf der einen Seite bei den Familien und den Betroffenen, tun auf der anderen Seite aber nichts, um die Pflegesituation draußen im Land zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Beim Haushalt handelt es sich ein Stück weit um Etikettenschwindel. Es ist klar, was hier passiert. Wenn im Supermarkt auf einer Packung 100 Gramm steht, in der Packung aber nur noch 85 Gramm sind, spricht man von einem Etikettenschwindel. Diesen betreiben Sie bei diesem Nachtragshaushalt an vielen, vielen Stellen. Sie schreiben 1 Million Euro hinein, zur Verfügung stehen aber nur 850.000 Euro.

Bei den Etiketten, die insgesamt auf den Haushalt geklebt werden, können Sie gleich 1,8 Milliarden Euro abziehen. Sie haben eine massive haushaltsgesetzliche Sperre von 15 % auferlegt. Das bereitet den Trägern unheimliche Probleme. Sie haben drei Mal globale Minderausgaben über die Ressorts und Einzelpläne verteilt. In diesen Bereichen des Haushalts handelt es sich auch um einen Etikettenschwindel.

Last, but not least: Die Fraktionsinitiativen legen die Lücken der Staatsregierung in ihrem Haushaltsentwurf tatsächlich offen. Die Zuschüsse für die Jugendarbeit müssten doch im Entwurf stehen. Die Mittel für die Denkmalpflege müssten doch im Entwurf stehen. Die Mittel für die Dorferneuerung – zu wenig – müssen nachgebessert werden. Die Mittel für Erinnerungsarbeit müssen, weil wir kein Förderprogramm haben, mit Hilfe von zig Anträgen nachgebessert werden. Die Unterstützung der Freien Ukrainischen Universität hat in keinem Jahr eine Ausstattung im Haushaltsentwurf. Das muss nachgebessert werden. Das reicht bis hin zu den Sonderpädagogischen Förderschulen. Diesbezüglich haben wir immerhin erreicht, dass wir über die Petition in naher Zukunft hoffentlich eine Verbesserung bekommen.

Dass die Videoüberwachung im Freistaat Bayern nicht vom Innenministerium und dem Finanzminister vorgeschlagen wird, sondern diesbezüglich von den Fraktionen nachgearbeitet werden musste, ist für die Sicherheit im Freistaat Bayern schlecht;

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da ist ein Haushaltsgesetz!)

das wissen Sie selbst am besten.

Sie haben auch die Großzügigkeit besessen, keinem unserer 106 Änderungsanträge zuzustimmen. Sie haben keine einzige Verbesserung zugelassen. Sie haben 90 Millionen Euro für Fraktionsinitiativen zur Verfügung gestellt, sind aber nicht fähig gewesen, auch nur ein kleines Stück über den eigenen politischen Tellerrand hinauszublicken. Insofern bitten wir Sie um Verständnis, dass wir diesem Nachtragshaushalt aus guten Gründen nicht zustimmen können.

Abschließend ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Wir unterstützen klar und auch schon immer eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wir brauchen den Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern und die Solidarität. Wir brauchen aber auch ein faires und nachvollziehbares System, das den berechtigten Belangen der Geberländer und hier vor allem Bayerns Rechnung trägt. Der heutige Länderfinanzausgleich – auch das bitte ich einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen – wurde von Seehofer und Söder verhandelt und im Landtag hier von der CSU beklatscht und bejubelt.

(Michael Hofmann (CSU): Damals waren es auch nur 5 Milliarden, die wir zahlen mussten!)

Die Staatsregierung klagt mittlerweile wieder und bereits zum zweiten Mal gegen ihren eigenen Finanzausgleich.

(Michael Hofmann (CSU): Die anderen ruhen sich immer noch aus!)

Deswegen reicht es nicht, Herr Kollege,

(Michael Hofmann (CSU): Die ruhen sich immer noch aus!)

dass Bernhard Pohl Ideen äußert, die ihm vielleicht gefallen.

(Michael Hofmann (CSU): Eure Landesregierungen!)

Ihre Staatsregierung und im Zweifelsfall auch Ihre Regierungsfractionen gemeinsam

(Michael Hofmann (CSU): Eure Landesregierungen ruhen sich aus!)

sind aufgefordert, endlich ein Reformkonzept vorzulegen, das Hand und Fuß hat

(Michael Hofmann (CSU): Damals waren es 5 Milliarden, jetzt sind es 10 Milliarden!)

und über das wir hier im Landtag gerne diskutieren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Patrick Grossmann.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Köhler, ich muss schon sagen, dass Sie hier eine realitätsfremde Rede gehalten haben, so wie Sie drei Jahre lang in Berlin realitätsfremde Politik gemacht haben, liebe Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Sie sagten, unser Kanzlerkandidat hätte zwölf Stunden nach der Wahl vergessen, was er zur Schuldenpolitik gesagt hat. Sie haben nicht einmal zwölf Stunden nach der Wahl vergessen, wer uns eigentlich die Suppe eingebrockt hat. Warum müssen wir denn eigentlich diese Maßnahmen überhaupt ergreifen, liebe Kollegin Köhler?

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Bevor ich in den Bayerischen Landtag gekommen bin, war ich fünfzehneinhalb Jahre Bürgermeister. Ich hatte mit den Kommunal финанzen niemals Probleme. Erst seit die Ampel-Regierung dran war, wurde es bei uns mit den Kommunal финанzen wirklich schlecht.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist doch lächerlich!)

Jetzt wollen Sie Geld hinterherschieben, das nicht da ist.

Nun aber zur Sache: Ich spreche ja heute – das passt – als ehemaliger Bürgermeister in erster Linie zum kommunalen Finanzausgleich. Ich habe schon den Eindruck, dass um das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 2025 dieses Jahr bzw. letztes Jahr so hart wie schon seit langer Zeit nicht mehr gerungen wurde. Viele Gespräche der Bayerischen Staatsregierung, in erster Linie vertreten durch unseren Finanzminister Albert Füracker, haben auf der einen Seite mit den Abgeordneten der Regierungsfractionen aus CSU und FREIEN WÄHLERN, insbesondere des Haushaltsausschusses, und auf der anderen Seite mit den kommunalen Spitzenverbänden stattgefunden. Das waren zahlreiche Gespräche. Das waren keine einfachen Gespräche. Wir haben aber um eine Lösung gerungen; denn die Finanzlage der bayerischen Kommunen, aber eben auch des Freistaats selbst ist wirklich sehr angespannt.

Selbstverständlich sehen wir die problematische Kostenentwicklung bei unseren Kommunen in erster Linie bedingt durch zahlreiche – das muss man eben so sagen – bundespolitische Gesetzgebungen wie zum Beispiel bei der Kinder- und Jugendhilfe oder im Bundesteilhabegesetz. Kurzum: Die Erwartungshaltung der Kommunen gegenüber dem Freistaat Bayern war groß, auch aus meiner Sicht musste eine Verbesserung her.

An dieser Stelle bedanke ich mich wirklich sehr, sehr herzlich in erster Linie bei unserem Finanzminister Albert Füracker mit seinem Staatssekretär Martin Schöffel und dem ganzen Haus, dass wir nach zwölf Jahren das erste Mal wieder eine Erhöhung bei dem Verbundsatz aus dem allgemeinen Steuerverbund hinbekommen haben. Der wurde nämlich von 12,75 % auf 13 % angehoben, was faktisch zu einer dauerhaften strukturellen Verbesserung im kommunalen Finanzausgleich führt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das reicht nicht!)

Für dieses Jahr bedeutet das insgesamt einen Aufwuchs im kommunalen Finanzausgleich um insgesamt 600 Millionen Euro, also auf insgesamt 12 Milliarden Euro. Angesichts der eigenen Haushaltssituation – wir haben gehört, dass wir planmäßig für

dieses Jahr alleine 4,4 Milliarden Euro aus den Rücklagen entnehmen müssen –, ist es schon ein gewaltiger Kraftakt für die Finanzen des Freistaates Bayern.

Wir lösen damit nicht alle finanziellen Probleme unserer Kommunen. Das ist uns völlig klar, aber ich traue mich schon zu behaupten, dass wir doch einen ordentlichen Beitrag dazu leisten. Von den 600 Millionen Euro Aufwuchs im kommunalen Finanzausgleich geht der Löwenanteil, nämlich 400 Millionen Euro, in die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, also an unsere Kommunen, und hilft beispielsweise bei der Abdämpfung der Kreisumlagererhöhungen. Alleine in meinem Heimatlandkreis führt die erhöhte Schlüsselzuweisung dazu, dass die Kreisumlage um 1,5 Umlagepunkte weniger erhöht werden muss. Die kreisangehörigen Kommunen haben damit auch einen doppelten Nutzen. Auf der einen Seite profitieren sie von einer niedrigeren Kreisumlage, auf der anderen Seite haben sie im Durchschnitt 9 % höhere Schlüsselzuweisungen. Die gehen direkt in die Gemeindekasse.

Flankierend zu den Schlüsselzuweisungen, liebe Frau Köhler – das ist Ihnen anscheinend auch entgangen –, bekommen die Bezirke 120 Millionen Euro mehr über den kommunalen Finanzausgleich, und auch dieser Beitrag führt dazu, dass man bayernweit im Schnitt ungefähr 1,5 Umlagepunkte an Erhöhung einsparen kann.

Also, wir tun was, und man kann immer mehr tun. Die Investitionsförderungen im kommunalen Hochbau mit 1,07 Milliarden Euro sowie im Krankenhausbau mit 800 Millionen Euro wurden bedarfsgerecht auf hohem Niveau fortgeführt.

Zusammen mit allen anderen Einzelplänen kommen wir in diesem Jahr wieder auf eine Investitionsquote von über 15 %, die im Vergleich zu allen anderen Bundesländern immer noch die höchste ist, und das kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird auch oft von der Opposition behauptet: Ja, das ist alles nur ein Plan, das ist alles immer viel niedriger. – Wir haben bereits die Zahlen aus dem Haushaltsjahr 2023. Da betrug die tatsächliche Investitionsquote für den Freistaat Bayern immerhin 14,1 % und die unserer Kommunen sogar 23,4 %. Das kann sich wirklich sehen lassen. Beispielsweise haben die Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen eine Investitionsquote von 12,7 %; also so schlecht kann es unseren Kommunen auch nicht gehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weniger als geplant!)

Die Opposition hat sich – auch das haben wir heute gehört, und dazu liegen ebenfalls Änderungsanträge vor – dieses Jahr mit Forderungen für zusätzliches Geld im kommunalen Finanzausgleich direkt überboten: Weitere Verbundsatzerhöhungen werden gefordert, von der Kommunalmilliarde ist die Rede. Ich habe es vorhin schon angesprochen. Mir kommt es so vor, als baut man über lange Zeit ein gut funktionierendes Haus auf, Sie reißen es ab und wollen es dann mühsam wieder aufbauen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. So geht es nicht.

Wir können aber gerne darüber diskutieren, den Verbundsatz auf 14 % oder 15 % anzuheben,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

und das kostet bei 15 % eine Milliarde Euro.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, genau!)

Im Gegensatz zu Ihnen mache ich einen tragfähigen Finanzierungsvorschlag;

(Claudia Köhler (GRÜNE): Und zwar?)

denn der Freistaat Bayern übernimmt bei den Migrationskosten als einziges Bundesland in Deutschland die kompletten Kosten der Unterkunft für unsere Kommunen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Er gibt die Gelder nur weiter!)

Im Nachtragshaushalt für das Jahr 2025 findet sich ein Ansatz von 3 Milliarden Euro für Kosten der Migration, wovon das meiste Geld für die Kosten der Unterkunft verwendet wird.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das vom Bund kommt!)

Über den kommunalen Finanzausgleich hinaus werden unsere Kommunen mit einem Milliardenbetrag unterstützt und damit auch entlastet, und das lassen Sie immer weg. Wir können das ändern, dann geht das Geld in den kommunalen Finanzausgleich.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Dann sind die Kommunen in Bayern mit allen anderen Kommunen in Deutschland gleichgestellt. Das will doch auch niemand. Insgesamt gehen sogar 29 %, also 22 Milliarden Euro aus dem bayerischen Haushalt direkt an unsere Kommunen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll uns erst einmal ein anderes Bundesland nachmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen uns in unserem Haushalt wirklich eiserne Haushaltsdisziplin auferlegen. Dann werfen Sie uns auch noch vor, dass wir aufgrund der geringeren Steuereinnahmen durch die desaströse Wirtschaftspolitik der letzten drei Jahre während der Zeit der Ampel jetzt auch noch die Haushaltssperre von 10 auf 15 % erhöhen müssen, oder die globale Minderausgabe um 144 Millionen Euro erhöhen müssen. Das sind doch Maßnahmen, die geboten sind, damit die Haushaltslage nicht noch schlimmer wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Etikettenschwindel!)

Auch wenn wir zusätzliches Geld aus Berlin für die Infrastrukturmaßnahmen im Land und auch in unseren Kommunen in so einer schwierigen Zeit, in so einer konjunkturrell angespannten Zeit wirklich brauchen können – das stelle ich nicht in Abrede,

zumindest zeitweise –, aber alles kann man auch nicht mit frischem, mit neuem Geld erledigen. Wir brauchen wirklich Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Und Ihre Anträge, die heute gestellt werden, gehen genau wieder in die andere Richtung. Wir müssen mit den Ausgaben herunter. Dazu bauen wir beispielsweise bis zum Jahr 2030 5.000 Stellen ab. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch noch weitere Strukturreformen für den Freistaat Bayern brauchen.

Dazu benötigen wir auch die Unterstützung der neuen Bundesregierung: runter mit den Standards – vor allem im Sozialbereich –, Inflationsausgleich, eine Dynamisierung der vom Bund definierten Sozialausgaben wie im Bundesteilhabegesetz, und bitte keine neuen Rechtsansprüche mehr, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wenn ich davon spreche, dass die Kosten runter müssen: Ja, selbstverständlich reden wir auch davon, dass auch die Kosten für die Migration reduziert werden müssen. Wie hat es unser Bundespräsident a. D. Joachim Gauck schon gesagt: Unser Herz ist groß, aber unsere Möglichkeiten sind einfach auch begrenzt.

Deshalb benötigen wir die Migrationswende, die jetzt Gott sei Dank auch im Koalitionspapier von Union und SPD so festgelegt ist. Wir brauchen die Zurückweisungen an den Grenzen, meinerwegen auch in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn. Wir brauchen die Beendigung der freiwilligen Aufnahmeprogramme vor allem aus Afghanistan, und wir brauchen die Aussetzung beim Familiennachzug und vieles mehr;

(Claudia Köhler (GRÜNE): Schäbig!)

denn auch damit kehrt sozialer Frieden in unserem Land wieder ein, und wir kommen mit den Kosten herunter.

Das vierte Mal in Folge gehen die Steuerprognosen zurück, und deshalb brauchen wir wieder gute Voraussetzungen für unsere Industrie, für den Mittelstand und fürs Handwerk. Die Energiekosten müssen runter, und zwar um mindestens 5 Cent durch eine Senkung der Stromsteuer und die Reduzierung der Netzentgelte. Wir brauchen

Sonderabschreibungen für unsere Unternehmen, und wir brauchen eine Absenkung der Körperschaftsteuern. Wir brauchen Reformen bei der Unternehmensteuer, aber auch bei der Einkommensteuer.

Leistung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, muss sich wieder lohnen. Deshalb soll das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abgeschafft werden und durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden. Die Pendlerpauschale wird erhöht, steuerfreie Überstundenzuschläge werden eingeführt.

Auch wenn viele dieser Maßnahmen kurzfristig zu Lasten von Steuereinnahmen gehen werden, werden wir Deutschland in Europa wieder aus den Abstiegsrängen hervorholen und in die Champions League führen. Wir benötigen noch etwas Geduld, aber ich bin mir sicher: In den nächsten Jahren gehen wir wieder besseren Zeiten entgegen, auch im Hinblick auf die Finanzlage in unseren Kommunen und beim Freistaat selber. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grossmann. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Grossmann, der Gemeindetag jammert und schickt fast wöchentlich Pressemitteilungen. Der Landkreistag sendet Hilferufe. Einige Landkreise wollen jetzt sogar klagen, damit der Freistaat endlich die staatlichen Aufgaben ausreichend finanziert. Haben Sie das ernst gemeint, als Sie gerade gesagt haben, so schlecht kann es unseren Kommunen also nicht gehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Patrick Grossmann (CSU): Natürlich geht es unseren Kommunen derzeit schlecht. Aber was ist denn der Hintergrund, liebe Frau Kollegin Köhler? – Der Hintergrund sind

tatsächlich die hohen Aufgabenlasten, zum Beispiel aus der Sozialgesetzgebung in der Bundesregierung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Umwelt, Soziales, Gesundheit!)

Ständig werden neue Bürokratismen eingeführt, werden in der Kinder- und Jugendhilfe Rechtsansprüche eingeführt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das sind doch die Kostentreiber.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Deshalb sind wir dafür, dass wir diese Aufgabenlasten reduzieren. Wir haben uns ansonsten mit den Spitzenverbänden ja geeinigt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Na ja! Na ja!)

– Na ja, die sitzen doch alle mit am Tisch. Natürlich kann es immer ein bisschen mehr sein. Aber es geht nicht darum – und das ist Ihre Philosophie –, die Gelder rauszuhauen, sondern wir müssen von der Aufgabenlast runterkommen. Das ist im Gegensatz zu Ihnen unsere Philosophie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grossmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zu den Beratungen zum Nachtragshaushalt machen. Wir von der AfD haben uns ja wieder Mühe gegeben.

Wir haben uns genau angeschaut, was Sie da so vorhaben. Wir haben auch alles gegengerechnet.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen, auch oben auf den Rängen, sagen: Die AfD hat nachgerechnet. Wir haben zu jedem unserer Änderungsanträge eine Gegenfinanzierung gestellt. Das bekommen Sie bei der SPD und bei den GRÜNEN nicht, meine Damen und Herren.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Quatsch!)

Solide Haushaltsführung gibt es nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie jetzt bei der Auflistung der unsoliden Haushaltsführung die FREIEN WÄHLER und die CSU vermisst haben, meine Damen und Herren, dann war das vollkommen zu Recht. Sprechen wir mal kurz über die Fraktionsreserve. Was Sie da wieder fabriziert haben, meine Damen und Herren, war ein Wunschkonzert der Stimmkreisabgeordneten, eine Verzweiflungstat, ein Akt der Verzweiflung in Zeiten, in denen die AfD bei 25 und die CDU/CSU bei 24 % im Bund steht.

(Beifall bei der AfD)

Es ist nur noch lächerlich. Sie haben da auch keinerlei Linie drin. Jeder durfte sich was wünschen. Da wurden Millionenbeträge rausgegeben, die man längst anders hätte verplanen oder zumindest in einem Paket zusammenschnüren können.

(Zuruf von der CSU: So ein dummes Geschwätz!)

Aber das wollten Sie nicht. Nein, es wird wieder nach Gutsherrenart Steuergeld verprasst. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Darum haben Sie auch jede Fraktionsinitiative abgelehnt? Jede? Das schauen wir nachher noch mal nach!)

– Wissen Sie, Herr Hofmann, wir machen das immer so, Brandmauer hin oder her.

(Michael Hofmann (CSU): Das hat mit Brandmauer nichts zu tun!)

Wir stimmen auch mal da zu, wo es sinnvoll ist,

(Michael Hofmann (CSU): Erst kritisieren Sie es, und dann stimmen Sie heimlich zu! Das ist der Punkt!)

wo Sie halt in den normalen Beträgen etwas vergessen haben.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr kritisiert und stimmt trotzdem zu!)

Wir haben sogar auch schon mal den Kollegen von den GRÜNEN und von der SPD zugestimmt. Die schämen sich auch dafür. Das ist okay, das ist überhaupt kein Problem

Aber – das muss ich Ihnen ganz klar sagen – wir machen Politik für die Bürger,

(Michael Hofmann (CSU): Das ist lächerlich!)

wir machen das, was vernünftig für das Land ist, und wir haben zum Beispiel Ihrer Bronzestatue nicht zugestimmt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist einfach pure Steuermittelverschwendung. Die würden wir übrigens gerne in das Strafgesetzbuch schreiben, damit man Ihrem Treiben ein Ende bereitet.

So. – Das steht bei uns im Wahlprogramm. Nächstes Mal AfD wählen, dann haben Sie auch ein Zuhause.

(Beifall bei der AfD)

Wir machen jetzt weiter.

(Michael Hofmann (CSU): Haben Sie alle abgelehnt oder nicht? Warum kritisieren Sie das, wenn Sie es nicht ablehnen?)

– Ich habe es Ihnen gerade gesagt, Herr Hofmann, falls Sie das nicht verstehen. Sie waren ja auch im Ausschuss dabei, aber vielleicht geistig nicht anwesend. Aber lesen Sie halt wenigstens die Protokolle durch.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben einigen Fraktionsinitiativen zugestimmt!)

Der Herr Zellmeier von Ihrer Partei, Herr Hofmann, hat zum Beispiel behauptet, dass Bayern der Anker in der Bundesrepublik Deutschland ist,

(Michael Hofmann (CSU): Sie lügen mal wieder die Leute an!)

wenn es um die Finanzpolitik geht. Meine Damen und Herren, das ist ein schlechter Vergleich. Ein Anker müsste ja das Boot in schwerer Zeit halten können. Das können wir nicht. Wir sind eher der Tank, der das Ganze mit dem Länderfinanzausgleich am Laufen hält. Wir geben dem Rest den Sprit.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren, der Vergleich wird auch nicht lange halten; denn der Tank leert sich, und wir werden nicht auf Dauer die Finanziere von Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder von wem auch immer sein können. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD)

Die niedrige Verschuldung, die wir in Bayern haben, ist gut. Ja! Das unterstützen wir. Es hilft aber nichts, wenn die gleichen Parteien im Bundesrat bei dem Billionenspiel in Berlin mitmachen und dafür sorgen, dass unsere Staatsverschuldung in ganz Deutschland in eine Dimension gerät, zu der man sagen muss: Das ist eigentlich nicht mehr zu rechtfertigen gegenüber den zukünftigen Generationen in diesem Land. Meine Damen und Herren, Sie sind hier auf dem falschen Weg. Sie machen zwar in

Bayern keine Schulden, aber Sie lagern die aus nach Berlin. Das ist der falsche Weg. Nicht mit der AfD!

(Beifall bei der AfD)

Herr Zellmeier – – Ich weiß nicht, ob er schon wieder draußen oder daheim ist. Er hat ja seine Rede gehalten, da kann man ja wieder gehen.

(Michael Hofmann (CSU): Bei euch muss man nicht zuhören!)

1,8 Millionen Euro Gewinn beim Hofbräuhaus zeigen erstens: Der Bierpreis ist zu hoch. Aber das macht nichts. Es ist gut, wenn unsere Staatsbetriebe Gewinn erwirtschaften, besser, als wenn wir draufzahlen. Das ist vollkommen klar. Aber daran, dass sie sagen, diese 1,8 Millionen vom Hofbräuhaus würden einen entscheidenden Beitrag zum Freistaat Bayern leisten, bei einem Etat von 76 Milliarden Euro, sieht man, dass Sie einfach die Größenverhältnisse komplett verwechseln. Einmal sind es Millionen, einmal Milliarden.

Ich sage es noch mal: Solide Finanzpolitik gibt es nur mit der AfD.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Wagle (CSU) – Arif Taşdelen (SPD): Da klatscht nicht mal die AfD! – Beifall bei der AfD)

Dann kommt der Herr Pohl und versucht wieder, mit Assad und Putin zu punkten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Weil er recht hat!)

– Das hat er leider nicht, logischerweise. Er hat nicht recht, meine Damen und Herren.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Doch!)

Sie müssen verstehen: Sie sind Teil des Systemfehlers der Migrationspolitik im Freistaat Bayern. Ihre Landräte, Ihre Bürgermeister, Ihre Fraktion hier im Landtag machen bei dem ganzen Asylspiel hier in Bayern mit. Deswegen sind Sie Teil des Problems

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wo kommen sie denn her, und warum sind sie da?)

und tragen auch den Kurs der Staatsregierung uneingeschränkt mit. Das ist Ihr Versagen, das ist Ihr Fehler.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hetzt denn gegen die NATO?)

Die Frau Kollegin Köhler hat sich mit dem ORH-Bericht ausgespielt, der uns gestern zugesandt wurde, und hat kaum zum Thema gesprochen. Das ist auch kein Wunder, meine Damen und Herren. Ich würde mich auch schämen, wenn ich zu keinem Änderungsantrag eine Gegenfinanzierung vorlegen kann,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Lüge!)

nicht sagen kann, woher das Geld kommt. Ich möchte auf das gar nicht weiter eingehen.

Der Kollege Halbleib von der SPD liefert den nächsten finanziellen Offenbarungseid. Neue Spielräume nutzen, hat er gesagt. Mit neuen Spielräumen meint er die Billionen Euro Schulden aus Berlin, die wir jetzt in Bayern verprassen können. Meine Damen und Herren, das sind keine neuen Spielräume, das wird uns früher oder später bei der Zinsbelastung und bei der Tilgung das Hälschen zuschnüren. Das ist der falsche Weg, den Sie hier gehen.

Wir haben bei der Beratung öfters über den Länderfinanzausgleich gesprochen. Natürlich sind wir uns hier alle, glaube ich, einig: 560 Euro für jeden Berliner sind einfach zu viel. Wir müssen aus diesem System raus. Mit diesen 9,77 Milliarden Euro könnten wir hier in Bayern auch Sachen finanzieren, die in Berlin stets Usus sind; beispielsweise kostenfreie Kitas etc. etc.

Wenn wir jetzt weitermachen: Woher kommt das ganze Problem? – Das hängt mit dem Konnexitätsprinzip zusammen, das die letzten Jahre gerade von der Ampel mehr und mehr außer Kraft gesetzt wurde. Dieses außer Kraft gesetzte Konnexitätsprinzip, die Tatsache, dass der Bund anschafft und unsere Kommunen dafür ausbluten sollen, meine Damen und Herren, das ist eine Gefährdung der kommunalen Finanzen in Bayern. Das müssen wir alle zusammen auf allen Wegen verhindern. Da rufe ich Sie zur Zusammenarbeit auch mit uns auf. Wir brauchen hier einen Kurswechsel um 180 Grad. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Kommunen leiden; wir haben das auch vorher schon gehört. Sie leiden bei der Krankenhausfinanzierung, vor allem bei den Krankenhausdefiziten und nicht nur bei den Investitionen. Unsere Landkreise sind massiv von Krankenhausdefiziten betroffen.

Sie sind aber auch von anderen übertragenen Aufgaben betroffen; betroffen sind gerade die Bezirke und die Gemeinden. Jeder, der in seinem Landkreis ein bisschen mit offenem Blick durch die Gegend geht, der weiß, dass es kaum noch Kommunen gibt, die ohne Schulden, ohne Fremdfinanzierung auskommen. Es steht nicht gut um die Finanzen unserer Kommunen.

Heute steht auch das Finanzausgleichsgesetz zur Debatte. Ich möchte es kurz machen: Wir lehnen den Haushalt selbstverständlich ab; der geht gar nicht. Wir wollen aber das Finanzausgleichsgesetz mittragen. Das ist besser, als nichts zu tun. Wir müssen jetzt jeden Cent in Richtung der Kommunen senden. Deswegen wollen wir uns hier anschließen.

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Wir brauchen endlich eine solide Finanzierung und für die kommunalen Haushalte eine Reform der Finanzen, meine Damen und Herren.

Schauen wir uns jetzt Ihren Gesetzentwurf an. Es geht schon in der Lösungsbeschreibung los. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um 59 % gestiegen. – Welche Einnahmen haben die Kommunen denn? Machen wir es doch einmal ganz einfach;

welche Einnahmen haben sie denn? Sie haben die Einkommensteuer, die von Berlin vordiktiert wird; die Kommunen kriegen einen Anteil. Sie haben die Grundsteuer; damit sind wir in Bayern noch einigermaßen human umgegangen. Trotzdem haben viele einen Bescheid bekommen, bei dem sie sich auf den Hosenboden gesetzt haben. Und fast jede Kommune quetscht zurzeit ihre Gewerbetreibenden mit der Gewerbesteuer aus, meine Damen und Herren. Das wird uns auf die Füße fallen, und die große Einkommensquelle der Hundesteuer ist so ähnlich wie der Gewinnüberschuss im Hofbräuhaus; meine Damen und Herren, das ist der Tropfen auf dem heißen Stein.

Bei der Ausgabenpolitik gibt es viel Klimagedöns; es geht um Wärmeplanung und Regionalwärmeplanung. Seit Jahren quält die Kommunen bei vielen Gebäuden das Thema Brandschutz.

Das Thema Migration hat dankenswerterweise schon der Kollege Jurca angesprochen; ich will es aber an dieser Stelle noch einmal erwähnen, vor allem wenn es darum geht, wie viel denn die Kommunen – und gerade die Landkreise – für die Unterbringung von Geflüchteten ausgeben. Im Endeffekt werden da Mieten und Pachten gezahlt, die deutlich über dem normalen Niveau liegen. Dieses überzogene Miet- und Pachtniveau wirkt sich logischerweise auf den Wohnungsmarkt aus; damit wird es auch für den Normalverbraucher deutlich teurer.

Meine Damen und Herren, Sie ziehen das Ganze nicht nur durch, nein, Sie betreiben auch noch Geheimnistuerei und haben das Gefühl, Sie könnten da irgendetwas verbergen. Nein, da Sie sind auf dem falschen Weg. Wir sind Ihnen längst auf die Schliche gekommen.

Sie erwähnen die Verschuldungsquote der Kommunen, die laut Ihren Angaben im Jahr 2023 bei 28,7 % liegt. Damit ist die Quote beim Staat deutlich höher als bei den Kommunen. Meine Damen und Herren, da haben manche Kommunen einfach Glück gehabt. Wenn sie recht klein sind und einen starken Gewerbesteuerzahler hatten oder haben, dann hat der das Ganze herausgerissen. Aber das Gros der Kommunen

ist längst an der finanziellen Belastungsgrenze angekommen. Man muss diese Belastungsgrenze auch einmal zur Kenntnis nehmen. Das ist ein Durchschnittswert. Es gilt nicht für alle Kommunen in Bayern, dass sie ihre Vorhaben auskömmlich finanzieren können.

Als Nächstes geht es um das Thema, dass wir von 12,75 auf 13 % hinaufgehen. In Prozent ist das vergleichsweise wenig, in Euro ist es deutlich mehr. Das ist der Grund, warum wir diesem Gesetz zustimmen. Dieses Geld wird dringend benötigt. Wir haben Ihnen letztes Jahr vorgeschlagen, über den Finanzausgleich eine Milliarde in die Krankenhäuser zu stecken. Sie haben das Angebot leider nicht angenommen. Sie sehen aber, dass hier Geld benötigt wird.

Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass die Gemeinderäte hier nicht ein Wunschkonzert finanziert bekommen. Für uns als AfD und als Partei der soliden Finanzen ist vollkommen klar, dass auch in den Kommunen entsprechender Einsparaufwand betrieben werden muss. Wenn man sich anschaut, welcher ideologischer Käse in den Kommunen zum Teil durchgesetzt wird, was in den Kitas passiert, dann muss man ganz klar sagen, es muss nicht immer nur Bio auf dem Küchentisch sein, meine Damen und Herren. Unsere Landwirte produzieren auch so gutes Essen für die Kitas. Man muss deswegen nicht immer im teuren Bioladen vor Ort einkaufen, der meistens grün geführt ist.

Wir haben noch 71 neue Stellen. – Meine Damen und Herren, so viel zum Thema Stellenaufwuchs.

Wir haben grundsätzlich zur Kenntnis genommen, dass die Krankenhausinvestitionsförderung hoch bleibt. Das ist wichtig und richtig. Meine Damen und Herren, wir werden nachher noch das neue Krankenhausgesetz besprechen. Dort machen Sie wieder einen Kahlschlag. Das passt nicht zusammen. Sie müssen sich jetzt einmal für irgendetwas entscheiden. Für diese Änderung hier haben Sie selbstverständlich unsere Zustimmung.

Genauso stimmen wir zu, wenn es um die Abwasserentsorgung und die Wasserversorgungsanlagen geht, wo man den entsprechenden Kommunen in Härtefällen mit 165 Millionen unter die Arme greift. Wir haben in der Region Rosenheim eine Kommune, bei der Sie mit Ihrer Migrationspolitik dafür sorgen, dass gleich 500 neue Bürger in ein 4.000-Seelen-Dorf einziehen. Das übersteigt in Rott am Inn die Abwasserentsorgungsanlagen und die Trinkwasserversorgung. Das ist Ihnen hier im Haus allen bekannt. Wir haben hierzu auch eine Petition beraten. Ich hoffe, dass Rott am Inn von diesen 165 Millionen auch ein paar Euro bekommt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Stefan Frühbeißer für die FREIEN WÄHLER.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, alle sprächen vom Geld. Während die einen denken, man könne alle Aufgaben und alle Herausforderungen in einem Land und auf kommunaler Ebene dadurch bewältigen, dass man Geld drauschüttet – hier eine Milliarde, dort eine Milliarde –, diskutieren andere darüber, wo man vielleicht auf Fraktionsinitiativen verzichten sollte.

Dazu eine vielleicht ganz wichtige Anmerkung. Dass gerade im Bereich der ländlichen Entwicklung Schwierigkeiten bei der Finanzierung entstanden sind, liegt daran, dass auf Bundesebene GAK-Mittel gestrichen worden sind. Der Freistaat Bayern ist neben allen anderen Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs sowie auf anderen Themenfeldern mit immensem Aufwand eingesprungen, um genau diese Lücken zu schließen. Über die Fraktionsinitiative sind dann zusätzliche Mittel bereitgestellt worden, weil nicht alles abgedeckt werden konnte. Hören Sie sich einmal um und gehen Sie einmal zur Vorstandschaft des Landesverbandes für Ländliche Entwicklung oder in die verschiedenen Ämter für Ländliche Entwicklung; dort sagt man Ihnen ganz genau, wie wichtig es war,

(Zurufe von den GRÜNEN)

dass man gerade hier auch mit Fraktionsinitiativen unterstützend tätig war, um zeitnah angelaufene und begonnene Maßnahmen umsetzen zu können sowie existenziell wichtige Maßnahmen für den ländlichen Raum zu sichern und umzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, Sie haben, bei allem Respekt, ausgeführt, dass die FREIEN WÄHLER eine größere Katastrophe hätten vermeiden können, wenn sie ihre Forderungen beziehungsweise ihre Vorstellungen nicht auf Bundesebene in die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag eingebracht hätten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollten es ablehnen!)

– Ich erkläre es Ihnen. Hören Sie zu, ich erkläre es Ihnen, damit Sie es verstehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat jeder in Bayern mitbekommen!)

Es hat zum Konnexitätsprinzip auf Bundesebene ganz klare Forderungen gegeben. Vom Bund werden an die Kommunen Aufgaben übertragen, und die Kommunen bekommen für diese Aufgaben, weil sie vom Bund kommen, keine Mittelausstattung. Im Freistaat Bayern, in dem das Konnexitätsprinzip funktioniert, ist das Gegenteil der Fall. Dort wird für die Kommunen sichergestellt, dass von dem, der etwas anschafft, auch gezahlt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben deutliche Forderungen eingebracht, über die in der Koalition übrigens Konsens bestand.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben es fast zum Kippen gebracht!)

– Lassen Sie es mich halt erklären. Sie müssen einfach nur zuhören, und ich erkläre es Ihnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie müssen einen Zwischenruf ertragen können!)

Wir haben die Situation, dass hier wesentliche strukturelle Veränderungen eingefordert wurden. Wenn jemand nicht sparen muss, dann wird er das nie tun. Wenn man immer nur Geld hinterherkippt und in ein löchriges Fass Wasser schüttet, dann muss man immer wieder nachliefern. Die Mentalität des Handaufhaltens muss vorbei sein.

Sie haben ausgeführt, das sei eine größere Katastrophe gewesen. – Ich weiß nicht, was Sie damit meinen. Ist es eine größere Katastrophe, verantwortungsvoll mit Steuermitteln umzugehen? Ist es eine größere Katastrophe, verantwortlich mit einer Schuldenpolitik umzugehen, bei der sich der Großteil der deutschen Bevölkerung vehement Sorgen gemacht und sich gefragt hat,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben nicht zugehört! Völliger Quatsch, was Sie da erzählen!)

ob es überhaupt der richtige Weg ist, für alles neue Schulden aufzunehmen? Oder haben Sie vielleicht die größere Katastrophe darin gesehen, dass wir in Bayern auch eine schwarz-rote Koalition hätten bekommen können?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte aber auch noch darauf eingehen, was in der Diskussion eingebracht worden ist: Es seien Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lautstärke ersetzt nicht Argumente, Herr Kollege! Das sollten Sie sich einmal merken!)

Ja, wir haben im Haushaltsausschuss intensiv darüber diskutiert. Die Finanzierungsvorschläge haben so ausgesehen, dass man Mittel streichen wollte, zu denen der Freistaat Bayern gemäß Landes-, Bundes- und EU-Gesetz verpflichtet ist. Sie sagen

dann: Wir streichen alle Mittel, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind, und das ist unser Gegenfinanzierungsvorschlag. – Das ist verantwortungslos, und das ist politisch falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nun lassen Sie mich zu der eigentlichen Frage zurückkommen, zur Frage des kommunalen Finanzausgleichs. Es wird zu Recht immer wieder darüber diskutiert: Reichen die finanziellen Mittel aus? Oder müssen wir Geld hinterherschicken? – Manch einer wird sich für das Gießkannenprinzip aussprechen; aber dazu muss ich auch deutlich machen und ausführen, dass die Strukturen unserer Kommunen völlig unterschiedlich sind. Schauen Sie sich genau an, wie finanzstark Bayerns Kommunen sind. Das ist sehr unterschiedlich. Wir haben zum Teil Kommunen, die knapp doppelt so viel Umlagekraft pro Kopf haben wie die schwächste Gemeinde in Bayern. Wozu führt das? – Wir haben ein extremes Missverhältnis, das es auszugleichen gilt. Das schaffen wir keinesfalls, wenn wir mit der Gießkanne draufgehen und flächendeckend mehr Geld draufschütten und wenn die, die bisher schon immer sparen mussten, effektiv nicht mehr bekommen als die, die in Saus und Braus leben.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Es gibt auch Kommunen, die sich einerseits Projekte leisten, die Stadthallen bauen, die Geld ausgeben, die aber andererseits die Schwerpunkte nicht so setzen, dass sie für ihre Schulen Geld übrig haben, um die Klassenzimmer in den Schulen zu streichen und die WC-Anlagen zu sanieren.

(Tim Pargent (GRÜNE): So ist es!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, da muss ich Ihnen sagen: So ist es! Lieber Tim, wir wissen das ganz genau, und gerade in Bayreuth weißt du das vielleicht auch ganz genau, dass es auch an der politischen Verantwortung dieser

Kommunen liegen kann, wenn man nämlich eigentlich Geld zur Verfügung hätte, aber ganz einfach die Schwerpunkte anders setzt.

(Widerspruch bei der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Da sind wir in der kommunalen Selbstverwaltung, wo der Freistaat Bayern natürlich nicht verpflichtend vorgeben kann: Wenn ihr Geld aus dem Finanzausgleich bekommt, dann verwendet das bitte genau für diesen Punkt. – Das ist nun einmal kommunale Selbstverwaltung. Da muss man die Frage der Verantwortung an die zuständigen Gremien und an die Verantwortlichen vor Ort richten.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aber nicht an die einzelnen Bezirke!)

Ich möchte aber auch noch einmal ganz deutlich machen, was der Freistaat Bayern leistet. Wir haben die Zahlen heute schon gehört: Es sind über 600 Millionen Euro, die zusätzlich in den kommunalen Finanzausgleich eingebracht wurden. Ich nenne Ihnen eine Perspektive – und auch das wird hier gerne verschwiegen: Wir haben unzählige, explizit knapp 100 ganz konkrete Förderprogramme, in deren Rahmen Kommunen maßnahmenbezogen auf Mittel des Freistaates Bayern zugreifen können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Die Töpfe sind alle leer!)

Auch hier ist es so: Wenn Kommunen diese Fördermöglichkeiten nicht nutzen – ich höre jetzt gerade diese Zwischenrufe von den GRÜNEN, da komme ich gleich noch auf ein anderes Thema zu sprechen –,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Okay!)

dann ist es wiederum ein Thema der örtlichen Verantwortung und nicht des Freistaates Bayern. Bei den Mitteln, die hier bereitgestellt werden, fordern Sie immer ein: Nehmen wir doch einfach noch 1 Milliarde Euro aus den Rücklagen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wollen wir doch gar nicht!)

Ich sage: Es ist verantwortungslos zu fordern, die Rücklagen heute komplett aufzulösen oder große Beträge herauszunehmen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wollen wir doch gar nicht!)

Mit der Summe und dem, was sonst alles gefordert wird, wären wir in einem Bereich, wo wir die definitiv brauchen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, das ist überhaupt nicht wahr!)

Da muss man ganz deutlich sagen, wer heute Rücklagen auflöst und nicht weiß, was morgen ist, muss sich fragen: Welche Familienväter, welche Eltern würden ihr Tafelsilber verscherbeln, wenn sie nicht wissen, was die Zukunft bringt, wenn sie aber erahnen können, dass die Herausforderungen morgen und übermorgen mindestens genauso groß, wenn nicht wesentlich größer sind als heute?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wahlgeschenke!)

Ich halte es für verantwortungsbewusst, jetzt noch Rücklagen zu haben

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

und darauf zu achten, was in den nächsten Jahren passiert; denn mit der Mentalität, die wir jetzt haben, dass alle Verbände die Hand aufhalten – und jeder von uns weiß, wie viele Verbände, wie viele Interessenten schon auf uns zugekommen sind und von dem Geld, das jetzt im Bund da ist, mit aufgehaltener Hand einen großen Brocken eingefordert haben –,

(Widerspruch der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

verteilen wir den Kuchen nicht.

Im Gegenteil: Wir – und das haben wir eingefordert – möchten strukturelle Reformen. Wir müssen in unserer Tätigkeit deutlich effektiver werden. Wir müssen deutlich wirt-

schaftlicher werden in dem, was wir tun. Letztendlich schafft man es auch nur in Notsituationen – so ist es übrigens auch in anderen Ländern gewesen –,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist ja gar nicht so!)

aus der Not heraus, strukturelle Reformen anzugehen und umzusetzen.

Ich möchte auch noch ein Beispiel anführen. Nichts ist so gut – das diskutieren wir in den verschiedensten Ausschüssen –, dass es nicht verbessert werden kann; aber die Regierungskoalition arbeitet daran. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Fördersätze bei der Dorferneuerung sind ein Beispiel, wo es bayernweit diese große Diskrepanz gibt, die ich Ihnen jetzt gerade beschrieben habe. Wir haben unterschiedlichste Fördersätze in Bayern, und ausgerechnet die Region, die von der Finanzkraft hinten dran ist, hat die niedrigsten Fördersätze. Diese Fördersätze werden jedes Jahr für jede einzelne Kommune neu berechnet. Da gibt es bereits Initiativen, das zu ändern. Das heißt: Wir arbeiten daran. Ich kann nur dazu aufrufen: Wirken Sie in der Sache mit,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist euer Job in der Regierung!)

erzählen Sie nicht irgendwelche Argumente bzw. tun Sie nicht so, als hätten Sie Argumente, wenn diese nicht fundiert sind.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Frühbeißer.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Dann kommen wir auch zu einer vernünftigen Politik für unsere Bevölkerung, die Sicherheit und Stabilität garantiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion vor.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe jetzt viel Lautstärke und Erregung wahrgenommen. Mein Vorwurf scheint Ihnen persönlich nahegegangen zu sein. Das bedauere ich wirklich. Politisch, gegenüber den FREIEN WÄHLERN, bedauere ich es nicht, weil es exakt der Wahrheit entspricht.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

– Das Scheitern des Sondervermögens für Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro auf Bundesebene wäre auch das Scheitern von 100 Milliarden Euro für die Länder und das Scheitern von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr für den Freistaat Bayern gewesen, wovon 1 Milliarde Euro den Kommunen zukäme. Das Scheitern hätten Sie zu verantworten gehabt, und Sie waren nahe dran. Das wäre die erste Katastrophe gewesen.

Die zweite Katastrophe ist: Was ist der Sinn hinter der Änderung der Schuldenbremse? – Der Sinn dahinter ist, dass wir nicht innere und äußere Sicherheit, dass wir nicht wirtschaftliche Modernisierung und soziale Sicherheit gegeneinander ausspielen; denn das treibt die Gesellschaft auseinander, und – das wissen alle – das wäre eine gesellschaftspolitische Katastrophe gewesen. Ich finde schon auch, dass man gegenüber den bayerischen Kommunen zum Ausdruck bringen kann: Da war eine Kraft im Bayerischen Landtag, die sich als kommunale Kraft versteht und die fast verhindert hätte, dass wir ab nächstem Jahr 1 Milliarde Euro zusätzlich in die kommunale Infrastruktur geben können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank.

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist damit gemeint. Ich verstehe die Erregung vielleicht persönlich, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön.

Volkmar Halbleib (SPD): – politisch verstehe ich sie nicht. Dafür sind Sie verantwortlich, und es wäre fast an Ihnen gescheitert.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Frühbeißer, bitte.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Halbleib, Sie schaffen es nicht, mich in Erregung zu bringen. Das muss ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Lautstärke ist dem geschuldet, dass die Geräuschkulisse hier im Saal durch Zwischenrufe, durch Gemurmel, durch eine gewisse Lautstärke, die im Plenum herrscht, sehr laut ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schauen Sie sich Ihren Beitrag bei Plenum Online noch einmal an!)

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist, dass die FREIEN WÄHLER das nicht zum Scheitern gebracht hätten, sondern ganz klar formuliert haben: Auf der Grundlage, wie es bisher war, können wir nicht zustimmen. – Wir haben unsere Forderung ganz klar formuliert und haben das in die Gespräche mit eingebracht.

(Unruhe und Zurufe)

– Genau, das ist der Fall. Das ist eine Protokollnotiz, die entsprechend mit aufgenommen ist. Wenn Sie das jetzt ignorieren oder so tun, als wäre es nicht so,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist im Protokoll drin! So weit seid ihr schon!)

dann ist es wieder ein Punkt, der jetzt momentan eher zu Ihrer Erregung führt.

(Anhaltende Unruhe)

Das führt jetzt momentan eher zu Ihrer Erregung; aber letztendlich machen diese Wege und diese Ziele, die ich jetzt in meiner Rede und meiner Antwort besprochen und erklärt habe, sehr deutlich, worum es uns gegangen ist und worum es uns geht. Uns geht es um die Verantwortung –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Frühbeißer. Danke schön.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): – und vor allen Dingen um die Wirtschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Frühbeißer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte einige Zeit eingeplant, um auf Angriffe einzugehen, die kommen. Bis auf den Kollegen Frühbeißer – den muss ich jetzt einmal davon ausnehmen – haben es aber alle anderen Redner der Regierungskoalition geschafft, altbekannte Worthülsen zu Haushaltsberatungen zu bringen, die wir aus den Vorjahren allesamt schon kannten. Ich zolle Ihnen Lob für das AAA-Rating des Freistaats, schön und gut. Das Herumhacken auf dem Länderfinanzausgleich kann ich zwar aus Ihrer Sicht verstehen, das ist aber auch äußerst wohlbekannt.

(Michael Hofmann (CSU): Schon klar, dass euch das nicht gefällt, wenn wir gelobt werden!)

Und ansonsten muss ich feststellen, dass es erstaunlich wenig Eigenlob für diesen Nachtragshaushalt im Vergleich zu den Vorjahren gibt.

(Michael Hofmann (CSU): Wir haben das nicht so nötig!)

Wenn ich in den Nachtragshaushalt hineinschaue, dann stelle ich fest, das ist auch verständlich. Was vorgelegt wurde, ist ein erstaunlich ambitionsloses Werk. Das gilt vor allem für die Kleinstprojekte der Regierungsfaktionen mit ihrer Fraktionsreserve. Würde man sagen, man hätte das mit der Gießkanne ausgeschüttet, wäre das noch beschönigend. Mittlerweile sind die Projekte so kleinteilig beschrieben, dass man eher von einer Tröpfchenbewässerung sprechen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar gibt es technische Nachschärfungen, aber es handelt sich um einen Nachtragshaushalt ohne Ambitionen. Ein Nachtragshaushalt muss kein neuer, voller Doppelhaushalt sein, aber die Zeiten im Hinblick auf die Weltlage, die Wirtschaftslage und die Lage bei unseren Kommunen hätten einen wirklich ambitionierten Nachtragshaushalt verdient. Stattdessen liegt uns dieses kleinteilige Stückwerk vor. Sie feiern sich fast ausschließlich für Themen, die bereits im Doppelhaushalt enthalten waren. Die Wirtschaftslage ist jedoch mau. Bayern liegt sogar noch unter dem Bundesdurchschnitt. Es gäbe etwas zu tun. Die Regierungsfaktionen und vor allem der Wirtschaftsminister sollten sich mal wieder um die Wirtschaft kümmern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Habeck ist jetzt Gott sei Dank weg!)

– Ich meine Ihren Wirtschaftsminister. Wir sind noch im Bayerischen Landtag. Er hätte etwas für die bayerische Wirtschaft tun können, anstatt seinem neuen politischen Hobby, der Jagd, zu frönen. Wenn der Wirtschaftsminister in Bayern schon keine Impulse setzt, hätte es wenigstens der Finanzminister tun können. Aber dieser Haushalt hat es unterlassen.

Der Bund hat es endlich verstanden, dass wir uns nicht aus einer Krise herausparen können. Plötzlich gibt es hoffnungsvolle Signale aus der Wirtschaft, ein Aufatmen in unserem Land. Das war in den letzten Wochen förmlich zu hören. Was gibt es in Bayern? – Während Sie schon fast flehentlich auf die Bundesmilliarden warten, um das eine oder andere Projekt aus Ihrem schönen und aus unserem schönen Freistaat finanzieren zu können, verschärfen Sie die Haushaltssperre in Bayern noch von 10 auf 15 %. Statt mutig in die Zukunft zu investieren, verschärfen Sie den Sparkurs in Bayern. Ich finde, das ist zu wenig. Das ist kein Konjunkturpaket, kein kraftvoller Aufschlag. Liebe Leute, das ist wirklich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Vorredner hat darauf hingewiesen, dass es verantwortungsvoller wäre, die Rücklage in dieser Situation lieber zu schonen. Aber was zeigen uns denn die Krisen der letzten Jahrzehnte? Was wäre in der Finanzkrise 2008 passiert, wenn man gesagt hätte: Wir wissen noch nicht, was in dieser Krise kommt. Wir wissen es noch nicht, also machen wir lieber kein Konjunkturpaket und heben alles, was wir haben, schön auf. – Wir sind uns doch in der Nachbereitung sicher, dass die Maßnahmen, die Konjunkturpakete, damals richtig waren. Jetzt verschärft sich die Weltlage sogar noch. Massive US-Zölle bedrohen unsere Exportwirtschaft, gerade bei uns in Bayern. Jetzt könnte man den Binnenmarkt stärken und die Inlandsnachfrage stimulieren. Gerade in Bayern könnte man auch mehr investieren. Aber auch nach diesen Einschlägen durch die US-Zölle gab es wieder keine Reaktion aus der Staatsregierung. Sie verharren wie das Kaninchen vor der Schlange. Das kann sich eine der top Volkswirtschaften in Europa nicht erlauben.

Das dritte Megathema ist die Finanzlage in unseren Kommunen. Die bayerischen Städte und Gemeinden sowie die Landkreise haben in der jüngeren Vergangenheit ein Rekorddefizit eingefahren. Und ja: Die Einnahmensituation ist dort momentan extrem schwierig. Was passiert als Folge vor Ort? – Das wissen Sie selbst ganz genau: Die Investitionen werden zuerst geschoben. Die neue Schulaula wird erst einmal vertagt. Die Schwimmbadsanierung wird auf die lange Bank geschoben. Die Sanierung der Turnhalle erfolgt frühestens nächstes Jahr, wenn überhaupt. Das ist die Praxis vor Ort. Das ist bitter, weil es nun einmal zuerst die Investitionen in unserem Land, vor allem die Investitionen vor Ort betrifft. Das wissen Sie von vor Ort auch. Auch die Kommunen fiebern jetzt den neuen Bundesmilliarden entgegen. Was ist Ihre Antwort auf das Problem? – Ein kommunaler Finanzausgleich, der ganz nett ist und versucht, es allen recht zu machen. Es ist aber auch ein kommunaler Finanzausgleich, der am Ende an den Realitäten in unseren Kommunen scheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist unsere Forderung klar. Wir brauchen in Anbetracht der Weltlage, der Wirtschaftslage, aber vor allem der kommunalen Finanzlage eine Kommunalmilliarde, wie wir sie für Bayern vorgeschlagen haben. Wir wollen in unsere Kommunen investieren, solange es die Rücklagen des Freistaats in dieser schwierigen Lage hergeben und sie derart gut gefüllt sind. Ehrlich gesagt hätten wir das vor einigen Jahren auch selbst nicht erwartet. Bayern kann mehr. Bayern sollte mehr tun. Wir schlagen ganz konkret vor, in bestehende Programme zu investieren, von den Schlüsselzuweisungen über die Schulbausanierung bis hin zu den Schwimmbädern. Die Bezirke brauchen auch dringend mehr Geld, damit die Bezirksumlagen nicht zu stark angehoben werden müssen. Das wäre alles wichtig.

Warum dieser Schwerpunkt bei den Kommunen? – Wir GRÜNE sind der Meinung, es entscheidet sich vor Ort, ob die Menschen den Eindruck haben, dass der Staat funktioniert oder nicht. Dort merken die Menschen, ob es vorangeht oder ob eher Stillstand herrscht. An der kommunalen Basis entsteht das Vertrauen der Menschen in den Staat, aber es kann auch dort verloren gehen. Ich betone das deshalb so stark, weil wir als Abgeordnete aus dem östlichen Oberfranken die extreme Finanzlage bei den Kommunen kennen. Es macht einen Unterschied, ob die Finanzlage seit ein bis zwei Jahren schwierig ist oder ob die Finanzkasse schon seit zehn Jahren klamm ist. Das macht etwas mit den Menschen vor Ort.

Leider steigt die Zahl der finanzschwachen Kommunen deutlich an. Man sieht es an den Anträgen für die Stabilisierungshilfen und die Bedarfszuweisungen. Wurden im Jahr 2022 noch 635 Millionen Euro als Hilfen beantragt, waren es im Jahr 2024, also zwei Jahre später, schon 780 Millionen Euro. Die Anzahl von Anträgen für die Stabi-Hilfen sind ein Alarmsignal. Was stand im Jahr 2024 zur Verfügung? – Etwas mehr als 100 Millionen Euro. Das hat dann nichts mehr mit der Prioritätensetzung vor Ort zu tun, die in einigen Kommunen mit Sicherheit schwierig ist und manchmal auch zu wünschen übrig lässt. Aber es ist zu wenig, was wirklich in den ganz finanzschwachen Kommunen ankommt. Das reicht hinten und vorne nicht. Da reicht es auch nicht,

wenn ein Staatssekretär aus dem schönen Fichtelgebirge kommt. Wir brauchen in den finanziell schwachen Regionen auch endlich mehr Geld. Wir brauchen dort mehr Millionen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieser Nachtragshaushalt ist aus unserer Sicht so ambitionslos, dass wir eigentlich schon den zweiten Nachtragshaushalt bräuchten. Deswegen eine Bitte von uns zum Schluss: Legen Sie zumindest einen kraftvollen Doppelhaushalt vor. Legen Sie diesen endlich pünktlich im Herbst vor. Machen Sie was. Die Kommunalwahl gibt Ihnen die Chance, auch mehr für die Kommunen zu tun. Tun Sie es bitte nachhaltig und so, dass es bei den Kommunen ankommt. Sie brauchen das Geld in der Breite. Vor allem die finanzschwachen Kommunen brauchen es wirklich dringend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute habe ich wieder gehört, dass man selbst bei den Haushaltsberatungen ausländerfeindliches Flüchtlingsbashing betreibt. Ich habe mir gedacht, einen Großteil meiner noch verbleibenden Redezeit dafür zu verwenden, kurz etwas zu schildern. Bei mir im Ort gibt es eine Familie, eine Frau mit zwei Kindern, zwei Mädchen, die aus der Ukraine stammen und sich bemühen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Die beiden Kinder machen eine Ausbildung und versuchen alles. Und heute muss ich hören, wie hier abfällig über solche Leute gesprochen wird. Die Frau hat kurz vor Weihnachten die Nachricht erhalten, dass ihr Mann im Krieg gefallen ist, für uns, für die Ukraine, für unsere Freiheit. Ich glaube, dass wir dies bei all den Diskussionen und den Hassreden, die hier gehalten werden, nicht vergessen sollten.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute geht es um den Nachtragshaushalt. Ich bin in meiner Fraktion für die Gemeinden zuständig. Den Gemeinden geht es nicht gut. Manche sagen: Die Gemeinden sollen einfach ein bisschen mehr sparen. Das hört man landauf, landab immer wieder. Wenn man jedoch mit Vertretern der Gemeinden spricht und die Zahlen liest, stellt man fest, dass jetzt ein Rekorddefizit in Höhe von 5,2 Milliarden Euro aufgelaufen ist, also mehr als in den Jahren zuvor. Auf Bundesebene haben unsere Gemeinden inzwischen den zweithöchsten Schuldenstand nach Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Problem.

Wir bekommen das alles von den Gemeinden vorgerechnet. Die Vertreter der Gemeinden sagen uns: Wir müssen doch unsere Kindergärtnerinnen und den Mann zahlen, der den Friedhof pflegt. Deshalb sage ich: Wir brauchen einfach mehr Geld. Vorhin hat jemand von Ausgaben und Einnahmen gesprochen. Es gibt aber Ausgaben, die nun einmal da sind. Diese Ausgaben müssen getätigt werden. Der Freistaat Bayern hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kommunen diese Aufgaben erfüllen können.

Ich möchte gar nicht über freiwillige Leistungen sprechen. Wir haben auch Lösungsvorschläge gemacht, zum Beispiel die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, eine kommunale Krankenhausfinanzierung und eine Reduzierung des Kostenanteils der Kommunen. Wir sollten in die wirklich sehr schöne Haushaltsrücklage hineingreifen und sagen: Wir helfen den Kommunen.

Eines möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Der Freistaat Bayern nimmt sehr viele Zinsen ein. Es wäre schön, wenn dieses Geld einmal als Sonderzahlung ausgezahlt würde, auch an die Gemeinden. Wir haben auch gehofft, dass der Freistaat Bayern einmal die Schulden, die er bei seinen Gemeinden hat, bezahlt. Das sind immerhin 290 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist doch wichtig: Momentan werden landauf, landab ungedeckte Schecks verteilt. Die Politiker stellen sich hin und sagen: Dieses Geld bekommen die Bürger, die Kommunen für ihre Abwasseranlage. Dabei ist klar,

dass dieser Scheck nicht gedeckt ist. Das ist nicht gut; denn das fördert den Verdruss, und die Kommunen wissen nicht mehr, was sie tun sollen. Eines ist klar: Jeder Euro für die Kommunen ist ein Euro für das Handwerk und die Wirtschaft vor Ort. Wir haben Vorschläge gemacht, damit es unseren Kommunen, unseren Handwerkern und unserer Baubranche gut geht. Denken Sie auch an den Bauarbeiter, der seine Familie ernähren muss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Empore! Wer den Worten der Redner der Opposition in der heutigen Debatte zugehört hat, der konnte feststellen, dass es vor allem um eine Richtung geht: mehr ausgeben, Rücklagen auflösen, mehr verteilen. Ich habe mir einmal Gedanken darüber gemacht, wie es mit der Staatsverschuldung nicht nur bei uns, sondern weltweit aussieht. Wer sich die Staatsschuldenquote der Länder der Europäischen Union und der übrigen großen Industrieländer ansieht, wird feststellen, dass es auch hier nur einen Trend gibt, nämlich nach oben.

Die Eurozone hat im dritten Quartal 2024 eine durchschnittliche Verschuldungsquote von 88 %. Deutschland liegt hier mit 62 % noch deutlich darunter. Aber größere EU-Staaten wie Frankreich oder Italien haben eine Verschuldungsquote von über 100 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Auch Großmächte wie die USA oder China nähern sich den 100 % an oder liegen, wie die USA, bereits deutlich darüber.

Hier stellt sich die Frage: Wenn weltweit der Trend zu mehr Schulden geht, wie sieht es dann mit dem nachhaltigen Umgang mit den Staatsfinanzen aus? Ist dieser nachhaltige Umgang mit den Staatsfinanzen insgesamt aus der Mode gekommen? Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, diese Kennzahl auf die Bundesländer zu übertragen. Ich habe festgestellt, dass das Bruttoinlandsprodukt in Bayern im Jahr 2023 etwa

768 Milliarden Euro betrug und die Staatsverschuldung bei etwa 36,7 Milliarden Euro lag. Das entsprach einer Verschuldungsquote von 4,8 %. Damit steht Bayern an der Spitze in Deutschland, während vor allem linksregierte Bundesländer eine zweistellige Quote aufweisen. In Berlin liegt diese Quote bei über 30 %, im Saarland ebenfalls. In Niedersachsen liegt diese Quote bei 15 %. Das zeigt, dass CDU- und CSU-geführte Landesregierungen über Jahrzehnte hinweg der Garant für solide Haushaltspolitik sind. Wir betreiben auch eine gute Standortpolitik. Werte Kolleginnen und Kollegen, es bringt also nichts, dauerhaft über seine Verhältnisse zu leben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Und Berlin?)

– Das Bundesland Berlin wurde lange genug von Rot-Grün regiert. Das tut nichts zur Sache. Die Schulden sind in der Zeit der rot-grünen Stadtregierungen aufgehäuft worden.

Nur wer mit seinem Geld nachhaltig umgeht, kann in schwierigen Zeiten auf diese Ressourcen zurückgreifen. Deshalb sage ich: Finger weg von den Rücklagen. Heute wurde vorgeschlagen, die Rücklagen anzugreifen. Niemand von uns weiß, wie es in den nächsten Jahren weitergehen wird, wie sich die wirtschaftliche Situation angesichts eines völlig erratischen Donald Trump in den USA und der momentanen Lage in Russland, die niemand einschätzen kann, weiterentwickeln wird. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir weiterhin solide wirtschaften und Haushaltskonsolidierungen vornehmen. Wir müssen etwa 5.000 Stellenstreichungen in den Blick nehmen, unsere Ausgaben reduzieren und unseren Haushalt wieder gut in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um dem zu erwartenden Einwand der Vertreter der Opposition über die anstehende Neuverschuldung zuvorzukommen, möchte ich sagen: Die schwarze Null ist natürlich kein Selbstzweck. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Trotzdem muss es in der Verantwortung für künftige Generationen unser lang-

fristiges Ziel sein, mit den Staatsfinanzen nachhaltig umzugehen. Genau das haben wir mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt 2025 bewiesen. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation in Deutschland und einer Steuerschätzung im Oktober 2024, die die Erwartungen über die künftigen Einnahmen noch einmal deutlich nach unten korrigiert hat, konnte ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung mit einem Gesamtvolumen von 76,7 Milliarden Euro vorgelegt werden.

Beachtlich finde ich dabei die Investitionsquote von rund 15 % in einem Doppelhaushalt, mit dem die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden konnten. Bayern ist ein Hightech-Standort, den wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen wollen. Herr Kollege Pargent, Sie hätten das lobend erwähnen können. Stattdessen haben Sie behauptet, dass an diesem Nachtragshaushalt nichts zu loben wäre. Ich halte das Gegenteil für richtig.

Frau Kollegin Köhler, Sie haben behauptet, wir würden hier keine gute Wissenschafts- förderungs- und Standortpolitik betreiben. Dazu sage ich nur eines: Der Freistaat Bayern hat 5,5 Milliarden Euro in die Hightech Agenda gesteckt. Mit diesem Geld werden 1.000 neue Professuren, 13.000 neue Studienplätze und mehr als 20 Spitzen- forschungsplätze entstehen. Wenn das keine gute Wissenschaftspolitik ist, was ist es dann?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Aufschlag ist in Deutschland einmalig. Es freut mich, dass in dem vorliegenden Nachtragshaushalt bei der Wissenschaft zahlreiche großartige Projekte dabei sind. So werden beispielsweise 4 Millionen Euro für die Fortsetzung der TTZ-Strategie der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. der Technischen Hochschulen zur Verfügung gestellt. Weitere 4,5 Millionen Euro investiert der Freistaat für die Spitzen- medizin, beispielsweise um die Zusammenlegung des Deutschen Herzzentrums mit dem Klinikum rechts der Isar der TU München zu unterstützen. Mit diesem Integrati- onsprozess wird ein neues TU-Klinikum zu einem Leuchtturmprojekt mit einem einma-

ligen Leistungsspektrum in der Kardiologie entwickelt. Das sind Aufschläge, auf die wir als Freistaat stolz sein können. Wir marschieren vorweg, wir fördern Wissenschaft, wir fördern Spitzenmedizin, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber nicht nur im Bereich der Wissenschaft geht es voran, sondern auch als Industriestandort leben wir von den Innovationen der Menschen, die ihre Geschäftsideen verwirklichen wollen. Um den bayerischen Gründergeist zu stärken, soll das bisherige Fondsvolumen an Risikokapitalengagements der LfA Förderbank Bayern in den nächsten Jahren von rund 0,7 Milliarden Euro auf 1,7 Milliarden Euro verdoppelt werden. Wir wollen die Start-ups unterstützen, wir wollen sie in den verschiedenen Entwicklungsphasen nicht alleinelassen, und zugleich möchten wir natürlich auch private Investitionen in bayerische Unternehmen weiter mobilisieren.

Deshalb fahren wir hier die richtige Strategie, und deshalb ist es auch der richtige Schritt, die einzelnen Fonds bezogen auf die Haftungsstöcke zu einem einheitlichen Haftungsstock in Höhe von knapp 100 Millionen Euro zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20 Millionen Euro zusammenzufassen und im Nachtragshaushalt eine Garantie in Höhe von einer Milliarde Euro zu ergänzen. – Also, wenn das kein wichtiger Aufschlag für Unternehmergeist in Bayern ist, was dann, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, als Regierungskoalition haben wir alle Bereiche im Blick. Deshalb sieht der Nachtragshaushalt auch wichtige Akzente im Bereich der Landwirtschaft, der Umwelt- und Verkehrspolitik vor. Trotz knapper Ressourcen werden in allen Bereichen die Mittel erhöht. Nachdem hier schon öfter der Wohnungsbau angesprochen wird, kann ich nur eines sagen: Mit 2,2 Milliarden Euro ist die Wohnraumförderung auf einem Rekordniveau angekommen; klar kann es da auch einmal Engpässe geben, aber es ist trotzdem ein Fingerzeig, wo man einmal sagen

kann, dass der Freistaat etwas tut, etwas leistet und auch in Zukunft den Wohnraum unterstützen wird. Wir werden auch in diesem Bereich weiter vorankommen.

Als Berichterstatter für den Einzelplan 10 liegt mir vor allem der soziale Bereich am Herzen; da möchte ich noch auf die Kindertagesstätten eingehen, die vom Freistaat tatkräftig unterstützt werden, obwohl sie eigentlich eine kommunale Pflichtaufgabe sind. Bisher waren das 3,5 Milliarden Euro; im Nachtragshaushalt wird dieses Budget noch einmal um über 100 Millionen Euro auf 3,6 Milliarden Euro angehoben. Da sind wir wirklich ein verlässlicher und guter Partner der Kommunen. An der Stelle möchte ich auch noch eines sagen, weil Sie, Frau Kollegin Köhler, vorhin Ihre große Liebe zum kommunalen Bereich erklärt haben: Jeder dritte Euro im Freistaat wird in die Kommunen investiert. Die Kommunen hat neben diesen Auflagen, die die letzte Bundesregierung den Kommunen erteilt hat, auch die Kürzung von Mitteln belastet; ich erinnere an den GAK-Rahmenplan für den ländlichen Raum, an dem auch die Dorferneuerung mit dranhängt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Dort wurde eben gekürzt. Bei mir in Schwaben beispielsweise hingen da 180 Projekte am seidenen Faden. Das wurde dann eben auch ein Stück weit vom Freistaat ausgeglichen, damit die Kommunen da voranschreiten können. Wir hoffen natürlich darauf, dass es im Bund da jetzt wieder Entlastungen gibt und dass wir für unsere Kommunen ein verlässlicher Partner auf allen Ebenen sind, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Nachtragshaushalt zeichnet sich durch einen nachhaltigen Umgang mit den Staatsfinanzen aus und setzt die richtigen Akzente für die zukunftsorientierte Politik in Bayern. Ich danke unserem Finanzminister Albert Füracker, unserem Staatssekretär Martin Schöffel, der Verwaltung im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat für die Vorbereitung des Haushalts sowie natürlich auch dem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier für die gute Zu-

sammenarbeit im Haushaltsausschuss. Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dem vorliegenden Entwurf des Nachtragshaushalts 2025 zuzustimmen.
– Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Knoll. – Für die Bayerische Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es ganz ehrlich: Ich habe mir in den letzten Stunden sehr viele Gedanken darüber gemacht, was eigentlich jemand, der uns von außen beobachtet und uns noch nie zugehört hat, denken würde, was wir hier diskutieren. Eigentlich machen sich die Menschen auf der ganzen Welt, insbesondere in Europa, in Amerika, in der Ukraine und überall, wo wir unterwegs sind, Sorgen, und es gibt die Frage, wie es überhaupt weitergeht. Jetzt kommen noch die Zölle, und jeden Tag geschieht an den Börsen etwas, das nicht mehr kalkulierbar ist. Das ist eine wirtschaftliche Entwicklung, die niemand mehr prognostizieren kann.

Demokratien rund um uns herum sind gefährdet, und wir tun hier so, als wäre das für uns eigentlich alles gar nicht existent. Wir führen eine Nachtragshaushaltsdebatte, als gäbe es eigentlich gar keine großen Probleme auf der Welt; denn wir diskutieren den ganzen Nachmittag nur darüber, dass es – obwohl der Freistaat Bayern so viel Geld in einem Jahr ausgeben wird wie noch nie zuvor – quasi nirgendwo reichen würde und der Nachtragshaushalt totale Katharsis über Bayern bringen wird.

Meine Damen und Herren, ich will es bloß einmal sagen: Bei der ritualisierten Debatte darüber, wo man noch mehr verteilen könnte, wäre ich ehrlicherweise auch in der Lage, mich zu beteiligen. Ich habe tausend Ideen, und alles, was die Opposition sagt, wäre gar nicht verkehrt, was die Regierung sagt, ist noch viel richtiger.

(Volkmar Halbleib (SPD): Machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube!)

Wir könnten noch viel mehr Geld für alle möglichen Dinge ausgeben. Aber glauben Sie mir eines: In diesen Zeiten wird überall in den nächsten Jahren nicht die Debatte stattzufinden haben, wo wir mehr ausgeben können; stattdessen müssen wir überlegen, wie wir mit dem Erwirtschafteten die Wirtschaft trotzdem noch flott halten können. Es ist doch geradezu grotesk.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, diese westlichen Demokratien – auch Deutschland, wahrscheinlich auch Bayern – leben im Moment einfach über ihre Verhältnisse. Wir alle wollen jedes Jahr mehr Geld ausgeben, als wir zu erwirtschaften in der Lage sind. Und dann tun wir auch noch so, als hätten wir darauf quasi einen Rechtsanspruch. Auf der Welt gibt es 8 Milliarden Menschen. Was glauben Sie, wie viele das machen können? Wie viele können sagen, dass schon von irgendwo Geld herkommen wird, wenn es nicht reicht? Wenn es nicht mehr reicht, dann gehen wir zur Bank, dann gibt es einen Kredit, alles kein Problem. Und wenn Sie uns fragen, wer das bezahlt, dann sagen wir: Das zahlen unsere Urenkel; die lernen wir eh nicht kennen, die werden das dann schon bezahlen.

Meine Damen und Herren, ich bitte bloß darum, ein bisschen einzuordnen, was wir hier diskutieren. Die Bundesrepublik Deutschland hinkt seit Jahren im Wachstum hinterher. Von den wirtschaftsstärksten 20 Ländern der Welt liegt Deutschland im Moment auf Platz 19. Wir haben es in unserem Land in den letzten Jahren nicht geschafft, mit dem europäischen Ausland Schritt zu halten. Wir sind wirtschaftlich in einer Situation, in der wir seit Jahrzehnten nicht waren. Wenn die Prognosen stimmen, dann gibt es im dritten Jahr hintereinander Rezession; vier Steuerschätzungen hintereinander waren negativ. Ich bin jetzt fast zwölf Jahre im Finanzministerium, meine Damen und Herren; das hatten wir noch nie.

Alle Indikatoren sprechen dafür, dass der Wirtschaftsaufschwung möglicherweise nicht so schnell einsetzen wird. Wir können jetzt hoffen, dass die neue Regierung auch in

wirtschaftlicher Hinsicht Zuversicht verbreiten kann. Da ist jedenfalls durch den neuen Koalitionsvertrag aus meiner Sicht heute schon der erste Schritt getan. Aber auch er muss jetzt erst gelebt werden, selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, dass die Ampel-Jahre verlorene Jahre waren, das bestreitet doch niemand mehr. Dass wir in Bayern Krise organisieren müssen, ist auch die Realität. Wir können uns nicht vollständig von dieser Krise abkoppeln. Deswegen bitte ich einfach um Verständnis. Dieser Nachtragshaushalt ist schlicht und ergreifend Ausdruck verantwortungsvoller Haushaltspolitik in schwierigsten Zeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben doch zweierlei getan: Wir haben mit unserem Doppelhaushalt für zwei Jahre und nicht für ein Jahr den Haushalt beschlossen. In diesem Doppelhaushalt haben wir – wie es bei Doppelhaushalten so üblich ist – von Anfang an angekündigt, dass wir für das zweite Jahr möglicherweise einen Nachtragshaushalt benötigen. Das ist erstens nicht überraschend, zweitens wäre es unter Umständen gar nicht notwendig; denn der Freistaat Bayern hat längst einen Haushalt für das Jahr 2025. Wenn Sie eine Umfrage machen würden, ob es in Europa in großen Staaten Länder gibt, die im April für 2025 noch keinen Haushalt haben, dann hätte man vielleicht jedes Land genannt, aber nicht Deutschland.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität: Ich soll hier eine Haushaltsplanung machen, ohne überhaupt zu wissen, was in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Halbleib, nur weil Sie einer der letzten Ampel-Überlebenden sind, müssen Sie doch akzeptieren, dass es jetzt wieder anders ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich schaue auch noch frisch aus! – Michael Hofmann (CSU): Geht so! – Allgemeine Heiterkeit)

Jetzt sind wir doch eine Koalition; seien Sie doch einmal freundlich mit mir! – Ich will es bloß wirklich einmal sagen: Wir haben diesen Haushalt machen müssen, weil seit dem Doppelhaushalt noch einmal Veränderungen eingetreten sind, die mich zutiefst betrüben und für die ich nichts kann. Herr Pargent, den ich wirklich schätze, sagt: Dieser Nachtragshaushalt wäre nicht ambitioniert. Das ist alles Mist. – Herr Pargent, wissen Sie, was das Unambitionierte uns kostet? – 1,3 Milliarden Euro weniger prognostizierte Steuereinnahmen der letzten Steuerschätzung, für die ich nichts kann. 500 Millionen mehr für Asyl, für die ich nichts kann. 500 Millionen zusätzlich für Zensus, für die ich nichts kann, und 140 Millionen für Hochwasser, für die ich nichts kann. Zweieinhalb Milliarden Euro müssen wir in diesem Nachtragshaushalt abbilden. Zweieinhalb Milliarden Euro zusätzlich, mit denen vor einem Jahr noch niemand rechnen konnte. Und ich darf mir hier anhören, das wäre alles unambitioniert. Meine Damen und Herren, Sie können froh sein, dass wir die zweieinhalb Milliarden noch haben, damit wir das überhaupt bezahlen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Uns bleiben in diesem Jahr Kürzungsorgien erspart. Das ist doch eine positive Botschaft. Wenn ich jetzt das tun müsste, was die Steuerschätzungen ergeben, dann müssten wir nicht darüber reden, ob der Nachtragshaushalt noch einmal um eine knappe Milliarde wächst; sondern wir müssten hier darüber diskutieren, um wie viele Milliarden wir kürzen müssen. Wir reden immer vom Einsparen. Meine Damen und Herren, wir haben im Moment überhaupt noch nicht eingespart. Wir können nur nicht jeden zusätzlichen Wunsch, der irgendwo auftaucht, sofort erfüllen. Das ist doch die Realität. Wir haben in diesem Land überhaupt noch nicht begriffen, was es bedeuten würde, wenn wir wirklich sparen müssten. Deshalb bin ich froh, dass wir uns das im Moment noch leisten können.

Wir haben jetzt 76,7 Milliarden Euro im Haushalt. Er ist so groß wie nie; aber hier wird den ganzen Nachmittag erklärt: Bei uns ist alles kaputt. Wir können nicht mehr investieren. Es ist alles ganz furchtbar. – Meine Damen und Herren, der Freistaat

Bayern hat im Nachtragshaushalt eine Investitionsquote von 15,1 %. Wir investieren in 2024/2025 über 22 Milliarden Euro. Ich weiß nicht, wie man überhaupt auf die Idee kommt, dass wir in Bayern das Problem hätten, nicht zu investieren.

Schauen Sie halt einmal in die anderen Bundesländer. Die Durchschnittsinvestitionsquoten der Bundesländer sind nicht einmal bei 10 %. Nordrhein-Westfalen investiert unter 10 %. Was würden Sie denn sagen, wenn wir so wenig investieren würden? Dann würde ich Ihnen recht geben. Dann würden wir zu Unrecht die Rücklage schonen. Das tun wir genau nicht. Wir schonen keine Rücklage.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr 2025 nehmen wir 4,4 Milliarden aus der Rücklage. Das heißt, wir planen mit 4,4 Milliarden Euro mehr Ausgaben, als wir prognostisch einnehmen. Ich muss mir den ganzen Nachmittag anhören, wir würden die Rücklage zulasten anderer Menschen schonen. Wie viel Geld wollen Sie denn noch ausgeben?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir bemühen uns hier wirklich sehr, und ich danke allen, die diese Haushaltsberatungen konstruktiv begleitet haben. Ich freue mich, dass akzeptiert und anerkannt wird, wie gut bei mir im Finanz- und Heimatministerium unsere Spitzenbeamten zusammen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese schwierige Aufgabe meistern. Das muss ich an dieser Stelle schon einmal sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das findet hier allgemein hohe Anerkennung. Der Staatssekretär und der Minister werden auch ab und zu belobigt. Darüber freue ich mich; aber es ist auch unsere Aufgabe. Ich will dafür gar kein großes Lob; aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, dass im Haushaltsausschuss durch Josef Zellmeier und Bernhard Pohl, dass in der Landtagsverwaltung und überall in den Fraktionen, in der Regierungsfraktion,

die unserem Haushalt zustimmen wird, intensiv darüber beraten wird und man sich Gedanken darüber macht, wie wir das alles "handlen" können in schwierigster Zeit.

Dafür braucht es viele Abwägungen, und es ist nicht ganz so einfach, alles unter einen Hut zu bringen, was das ganze Jahr an Wünschen, an Notwendigkeiten und an Ideen vorgebracht wird. Ich möchte noch einmal sagen: Wir müssen vorausschauend planen; denn das ist der Nachtrag 2025. Wir beginnen jetzt mit der Aufstellung des Doppelhaushalts 2026/2027. Wenn ich die Steuerprognosen und die aktuelle Rücklagenentnahme zugrunde lege, müsste jeder, der in der Lage ist, zwei plus zwei fehlerfrei zu addieren, erkennen, dass ich im nächsten Doppelhaushalt um jeden Euro Rücklage froh sein werde, den wir noch haben.

Es wird nicht so sein, dass wir vom Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler überschwemmt werden. Bei jeder Veranstaltung bedanke ich mich bei ihnen, weil ich weiß, dass wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern diese Einnahmen zu verdanken haben. Meine Damen und Herren, es wird nicht so sein, dass wir durch neue Zuschüsse des Bundes plötzlich in Geld schwimmen. Es ist alles skurril.

Herr Halbleib, wir müssen uns noch aneinander gewöhnen. Herr Halbleib teilt heute per Pressemitteilung mit – und das ist interessant –, dass es über zehn Jahre ein Sondervermögen des Bundes geben wird, und daraus fließen jährlich 1,6 Milliarden Euro nach Bayern. Ich weiß nicht, wie Sie das ausgerechnet haben. Im Bundesgesetzblatt, Herr Halbleib, steht, dass Investitionen aus diesem Sondervermögen innerhalb von zwölf Jahren bewilligt werden können. Zwölf Jahre entsprechen je nach genauer Verteilung wohl eher 1,2 Milliarden. Sie sagen, 400 Millionen hin und her, darauf kommt es jetzt nicht an.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich will Ihnen nur sagen, dass ich mit diesen Dingen erst planen werde, wenn ich weiß, wann und wie viel genau kommt.

Ich bin froh, dass heute in Berlin der Koalitionsvertrag vorgestellt wurde. Wir warten ab, bis dort der Bundeshaushalt für das Jahr 2025 beschlossen wird. Das wird wahrscheinlich nicht gleich im April der Fall sein. Wenn der Bundeshaushalt beschlossen ist und wir wissen, ob wirklich Geld kommt, ob im Jahr 2025 oder 2026 Geld kommt, wie viel Geld kommt und wofür man das Geld überhaupt hernehmen darf, dann können wir darüber sprechen, wofür wir das Geld verwenden. Herr Halbleib verspricht heute in der Pressemitteilung den Kommunen schon eine Milliarde und dem Freistaat Bayern 600 Millionen, obwohl wir wahrscheinlich nur etwa 1,2 Milliarden Euro kriegen und nicht einmal wissen, wann.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Halbleib, ich bitte nur um Seriosität in Haushaltsfragen. Das müssen Sie sich angewöhnen, wenn Sie mit uns koalieren. Jetzt geht es seriös zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Wir vertrauen der neuen Bundesregierung!)

Und deshalb gemacht, gemacht. Wir werden das genau analysieren. Wir werden die Möglichkeiten, die uns die Bundesregierung schafft und die der Deutsche Bundestag bietet, analysieren und genau hinsehen. Wir sind mit unseren Kommunen ständig im Kontakt und im Gespräch. Ich sage Ihnen eines voraus: Mit noch so viel Sondervermögen und noch so vielen Schulden und all den Dingen, die man machen kann, kann man die strukturellen Defizite, die wir mittlerweile in all unseren Haushalten haben, nicht einfach beseitigen. Das geht nicht, indem man jedes Jahr Geld aufnimmt.

Strukturelle Defizite werden wir abbauen müssen, Schritt für Schritt, ein Jahr nach dem anderen, weil wir uns in den letzten Jahren in Deutschland angewöhnt haben, mehr Geld ausgeben zu wollen, als wir einnehmen. Deswegen sage ich Ihnen: Solange ich bayerischer Finanz- und Heimatminister bin, möchte ich meinen Anteil daran leisten, dass uns das in Bayern nicht passiert, was in Berlin gang und gäbe ist.

Meine Damen und Herren, in Berlin hat man in diesem Jahr 33 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, um 34 Milliarden Zinsen zu bezahlen. Zinsen! Wenn ich Ihnen im Bayerischen Landtag als bayerischer Finanzminister sagen müsste, ich habe heuer viele neue Schulden machen müssen, um alte Zinsen zu bezahlen, bezweifle ich, dass es noch irgendjemanden gäbe, der sagen würde: Das ist seriöse Finanzpolitik. Und dann kommt die AfD und sagt: Ob jetzt das Hofbräuhaus 1,8 Millionen verdient oder nicht, das ist völlig egal. Das rettet den Staatshaushalt bei 77 Milliarden nicht. – Herr Winhart, ich hätte Sie einmal hören wollen, wenn ich hier hätte sagen müssen, das Hofbräuhaus macht 1,8 Millionen Defizit, dann hätten Sie den Untergang des christlichen Abendlandes prognostiziert. Mein Gott!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es kommt auch auf 1,8 Millionen Euro an. Lassen Sie sich das sagen. Ich weiß nicht, wie Sie rechnen. Meine Damen und Herren, der Traum von sich selbst tragenden Schulden wird auf der Zinsseite zum Albtraum. Deshalb gilt: kühlen Kopf bewahren und abwägen. Ich bin der Allerletzte, der sagt, dass Schulden die ganze Welt umbringen; aber ich bin aus meinem Privatleben gewohnt, dass ich für Schulden Zins und Tilgung zahle und es nicht auf die übernächste Generation verschiebe, die ich gar nicht mehr kennenlerne.

Wir werden heute Schritt für Schritt unseren Haushalt beschließen, und dann werden wir sehen, was auf Bundesebene beschlossen wird. Wir werden mit den Kommunen in Kontakt sein. Meine Damen und Herren, die bayerischen Kommunen haben in all den Kontakten mir gegenüber nicht gesagt, dass sie ein großes Misstrauen hätten oder froh darüber wären, mit den GRÜNEN, der AfD oder der SPD den kommunalen Finanzausgleich auszuhandeln. Wir haben das alles jährlich einvernehmlich geschafft, weil auch die Kommunen wissen, dass wir, der Freistaat Bayern und die Kommunen, in einem Boot sitzen. Wir sind nicht irgendwie Konkurrenten um Steuertöpfe; sondern wenn die Einnahmen des Staates zurückgehen, gehen sie auch bei den Kommunen zurück und umgekehrt. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft, meine Damen und

Herren. Diese Schicksalsgemeinschaft leben wir miteinander. Das sage ich den Kommunen auch in schwierigsten Zeiten zu.

Nur eines kann ich nicht, meine Damen und Herren: den Kommunen quasi einen Freibrief erteilen nach dem Motto "Whatever it takes". Das sind die beliebtesten Worte, habe ich gelernt, wenn man Finanzpolitik machen möchte. Vielmehr müssen wir auch hier seriös miteinander umgehen. Vor allen Dingen kann ich nicht ständig Kosten übernehmen, die andere verursachen, auch wenn noch so oft behauptet wird, die staatlichen Landratsämter wären unterfinanziert angesichts der Aufgaben, die sie zu erledigen hätten. Ich habe das vor Kurzem wieder irgendwo gelesen.

Ich bin im Übrigen morgen in meinem eigenen Kreistag zur Haushaltsberatung. Ich möchte mir einmal anhören, wie da die Lage ist. Vor Kurzem habe ich wieder gelesen, Bund und Land hätten den Kommunen in den letzten Jahren so viele Aufgaben übertragen, dass das alles nicht mehr finanzierbar wäre. Da habe ich den betreffenden Kommunalpolitiker angerufen und ihn gebeten, mir zwei bis drei Dinge zu sagen, die das Land in den letzten Jahren auf die Kommunen übertragen hat, ohne die Konnektivitätsauflagen zu erfüllen. Nach einer Viertelstunde Gespräch haben wir uns darauf verständigt, dass es keine einzige Aufgabe gibt, sondern dass alles, was eigentlich beklagt wurde, übertragen wurde – von wem?

(Zuruf von der AfD: Vom Bund!)

Vom Bund. Ich bin jetzt ehrlicherweise schon bereit, in aller Sachlichkeit über die Dinge zu reden. Aber mir für Kosten, die der Bund im Bundesteilhabegesetz, in den Sozialgesetzbüchern, bei der Asylgesetzgebung oder wo auch immer verursacht, zu erklären, ich muss das bezahlen, und wenn ich das nicht tue, wäre ich quasi der Gegner der bayerischen Kommunen, meine Damen und Herren, das ist mir zu absurd. Diese Argumentation ist nicht zulässig. Das sage ich in aller Offenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht weiter. Unsere Krankenhäuser haben Betriebskostendefizite, die nicht der Freistaat Bayern verursacht hat. Es ist einfach absurd, immer so zu tun, als hätte der Freistaat Bayern irgendetwas mit Betriebskostendefiziten der Kliniken zu tun. Wir haben im Moment 800 Millionen Euro mit den Kommunen einvernehmlich konsentiert. Wir haben keinen Abfinanzierungsstau bei den Investitionen in die bayerischen Krankenhäuser. Das entspricht der Wahrheit.

Niemand bestreitet, dass die bayerischen Kommunen zuletzt ein Finanzierungsdefizit von 5,3 Milliarden Euro hatten. Aber ich erkläre hier noch einmal, wie sich dieser berechnet. In dem Finanzierungssaldo sind alle Ausgaben den Einnahmen gegenübergestellt. Da sind sämtliche Investitionen der bayerischen Kommunen mit eingerechnet. Die bayerischen Kommunen hatten 2023 eine Investitionsquote von 23,4 %, die Flächenländer West von 16,0 % und Nordrhein-Westfalen von 12,7 %. Hätten die bayerischen Kommunen nur 12,7 % investiert, so wie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, hätten wir kein Finanzierungsdefizit, sondern einen Finanzierungsüberschuss gehabt. Deswegen ist die Zahl als Zahl genommen schon richtig. Aber wenn man dahinter schaut, ist festzustellen: Man kann doch für ein Finanzierungsdefizit nicht verantwortlich machen, dass wir in Bayern noch in der Lage sind zu investieren. Die Frage ist doch, ob die Verwaltungshaushalte noch ordentlich finanziert sind. Da haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und überall eine ganz andere Situation.

Dann kommt Herr Scheuenstuhl und sagt hier – ich habe es mitgeschrieben, Herr Scheuenstuhl –, nach Nordrhein-Westfalen wären die bayerischen Kommunen die Kommunen mit den höchsten Schuldenständen. Gut, dass sofort meine Beamten da sind, die mir die Statistik zeigen. Die können wir dann heute Abend bei vier Mass Bier miteinander studieren. Manchmal frage ich mich wirklich, wie man zu solchen Aussagen kommen kann. Wir haben in Bayern die Statistik. Es gibt die Flächenländer West, und da liegt Bayern von 8 Flächenländern auf Platz 7. Nur in Baden-Württemberg haben die Kommunen ein paar Hundert Euro pro Kopf weniger Schulden. Die Kommunen aller anderen Flächenländer West haben deutlich mehr Schulden als die

bayerischen Kommunen. Aber Herr Scheuenstuhl sagt hier im Bayerischen Landtag, dass Bayern nach Nordrhein-Westfalen die zweithöchsten hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Warum tut man denn so etwas, wenn man doch weiß, dass es nicht stimmt, meine Damen und Herren? – Es ist einfach unredlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann ist es auch so: Wären alle unsere Ausgaben im Haushalt so gestiegen wie die Ausgaben für die Kommunen, hätten wir diesen Nachtragshaushalt überhaupt nicht machen können. Ich sage Ihnen, dass die Schlüsselzuweisungen in diesem Haushalt um 9,2 % steigen – um 9,2 %! Stellen Sie sich einmal vor, der gesamte Nachtragshaushalt wäre um 9,2 % gestiegen. Dann wären wir nicht bei 76 Milliarden Euro, sondern irgendwo bei über 80 Milliarden Euro. Dann sage ich Ihnen, dass die Zuweisungen an die Bezirke um 16,7 % gestiegen sind. Natürlich wäre es immer schön, wenn es noch mehr wäre. Aber sie sind um 16,7 % gestiegen. Ja, was wollen wir denn eigentlich noch?

Wir kürzen nichts, gar nichts. Wir haben bei der Investitionsförderung nichts gekürzt, beim Krankenhaus nichts, bei der Investitionspauschale nichts. Bei der RZWas gibt es mehr Flexibilität, und zu den Stabihilfen sage ich Ihnen auch etwas: Bei den Stabihilfen haben wir in den letzten Jahren die Schuldenstände und den Investitionsstau der bayerischen Kommunen um 1,3 Milliarden Euro abgebaut – um 1,3 Milliarden Euro!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Deswegen ärgert es mich, wenn in Berlin immer so getan wird, als müsste der Bund in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und anderswo die Kassenkredite der Kommunen übernehmen. Es ist nämlich der Witz, warum auf Bundesebene von Entschuldungsmaßnahmen nur Kassenkredite betroffen sind. In Bayern gibt es quasi keine

kommunalen Kassenkredite, allenfalls vielleicht in Höhe eines zweistelligen Betrags 70 Euro je Einwohner. In anderen Ländern, wie in Nordrhein-Westfalen, sind es über 1.000 Euro. Dort will jetzt der Bund quasi entschulden.

Wir haben das in Bayern selber gemacht: 1,3 Milliarden Euro. Man sollte hier besser wahrheitsgemäß sagen, wir haben Gott sei Dank alte Schulden abgebaut, und zwar so viel, Herr Pargent, dass wir vor ein paar Jahren unser System umstellen mussten; denn es gab gar nicht mehr so viele Altschulden, die innerhalb der Zeit, in der keine Vorfälligkeiten angefallen wären, hätten abgebaut werden können.

Dann haben wir noch einen Investitionszuschlag bei den Stabihilfen gegeben. Stabihilfen sind aber kein Investitionsprogramm, sondern ein Schuldenabbauprogramm. Wir haben in den letzten Jahren viel mehr getan, als überhaupt zunächst anzunehmen war. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den Spitzenverbänden, dass wir mit unserem kommunalen Finanzausgleich den Weg gefunden haben: 11,98 Milliarden Euro plus noch einmal 10,2 Milliarden Euro. Auch das ist heute schon gelegentlich gesagt worden. Vom bayerischen Haushalt gehen in diesem Jahr rund 29 % – ich glaube 28,9 % – an die Kommunen. Jetzt muss ich Sie einfach einmal fragen: Wie glauben Sie denn, dass wir in Zukunft eigentlich unsere Dinge bezahlen wollen? – 40 % brauchen wir für das Personal, weil wir auch hier sehr freundlich sind und unsere Leute in Bayern ordentlich zahlen.

Im Übrigen nur zur Erinnerung: Der TVöD wurde jetzt abgeschlossen. Daran hat der Freistaat Bayern jedenfalls nicht mitgewirkt. Offensichtlich sah man sich durch die kommunalen Verhandler genötigt, diesen Tarifvertrag so zu machen. Jetzt wird so getan, als wären die Kommunen benachteiligt worden, weil die Personalkosten steigen. Ich kann jedenfalls nichts dafür. Ich weiß nur, dass spätestens im Herbst, wenn es bei der TdL losgeht, wieder alle sagen, man müsste mindestens so viel kriegen wie bei TVöD. Ich bitte nur um Fairness. Wenn die Kommunen so einen Tarifvertrag

mit den dadurch ausgelösten Kosten unterschreiben, ist es das eine. Ich wäre nur froh, wenn man dafür nicht den anderen verantwortlich machen würde, nämlich den Freistaat Bayern.

22 Milliarden Euro dieses Haushalts gehen auf unterschiedlichstem Weg an die Kommunen. Meine Damen und Herren, da kann man zwar sagen, das ist zu wenig. Das Argument würde ich ja noch akzeptieren. Aber so zu tun, als wäre das eine Einsparung, als wäre das quasi ungebührlich, als hätten wir den Kommunen irgendetwas vorenthalten! Wissen Sie, was die Wahrheit ist, meine Damen und Herren? – Es hat einfach keinen Sinn mehr, in dem Land nur noch darüber zu streiten, wer etwas bezahlt; sondern wir müssen darüber diskutieren, was wir wirklich brauchen, was wir uns noch leisten wollen, und zwar auf allen Ebenen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir steigern diesen Nachtragshaushalt um 1,1 % gegenüber dem Stammhaushalt, was dann insgesamt 4,8 % mehr sein werden als 2024. Das meiste fließt in Bildung, Inneres und Recht: 8,7 Milliarden Euro, Asyl: 3 Milliarden Euro. Die Investitionsquote beträgt 15,1 %. Das haben wir alles gehört.

Außerdem habe ich mir anhören müssen, ich hätte die Erhöhung der Sperre vorgeschlagen, und wir hätten globale Minderausgaben. Ja, dazu stehe ich. Wissen Sie warum? – Weil mich jeder fragt: "Füracker, wie kannst du in Zeiten, wo Steuereinnahmen zurückgehen, Haushalte vorlegen, die deutlich aufwachsen? Wie lange bist du in der Lage, solche Haushalte aus der Rücklage zu finanzieren?". – Heute wird mir vorgeworfen, ich hätte zu viel Geld in der Rücklage. Ich bin in den letzten sieben Jahren während meiner Zeit als Finanzminister hier gestanden, und es wurde mir jährlich einmal prognostiziert: Ihre Haushaltspolitik plündert die Rücklage aus. Ich weiß gar nicht, wie oft ich das schon gehört habe.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Jetzt wird beklagt, es wäre zu viel Geld in der Rücklage. Ich habe Ihnen erklärt, warum ich das Geld brauche: weil der Bayerische Landtag beim nächsten Doppelhaushalt heilfroh sein wird, dass das Finanzministerium versucht, möglichst viel in der Rücklage zu haben, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Das ist doch logisch. Dann wird so getan, als würden wir etwas zurückhalten, wenn wir 6,8 Milliarden Euro aus der Rücklage für den Doppelhaushalt einplanen. Meine Damen und Herren, das ist die totale Obergrenze.

Denen, die mich fragen: "Schaut ihr auch irgendwann aufs Geld?", antworte ich: Selbstverständlich schauen wir auch aufs Geld. Ich gebe nicht einfach so das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus, sondern sage den Ministerien: Liebe Ministerien, das Kabinett und – dann hoffentlich auch – der Landtag haben beschlossen, dass ihr nicht einfach das ganze Geld ausgeben könnt, sondern schaut bitte, dass ihr im Rahmen eures Haushaltsvollzugs eine globale Minderausgabe erwirtschaften könnt – eine globale Minderausgabe, sodass Geld im einen oder anderen Bereich nicht ausgegeben werden muss.

Dass wir seit vielen Jahren eine Haushaltssperre in Höhe von 10 % haben, ist das eine. Das andere: Wenn ich aber in der größten Wirtschaftskrise, die dieses Land seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt, einmal sage: "Ich erhöhe lieber die Sperre auf 15 %", dann müssen Sie mir mal erklären, was daran falsch sein soll.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Dann würde ich gerne mal die Damen und Herren auf den Zuschauerrängen fragen, ob sie einen Finanzminister wollen, der in der größten Wirtschaftskrise sagt: "Nur raus mit dem Geld", oder einen, der auch mal mahnt: "Freunde, wir müssen im Rahmen einer Selbstbeschränkung mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben, auskommen." Nur darum geht es.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Ehrlichkeit währt am längsten!)

Wir schaffen es ohne neue Schulden im Jahr 2025. Wir werden darauf achten, dass wir solide bleiben können. Wir peilen nunmehr den Doppelhaushalt 2026/2027 an. Alles, was wir jetzt haben – ich sage das immer wieder –, ist das aktuelle Planungsoptimum. Ich kann nicht besser planen, als ich die verschiedenen Bereiche einschätzen kann. Ich weiß noch nicht, was aus Berlin kommt. Ich weiß nicht, was die Steuerschätzung ergeben wird. Ich kann Ihnen nur zusagen, dass wir die Haushaltsplanung und den Haushaltsvorzug in Bayern weiterhin seriös durchführen werden.

Herr Halbleib, dass Sie über den Finanzkraftausgleich heute Krokodilstränen vergießen, ist ein bisschen unfair.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was?)

Ich habe nämlich eine Regierungserklärung abgegeben, als es darum ging, die Klagebegründung der Bayerischen Staatsregierung für den Finanzkraftausgleich der Öffentlichkeit vorzustellen. Unsere Klage ist fundiert. Sie ist nicht aus der Feder des Finanzministers geflossen; vielmehr haben hochrangige Juristen diese Klageschrift vorbereitet und haben uns bei der Klage gegen den Länderfinanzausgleich beraten. Dann sagen Sie einfach, wir hätten kein taugliches Reformkonzept vorgelegt.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Tim Pargent (GRÜNE))

Wissen Sie, die Wahrheit ist einfach, dass Sie gar nicht wollen, dass wir diesen Finanzkraftausgleich reformieren. Ich bin jedenfalls froh, dass der Ministerpräsident im Koalitionsvertrag durchsetzen konnte, dass der Bund im Bereich des Finanzkraftausgleichs 400 Millionen Euro zur Verfügung stellt, damit wir als diejenigen, die zuletzt erneut mehr als die Hälfte zahlten, in den nächsten Jahren um wenigstens 200 Millionen Euro entlastet werden können. Das hat er im Verhandlungswege geschafft. Darauf kann man wirklich stolz sein. Es ist wirklich ein erstes positives Signal. Was dann das

Bundesverfassungsgericht entscheidet, wird man sehen. Aber sagen Sie bitte nicht mehr, wir hätten kein ordentliches Konzept vorgelegt. Geradezu das Gegenteil ist der Fall.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Klage ist kein Konzept! Nein!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass nach dieser intensiven Debatte klar geworden ist: Wir orientieren uns am Möglichen. Wir tun das Möglichste. Wir schauen auf Bayern. Und wir schauen auf die Menschen in Bayern und verwalten das Geld der Menschen in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Menschen erwarten, dass wir ihr Geld ordentlich verwalten. Ich weiß genau, dass es Menschen gibt, die in dem einen Bereich und andere in einem anderen Bereich mehr Geld für richtig erachten würden. Das nennt man Demokratie. Das ist etwas ganz Normales.

(Tim Pargent (GRÜNE): Aha!)

Ich bin auch nicht derjenige, der glaubt, es müssten jetzt alle in Jubelstürme ausbrechen. Aber ganz ehrlich: Dieser Nachtragshaushalt auf Basis dessen, was wir jetzt wissen, ist im Moment das Beste, was wir für Bayern tun können. Das ist unser Beitrag, den wir in Deutschland leisten. Wir brauchen in Deutschland ein Jahr des Aufbruchs. Meine Damen und Herren, wenn wir glauben, wir könnten in Deutschland die nächsten Jahre nur darüber reden, wie wir Wirtschaftsschwäche mit neuen Schulden ausgleichen können, dann werden wir ein Wunder erleben, das in der Tat diesem wunderschönen Land nicht gerecht werden kann. Wir müssen sehen, dass in diesem Land wieder etwas erwirtschaftet wird. Wir müssen sehen, dass etwas investiert wird. Wir müssen sehen, dass eine positive Stimmung entsteht, eine Aufbruchsstimmung. Wir können das, weil wir ein starkes Land mit tollen Menschen sind. Ein Jahr des Aufbruchs ist unser Ziel.

Ich danke all denen, die heute zustimmen, und bitte darum, dass die anderen, die nicht zustimmen wollen, es sich noch einmal überlegen, ob sie es nicht trotzdem tun können.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. – Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Sanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Unruhe)

Sanne Kurz (GRÜNE): Herr Staatsminister, in der NS-Diktatur wurde Jüdinnen und Juden hier in Bayern ihr Eigentum geraubt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im vorliegenden Gesetzentwurf gibt es dazu ein ganz verstörendes Detail. Ich zitiere:

"Auf der Grundlage von Schiedssprüchen des Schiedsgerichts NS-Raubgut kann das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst Kulturgüter auch teilweise restituieren und dazu anteilig Miteigentum an die Berechtigten übertragen, um einen gemeinsamen Verkauf unter Teilung des Erlöses vorzunehmen."

Ich frage Sie: Ist diese Formulierung mit dem Zentralrat der Juden und der Jewish Claims Conference abgestimmt? Wäre es wirklich zu viel verlangt gewesen, ein "sofern die Berechtigten es wünschen" aufzunehmen, um den Opfern und ihren Familien wenigstens selbst die Entscheidung über ihr eigenes Eigentum zu überlassen?

(Michael Hofmann (CSU): Themaverfehlung!)

Und die zentrale Frage, Herr Staatsminister: Wollen wir in Bayern Jüdinnen und Juden nach dem NS-Raub heute wieder einen Teil ihres Eigentums nehmen, per Gesetz, im Nebensatz, ohne dass es jemand merkt, schnell noch hier mitbeschlossen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wo steht der Satz genau?

Ich muss zurückfragen. – Im Haushaltsgesetz steht der Satz, okay.

(Sanne Kurz (GRÜNE): § 1!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bitte keinen Dialog.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich muss es anschließend klären, weil ich nicht jede Zeile auswendig weiß, das gebe ich zu. Ich kann diesen Satz im Moment nicht bewerten.

(Zuruf: Schade! – Volkmar Halbleib (SPD): Das kann man ja im Ausschuss klären!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, Sie machen aus Ihrem Herzen keine Mördergrube. Als demokratische Opposition haben wir unsere Arbeit dann vielleicht gar nicht so schlecht gemacht. Ich wollte noch einmal auf einen Punkt kommen, der uns wichtig ist. Vielleicht ist das ja in Berlin der Beginn einer wunderbaren Freundschaft, schauen wir mal.

(Widerspruch bei der AfD)

Trotzdem müssen wir in Bayern schon auf ein paar Punkte hinweisen. Sie haben auf die Weltlage hingewiesen, das ist auch unser Punkt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Punkt. Wir haben in Bayern eine fragile Wirtschaft, übrigens mit unterdurchschnittlichen Wachstumszahlen. Wären nicht gerade dann überdurchschnittliche Investitionen gefordert, um diesen wirtschaftlichen Prozess anzuschieben?

Der zweite Punkt. Die Kommunen sind die größten Investoren, die wir haben, das ist auch bekannt. Können wir denn bei der Lastenverteilung nicht etwas machen, das auch in Richtung Investition geht und die Wirtschaft vor Ort und natürlich auch übergeordnet stabilisieren könnte?

Der letzte Punkt. Sollten wir denn nicht Lösungen anbieten, die auch in Richtung Investitionen gehen, wenn es zum Beispiel beim Wohnungsbau einen Förderbindungsstopp gibt; –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): – denn das sind ja reale Investitionen in die Wirtschaft, die wir brauchen? Sind das nicht Argumente, über die wir zumindest nachdenken sollten?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Über die Argumente haben wir sehr wohl nachgedacht. Das führt dazu, dass der Freistaat Bayern die mit Abstand höchste Investitionsquote aller Flächenländer im Westen hat. Würden wir so wenig investieren wie Nordrhein-Westfalen, hätte ich 3 Milliarden Euro weniger Rücklagenentnahme.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ich will es bloß mal sagen. Wenn wir schon in Bayern bei den Menschen den Eindruck erwecken, bei uns wäre alles ganz schlimm, was sollen dann eigentlich die Menschen in Nordrhein-Westfalen sagen? Wir können doch einmal sagen: Sind wir froh, dass wir in Bayern noch ganz andere Dinge machen können als andere Bundes-

länder. Ich kann 3 Milliarden Euro im Jahr mehr investieren als Nordrhein-Westfalen mit der Investitionsquote.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen wollen wir das ja auch!)

Insofern ist der Staatshaushalt völlig safe, glaube ich.

Die Kommunen haben eine Investitionsquote von 23,4 %, auch hier die höchste überhaupt. Ich sage es noch einmal: 16,0 % Flächenländer West, Nordrhein-Westfalen 12,7 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das geht ja runter!)

– Herr Halbleib, es geht runter; ich sage nur: Ich weiß nicht, was alles auf uns zukommt, aber im Jahr 2025 müssen wir das Geld auch erst einmal investieren. Ich habe auch schon manchmal den Vorwurf bekommen, es gäbe zu viele Reste. Manchmal hatten wir in den letzten Jahren auch Geld, das gar nicht verbaut werden konnte. Es ist halt nicht alles planbar.

Die Fördermittel in Investitionen haben wir im kommunalen Finanzausgleich tatsächlich sehr bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt. Wir haben die Verteilung dieser Gelder mit den Kommunen besprochen. Der kommunale Finanzausgleich wird ja nicht im stillen Kämmerlein zwischen Amtschef und Finanzminister ausgearbeitet, sondern ist eine Riesenverhandlung. Dabei sind der Wirtschaftsminister, der Innenminister, die Spitzenverbände, der Haushaltsausschussvorsitzende, es sind alle dabei. Das haben wir unter schwierigen Voraussetzungen einvernehmlich gemacht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Trotzdem!)

Ich kann noch einmal sagen: Wenn der Bund den Haushalt tatsächlich beschlossen hat, kann es sein, dass wir zusätzliche Gelder bekommen, ich weiß aber nicht, wann. Lasst uns das einfach alles anschauen. Alles, was in Bayern möglich war, haben

wir gut dargestellt. Insofern bin ich erfreut und bedanke mich bei denen, die heute zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Was machen Sie denn beim Wohnungsbau, Herr Minister?)

– Herr Halbleib, auch da ist die Antwort ganz klar: Auch da steht so viel Geld zur Verfügung wie niemals zuvor. Wir haben nirgendwo gekürzt; das ist doch die Botschaft.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich kann doch nicht immer sagen, dass jeder Wunsch, der im Land herrscht, total erfüllt werden kann, das ist doch klar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auch noch mehr?)

– Ich kann Ihnen noch zehn Bereiche nennen, in denen wir noch mehr brauchen könnten, Herr Halbleib, glauben Sie es mir, ganz sicher. Da bin ich auch sehr kreativ.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das glaube ich Ihnen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Bevor wir mit den Abstimmungen beginnen, möchte ich noch einen kurzen Überblick über den Ablauf geben: Zuerst kommen die Abstimmungen über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025 und die dazu eingereichten Änderungsanträge. Danach folgt der Abstimmungskomplex zum Nachtragshaushaltsplan mit den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Insoweit wurde zu insgesamt 16 Änderungsanträgen Einzelabstimmung in namentlicher Form beantragt. Dieser Abstimmungsmarathon wird circa 42 Minuten benötigen.

Ich darf zunächst fragen, ob alle Kolleginnen und Kollegen ihre Abstimmungskarte an Bord haben, damit wir keine Verzögerungen während der Abstimmung haben. Anschließend stimmen wir über das Nachtragshaushaltsgesetz 2025 und die hierzu eingereichten Änderungsanträge ab. Wir beginnen nun mit der Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2025. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/4007, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/5634 und 19/5635 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/6188.

Zunächst ist in einfacher Form über die soeben erwähnten zwei Änderungsanträge abzustimmen, die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen jeweils zur Ablehnung vorgeschlagen werden. Ich beginne mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5634.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist das übrige Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5635 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das übrige Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2025 auf Drucksache 19/4007. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Hierzu verweise ich im Einzelnen auf die Drucksache 19/6188.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind wiederum die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion, Danke schön. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2025 und hier zunächst zur Abstimmung über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan 2025. Dabei gehen wir getrennt nach den jeweiligen Einzelplänen vor.

Ich beginne mit dem Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei sowie den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Einzelheiten können Sie der Anlage 2 der Tagesordnung entnehmen; das gilt auch für alle weiteren Einzelpläne, zu denen wir später noch kommen werden.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5345 mit 19/5355 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5922. Der Einzelplan 02 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5922 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen

erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/5922, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5348, 19/5349 und 19/5353 mit 19/5355 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen nun zum Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5502 mit 19/5545 sowie 19/5771 mit 19/5773 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5923. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5923 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist das übrige Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Jeweils keine. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/5923, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5520 mit 19/5545 und 19/5771 mit 19/5773 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir fahren fort mit dem Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4953 mit 19/4969 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5924. Der Einzelplan 04 wird vom Aus-

schuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5924 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist das übrige Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/5924, weise ich darauf

hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4964 mit 19/4969 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen zum Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5356 mit 19/5358, 19/5360 mit 19/5390 und 19/5482 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5925.

Ich lasse zuerst über die beiden Änderungsanträge abstimmen, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmungen werden elektronisch durchgeführt.

Zunächst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen des Startchancenprogramms" auf Drucksache 19/5364. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:58 bis 18:01 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat" auf Drucksache 19/5365. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:01 bis 18:03 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und gebe zunächst das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen des Startchancenprogramms" auf Drucksache 19/5364 bekannt. Mit Ja haben 39 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 126 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Bis zum Vorliegen des weiteren Abstimmungsergebnisses muss ich die Sitzung für einen kurzen Moment unterbrechen.

(Unterbrechung von 18:04 bis 18:05 Uhr)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat" auf Drucksache 19/5365 bekannt. Mit Ja haben 38 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 123. Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5925 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist das übrige Hohe Haus. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 05

mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5925 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5373 mit 19/5390 und 19/5482 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen zum Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat inklusive der hierzu eingereichten Änderungsanträge. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4898 mit

19/4904 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5926.

Wir stimmen hier über den Einzelplan 06 selbst ab. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5926 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5926 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4901 mit 19/4904 ihre Erledigung gefunden haben. Wir kommen zum Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5210 mit 19/5240 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5927.

Ich lasse zunächst über die zwei Änderungsanträge abstimmen, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmung wird wieder elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bürgerschaftsprogramm Geothermie" auf Drucksache 19/5211 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:11 bis 18:13 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Automobilwirtschaft stärken IV – Neue Investitionsoffensive beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Bayern starten" auf

Drucksache 19/5216. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:14 bis 18:16 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung und gebe das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zu diesem TOP bekannt: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bürgerschaftsprogramm Geothermie" auf Drucksache 19/5211. Mit Ja haben 37 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 124. Stimmenthaltungen: keine. – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich unterbreche für einen kurzen Moment, bis das zweite Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18:16 bis 18:16 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Das zweite Ergebnis liegt vor, und zwar zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Automobilwirtschaft stärken IV – Neue Investitionsoffensive beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Bayern starten" auf Drucksache 19/5216. Mit Ja haben 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 121. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5927 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den

bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist das übrige Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge ist über Plenum Online einsehbar.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 19/5927 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5222 mit 19/5227 und 19/5237 mit 19/5240 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen zum Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5283 mit 19/5325 und 19/5641 mit 19/5644 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5928.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vielfältige Fruchtfolge zum Humuserhalt K33" auf Drucksache 19/5284. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:20 bis 18:22 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung kurz, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt.

(Unterbrechung von 18:22 bis 18:23 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vielfältige Fruchtfolge zum Humuserhalt K33" auf Drucksache 19/5284 bekannt: Mit Ja haben 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 124. Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschluss-

empfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5928 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Die Liste der Änderungsanträge ist über Plenum Online einsehbar.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenso keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/5928, weise ich darauf

hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5299 mit 19/5325 und den Drucksachen 19/5641 mit 19/5644 ihre Erledigung gefunden haben.

Ich komme zum Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5326 mit 19/5344, 19/5459 mit 19/5466 und 19/5493 mit 19/5498 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5929.

Ich lasse zuerst über die drei Änderungsanträge abstimmen, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmungen werden wieder elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwimmbadförderung deutlich aufstocken" auf der Drucksache 19/5327 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:26 bis 18:28 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kommunale Wohnraumförderung aufstocken – Wohnen muss bezahlbar sein" auf der Drucksache 19/5328. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:29 bis 18:31 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Wohnraumförderung massiv erhöhen" auf Drucksache 19/5332. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:31 bis 18:33 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung und gebe die Ergebnisse der zuvor durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwimmbadförderung deutlich aufstocken" auf Drucksache 19/5327. Mit Ja haben 33 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 121, Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15 – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kommunale Wohnraumförderung aufstocken – Wohnen muss bezahlbar sein" auf Drucksache 19/5328. Hier das Ergebnis der namentlichen Abstimmung: Mit Ja haben 35, mit Nein 125 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Wohnraumförderung massiv erhöhen" auf Drucksache 19/5332: Mit Ja haben 34 gestimmt, mit Nein 121 Kolleginnen und Kollegen, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussemp-

fehlung mit Bericht – Drucksache 19/5929 - genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 19/5929 – weise ich

darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5343 und 19/5344, 19/5459 mit 19/5466 und 19/5493 mit 19/5498 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5563 mit 19/5615, 19/5679 mit 19/5682, 19/5783 mit 19/5786 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5930.

Zunächst kommen wir zu den fünf vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Diese werden wieder elektronisch durchgeführt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenhäusern und Fachberatungsstellen helfen und Gewaltschutz stärken" auf Drucksache 19/5565. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten und ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:38 bis 18:40 Uhr)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die Abstimmung.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Keine Kürzung des Zuschusses an das Frauenhaus München" auf der Drucksache 19/5567. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:41 bis 18:43 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Auf dem Weg zum bayerischen Gehörlosengeld – Einmalzahlung für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen in Bayern" auf der Drucksache 19/5572. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:43 bis 18:45 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für Bayerns KITAS I – Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote" auf der Drucksache 19/5582. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:46 bis 18:48 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für Bayerns KITAS II – Betriebskostenförderung jetzt erhöhen" auf der Drucksache 19/5583. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:48 bis 18:50 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenhäusern und Fachberatungsstellen helfen und Gewaltschutz stärken" auf Drucksache 19/5565. Mit Ja haben 35, mit Nein 120 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Wir kommen zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Keine Kürzung des Zuschusses an das Frauenhaus München" auf der Drucksache 19/5567. Mit Ja haben 34, mit Nein 117 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Damit kommen wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Auf dem Weg zum bayerischen Gehörlosengeld – Einmalzahlung für Gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen in Bayern" auf der Drucksache 19/5572. Mit Ja haben 34, mit Nein 116 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 21)

Wir kommen damit zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für Bayerns KITAS I – Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote" auf der Drucksache 19/5582. Mit Ja haben 32, mit Nein 118 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 22)

Damit kommen wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für Bayerns KITAS II – Betriebskostenförderung jetzt erhöhen" auf Drucksache 19/5583. Mit Ja haben 34, mit Nein 119 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 23)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/5930 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 24)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen

erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen liegen nicht vor. Es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5930 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5595 bis einschließlich 19/5615, 19/5679 bis einschließlich 19/5682 und 19/5783 bis einschließlich 19/5786 ihre Erledigung gefunden haben.

Wir fahren mit dem Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen fort. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5241 bis einschließlich 19/5282, 19/5467, 19/5468, 19/5483 und 19/5489 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5931 zugrunde.

Zunächst ist auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN über ihren Änderungsantrag betreffend "Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum" auf Drucksache 19/5245 namentlich abzustimmen. Die Abstimmung erfolgt wieder in elektronischer Form. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:54 bis 18:56 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich unterbreche kurz die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18:57 bis 18:58 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum" auf Drucksache 19/5245 bekannt. Mit Ja haben 35, mit Nein 120 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 25)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5931 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 26)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5931 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5258 bis einschließlich 19/5282, 19/5467, 19/5468, 19/5483 und 19/5489 ihre Erledigung gefunden haben.

Nun kommen wir zum Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich der Allgemeinen Finanzverwaltung und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5616 bis einschließlich 19/5633, 19/5790 und 19/5829 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5932 zugrunde.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kommunen stärken – Bezirke angemessen ausstatten" auf der Drucksache 19/5622, über den auf Wunsch der Fraktion namentlich abgestimmt werden soll. Die Abstimmung wird wieder elektronisch durchgeführt. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:03 Uhr)

Die zwei Minuten sind vorbei. Die Abstimmung ist geschlossen. Es gibt eine kurze Unterbrechung bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 19:03 bis 19:04 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kommunen stärken – Bezirke angemessen ausstatten" auf Drucksache 19/5622 bekannt: Mit Ja haben 34 gestimmt, mit Nein 119; es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 27)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5932 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 28)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und den Ansatz bei Kapitel 13 02 Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Zustimmung des gesamten Hauses. Somit beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5932 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5633, 19/5790 und 19/5829 ihre Erledigung gefunden haben.

Es folgt der Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention und die hierzu eingereichten Änderungsanträge. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4918 mit 19/4938, 19/4940 mit 19/4952, 19/4986, 19/4995, 19/5183 und 19/5184 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5933 zugrunde.

Zunächst ist auf Wunsch der SPD-Fraktion über ihren Änderungsantrag betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflugesoNah“" auf der Drucksache 19/4922 namentlich abzustimmen. Die Abstimmung erfolgt auch hier in elektronischer Form. Der Änderungsantrag wird

vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:07 bis 19:09 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist vorbei. Die Abstimmung ist geschlossen. Es gibt eine kurze Unterbrechung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 19:09 bis 19:11 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesonah“" auf der Drucksache 19/4922 bekannt: Mit Ja haben 35 gestimmt, mit Nein 118; es gab keine Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 29)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/5933 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 30)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Somit beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/5933 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4934 mit 19/4938, 19/4940 mit 19/4952, 19/4986, 19/4995, 19/5183 und 19/5184 ihre Erledigung gefunden haben. Wir kommen nun zum Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5546 mit 19/5562, 19/5649 mit 19/5664, 19/5685 mit 19/5706 und 19/5797 mit 19/5799 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5934 zugrunde.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5547 und über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5549 jeweils in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss

für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt, beide Änderungsanträge für erledigt zu erklären.

Wer damit einverstanden ist, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität" auf Drucksache 19/5547 wie vom Ausschuss vorgeschlagen für erledigt zu erklären, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Dieser Änderungsantrag hat damit seine Erledigung gefunden.

Besteht auch Einverständnis, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Förderung der Ukrainischen Freien Universität (UFU) München" auf Drucksache 19/5549 wie vom Ausschuss vorgeschlagen für erledigt zu erklären? Dann bitte ich auch hier um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls erledigt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 15 selbst. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5934 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 31)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 19/5934 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/5560 mit 19/5562, 19/5649 mit 19/5664, 19/5685 mit 19/5706 und 19/5797 mit 19/5799 ihre Erledigung gefunden haben.

Schließlich kommen wir zum Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und den hierzu eingereichten Änderungsanträgen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4905 mit 19/4917 und 19/4987 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/5935 zugrunde. Der Einzel-

plan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/5935 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREI-EN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 32)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 19/5935 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/4912 mit 19/4917 und 19/4987 ihre Erledigung gefunden haben.

Mit dem Einzelplan 16 ist die Beratung des Nachtragshaushaltsplans 2025 abgeschlossen.

Wir kommen jetzt noch zur Abstimmung über den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2025 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/4008, der Änderungsantrag der Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU auf Drucksache 19/5640, der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5636, die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 19/5637 mit 19/5639 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/6189 zugrunde.

Zunächst ist über die soeben erwähnten vier Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen abzustimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt alle Änderungsanträge zur Ablehnung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über alle vier Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Diese Änderungsanträge sind abgelehnt. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2025 auf der Drucksache 19/4008. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat Zustimmung zum Gesetzentwurf empfohlen mit der Maßgabe, dass

verschiedene Änderungen vorgenommen werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in den neuen § 4 Satz 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. Mai 2025" eingesetzt wird. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 19/6189.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 19/5640 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Beratung des Nachtragshaushalts 2025 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank für die konzentrierte Beratung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und SPD)

Anlage 2 zur Tagesordnung der 48. Plenarsitzung:
(Tagesordnungspunkt 6)

Änderungsanträge zum Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2025

Einzelplan 02

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 19/5345

Änderungsanträge der SPD-Fraktion
Drs. 19/5346 und 19/5347

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion
Drs. 19/5348 und 19/5349

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Drs. 19/5350 bis 19/5352

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER
Drs. 19/5353 bis 19/5355

Einzelplan 03

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 19/5502 und 19/5503

Änderungsanträge der SPD-Fraktion
Drs. 19/5504 bis 19/5510

**Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Drs. 19/5511 und 19/5512

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Drs. 19/5513 bis 19/5519

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion
Drs. 19/5520 bis 19/5528

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER
Drs. 19/5529 bis 19/5545 und 19/5771 bis 19/5773

Einzelplan 04

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/4953 bis 19/4956

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/4957 bis 19/4960

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/4961 bis 19/1963

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/4964 bis 19/4969

Einzelplan 05

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5356 bis 19/5358 und 19/5360

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5361 bis 19/5368

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5369 bis 19/5372

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5373 bis 19/5381 und 19/5386

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5382 bis 19/5385, 19/5387 bis 19/5390 und 19/5482

Einzelplan 06

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Drs. 19/4898

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/4899 und 19/4900

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/4901 bis 19/4904

Einzelplan 07

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5210 bis 19/5212

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5213 bis 19/5221

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5222 bis 19/5227

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5228 bis 19/5236

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5237 bis 19/5240

Einzelplan 08

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5283 bis 19/5285

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5286 bis 19/5295

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5296 bis 19/5298

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5299 bis 19/5311

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5312 bis 19/5325 und 19/5641 bis 19/5644

Einzelplan 09

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5326 bis 19/5330

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5331 bis 19/5339

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5340 bis 19/5342

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5343, 19/5344 und 19/5459

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5460 bis 19/5466 und 19/5493 bis 19/5498

Einzelplan 10

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5563 bis 19/5571

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5572 bis 19/5589

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5590 bis 19/5594

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5595 bis 19/5599

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5600 bis 19/5615, 19/5679 bis 19/5682 und 19/5783 bis 19/5786

Einzelplan 12

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5241 bis 19/5245

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5246 bis 19/5255

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5256 und 19/5257

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5258 bis 19/5271, 19/5467 und 19/5468

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5272 bis 19/5282, 19/5483 und 19/5489

Einzelplan 13

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5616 bis 19/5624

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5625 bis 19/5630

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5631 und 19/5632

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5633 und 19/5829

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5790

Einzelplan 14

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/4918 bis 19/4925

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/4926 bis 19/4928

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/4929 bis 19/4933

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/4934 bis 19/4937 und 19/4986

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/4938, 19/4940 bis 19/4952, 19/4995, 19/5183 und 19/5184

Einzelplan 15

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/5546 bis 19/5548

Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Drs. 19/5549 bis 19/5554

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

Drs. 19/5555 und 19/5556

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/5557 bis 19/5559

Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/5560 bis 19/5562, 19/5685 bis 19/5706 und 19/5797 bis 19/5799

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/5649 bis 19/5664

Einzelplan 16

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Drs. 19/4905

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 19/4906

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

Drs. 19/4907 bis 19/4911

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion

Drs. 19/4912 bis 19/4917

Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 19/4987

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umsetzung von Personalmitteln
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 30)
Drs. 19/5345, 19/5922
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürokratie in der Staatskanzlei abbauen
(Kap. 02 03 Tit. 526 12)
Drs. 19/5346, 19/5922
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Information statt Berlin-Bashing in der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 19/5347, 19/5922
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kein Abzug der Mitarbeiter aus dem Gesundheitsministerium
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 30)
Drs. 19/5350, 19/5922
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/5351, 19/5922
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/5352, 19/5922

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunale Integrationszentren einführen und fördern
(Kap. 03 12 Tit. 633 54)
Drs. 19/5502, 19/5923
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Polizeistation Tittling retten
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)
Drs. 19/5503, 19/5923
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Grundförderung für SOBY
(Kap. 03 03 neue TG)
Drs. 19/5504, 19/5923
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Richterinnen und Richter an Verwaltungsgerichten nach jahrelangem Stillstand
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/5505, 19/5923
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung der Ausländerbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 19/5506, 19/5923
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Interkulturelle Arbeit muslimischer Gemeinden und Verbände in Bayern unterstützen
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 19/5507, 19/5923

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Flächendeckend Taser für die Polizei einführen
(Kap. 03 18 Tit. 511 22)
Drs. 19/5508, 19/5923
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dienstkleidungszuschüsse für Polizistinnen und Polizisten erhöhen
(Kap. 03 18 Tit. 514 12)
Drs. 19/5509, 19/5923
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierungsstau bei Feuerwehrhäusern auflösen
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 19/5510, 19/5923
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 19/5511, 19/5923
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 19/5512, 19/5923
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umbenennung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
(Kap. 03 01 neuer Tit.)
Drs. 19/5513, 19/5923
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung – Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 19/5514, 19/5923
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/5515, 19/5923

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5516, 19/5923
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Anschaffung von Schnittschutzschals für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5517, 19/5923
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerisches Zentrum für Remigration
(Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/5518, 19/5923
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 03 13 Tit. 514 01, 514 21, 517 01, 517 11, 518 01, 533 02, 633 01, 633 10 und 671 01)
Drs. 19/5519, 19/5923

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4953, 19/5924
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken I – Personalnotstand beheben, Eingangssamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4954, 19/5924
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken II – Mittel für Qualitätsentwicklungsprozess
(Kap. 04 04 Tit. 533 02)
Drs. 19/4955, 19/5924
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der JVA Augsburg-Gablingen – Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4956, 19/5924

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 19/4957, 19/5924
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den
Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 428 21)
Drs. 19/4958, 19/5924
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/4959, 19/5924
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche psychiatrische Station für die Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/4960, 19/5924
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte und der Justizverwaltung verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 19/4961, 19/5924
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4962, 19/5924
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: 200 neue Stellen in den Justizvollzugsanstalten –
Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4963, 19/5924

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen des Startchancenprogramms; (Kap. 05 04 TG 52 - 53 neuer Tit.) (Drucksache 19/5364)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin				Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	126	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat (Kap. 05 04 neuer Tit.) (Drucksache 19/5365)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Griebhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	38	123	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kürzungen am Startchancenprogramm zurücknehmen
(Kap. 05 04 Tit. 428 53 u. 547 52)
Drs. 19/5356, 19/5925
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionsmittel für das Startchancen-Programm 2025 bereitstellen
(Kap. 05 04 Tit. 883 54)
Drs. 19/5357, 19/5925
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Medienbudget an Schulen auskömmlich gestalten
(Kap. 05 04 Tit. 893 77)
Drs. 19/5358, 19/5925
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Berufsfachschule für Kinderpflege in Nördlingen (Lkr. Donau-Ries)
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5360, 19/5925
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Arbeitshefte in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
(Kap. 05 03 TG 88)
Drs. 19/5361, 19/5925
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerisches Programm für die schnellere Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten
(Kap. 05 03 TG 88)
Drs. 19/5362, 19/5925

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Programme und digitale Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
(Kap. 05 03 TG 88)
Drs. 19/5363, 19/5925
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen des
Startchancenprogramms
(Kap. 05 04 TG 52 - 53 neuer Tit.)
Drs. 19/5364, 19/5925
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch
den Freistaat
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5365, 19/5925
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten –
Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen
(75 Stellen EGr. E 10)
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 19/5366, 19/5925
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)
(100 Stellen BesGr. A 13)
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 19/5367, 19/5925
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen
(75 Stellen BesGr. A 13)
(Kap. 05 15 - 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 19/5368, 19/5925
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Gastschulbeiträge für die
Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 05)
Drs. 19/5369, 19/5925

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts kooperativer Klassen zur Berufsvorbereitung
(Kap. 05 15 Tit. 671 03)
Drs. 19/5370, 19/5925
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: IT-Fachkräfteversorgung für Bayerns Schulen
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 19/5371, 19/5925
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit.547 01)
Drs. 19/5372, 19/5925

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4898, 19/5926
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Studie und Folgeabschätzung zur Aufweichung der Schuldenbremse
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 19/4899, 19/5926
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security
(Kap. 06 20 Tit. 682 71)
Drs. 19/4900, 19/5926

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Bürgerschaftsprogramm Geothermie (Kap. 07 05 neuer Tit.) (Drucksache 19/5211)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin				Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	37	124	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken IV - Neue Investitionsoffensive beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Bayern starten (Kap. 07 03 Tit. 892 98) (Drucksache 19/5216)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	121	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Nachrüstung Energiespeicher und Energiemanagementsysteme
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5210, 19/5927
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürgerschaftsprogramm Geothermie
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5211, 19/5927
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunalkredite für Nahwärmenetze
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5212, 19/5927
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken I – F&E-Förderung
für Fahrzeugdigitalisierung und Autonomes Fahren ausbauen
(Kap. 07 02 Tit. 683 57)
Drs. 19/5213, 19/5927
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken II – Neue F&E-Förderung
für Batterietechnologie aufsetzen
(Kap. 07 02 Tit. 683 60)
Drs. 19/5214, 19/5927

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken III – Neue Qualifizierungsoffensive für die Fachkräfte der digitalen Zukunft starten
(Kap. 07 02 Tit. 686 85)
Drs. 19/5215, 19/5927
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken IV – Neue Investitionsoffensive beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Bayern starten
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 19/5216, 19/5927
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Handwerk und Mittelstand stärken – Digitalbonus ausweiten
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 19/5217, 19/5927
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zukunft gemeinsam gestalten: Regionale Transformationsnetzwerke für Bayerns Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 65)
Drs. 19/5218, 19/5927
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Kürzungen an Bayerns industrieller Zukunft: Klimaneutralität in der Industrie und strategische Autonomie bei Halbleitern weiter fördern
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)
Drs. 19/5219, 19/5927
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Raumfahrttechnologien – Verteilung der Mittel einer Verpflichtungsermächtigung auf die Haushaltsjahre 2025 mit 2028
(Kap. 07 03 Tit. 893 79)
Drs. 19/5220, 19/5927
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr finanzielle Unterstützung und Risikoabsicherung für Geothermieprojekte
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 19/5221, 19/5927
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen zur Dekarbonisierung in der Industrie und auf Basis des European Chips Act
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)
Drs. 19/5228, 19/5927

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 19/5229, 19/5927
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen zum Ausbau der bayerischen Halbleiterindustrie auf Basis des European Chips Act
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5230, 19/5927
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des TCTF-Förderprogrammes
(Kap. 07 04 Tit. 892 01)
Drs. 19/5231, 19/5927
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 73 - 78)
Drs. 19/5232, 19/5927
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zur Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke Gundremmingen C und Isar
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5233, 19/5927
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Gaskraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5234, 19/5927
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Kleinwasserkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5235, 19/5927
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse für das Programm „Biogas ans Netz“
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5236, 19/5927

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Vielfältige Fruchtfolge zum Humuserhalt K33 (Kap. 08 06 Tit. 683 75) (Drucksache 19/5284)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	124	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: EU-Schulprogramm an gestiegenes Preisniveau anpassen
(Kap. 08 06 Tit. 683 01)
Drs. 19/5283, 19/5928
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vielfältige Fruchtfolge zum Humuserhalt K33
(Kap. 08 06 Tit. 683 75)
Drs. 19/5284, 19/5928
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schützt die Bienen – Koordinationsstelle Asiatische Hornisse
(Kap. 08 72 neuer Tit.)
Drs. 19/5285, 19/5928
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den ökologischen Landbau attraktiver gestalten
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 19/5286, 19/5928
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von New-Food-Initiativen
(Kap. 08 03 Tit. 684 59)
Drs. 19/5287, 19/5928
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Direktvermarktung und regionale Wertschöpfung stärken
(Kap. 08 03 Tit. 892 90)
Drs. 19/5288, 19/5928

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für mehr Tierwohl – zusätzliche Mittel für höhere Standards im Stall
(Kap. 08 03 Tit. 892 96)
Drs. 19/5289, 19/5928
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen beim Waldumbau angemessen unterstützen
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
Drs. 19/5290, 19/5928
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Private Waldbesitzer beim Waldumbau angemessen unterstützen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 19/5291, 19/5928
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulfruchtprogramm ausweiten – auch Krippenkinder brauchen kostenloses Obst!
(Kap. 08 06 Tit. 683 01)
Drs. 19/5292, 19/5928
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Produktivität und Umweltverträglichkeit erhöhen – Agrarforschung ausbauen
(Kap. 08 10 Tit. 428 60)
Drs. 19/5293, 19/5928
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Invasive Arten besser erforschen
(Kap. 08 10 Tit. 683 60)
Drs. 19/5294, 19/5928
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schlagkräftige Forstverwaltungen für einen beschleunigten Waldumbau
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 19/5295, 19/5928
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas in der Landwirtschaft, insbesondere Moorschutz
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 19/5296, 19/5928

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen
(Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)
Drs. 19/5297, 19/5928
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderprogramm für kleine Skiliftbetreiber
(Kap. 08 09 neuer Tit.)
Drs. 19/5298, 19/5928

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Schwimmbadförderung deutlich aufstocken (Kap. 09 03 Tit. 883 05) (Drucksache 19/5327)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin				Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal				Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			X
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	33	121	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Kommunale Wohnraumförderung aufstocken - Wohnen muss bezahlbar sein (Kap. 09 04 neuer Tit.) (Drucksache 19/5328)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Soziale Wohnraumförderung massiv erhöhen (Kap. 09 04 Tit. 863 69) (Drucksache 19/5332)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Griebhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	121	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Pilotförderung: Machbarkeitsstudie zu gemeinsamen Schwimmbädern im Landkreis Fürth als Modell für kommunale Zusammenarbeit
(Kap. 09 02 Tit. 526 11)
Drs. 19/5326, 19/5929
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwimmbadförderung deutlich aufstocken
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5327, 19/5929
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunale Wohnraumförderung aufstocken –
Wohnen muss bezahlbar sein
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5328, 19/5929
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgleich der Mehrausgaben für Notvergaben – Zuschüsse für ÖPNV des Landkreises und der Stadt Ansbach
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 19/5329, 19/5929
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe im Landkreis Wunsiedel
(Kap. 09 07 Tit. 891 74)
Drs. 19/5330, 19/5929

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwimmbadförderung erhöhen
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5331, 19/5929
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Soziale Wohnraumförderung massiv erhöhen
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)
Drs. 19/5332, 19/5929
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Energetische Modernisierung und barrierefreien/-armen Umbau von Wohngebäuden fördern
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 19/5333, 19/5929
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 19/5334, 19/5929
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Radverkehr stärken
(Kap. 09 06 Tit. 883 81)
Drs. 19/5335, 19/5929
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Barrierefreien Ausbau von bayerischen Bahnhöfen beschleunigen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 19/5336, 19/5929
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes beschleunigen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 19/5337, 19/5929
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufstockung des Personals in den Staatlichen Bauämtern
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 19/5338, 19/5929

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 19/5339, 19/5929
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden
für das Ermäßigungsticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 62)
Drs. 19/5340, 19/5929
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 19/5341, 19/5929
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 09 40 Tit. 514 01)
Drs. 19/5342, 19/5929

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Frauenhäusern und Fachberatungsstellen helfen und Gewaltschutz stärken (Kap 10 07 Tit. 684 82) (Drucksache 19/5565)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	120	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Keine Kürzung des Zuschusses an das Frauenhaus München (Kap. 10 07 Tit. 684 82) (Drucksache 19/5567)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo				Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	117	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Auf dem Weg zum bayerischen Gehörlosengeld - Einmalzahlung für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen in Bayern (Kap. 10 03 Tit. 681 02) (Drucksache 19/5572)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina			X
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian				Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	116	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Für Bayerns KITAS I - Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote (Kap. 10 07 Tit. 883 01) (Drucksache 19/5582)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	32	118	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Für Bayerns KITAS II - Betriebskostenförderung jetzt erhöhen (Kap. 10 07 Tit. 633 89) (Drucksache 19/5583)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Köhler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus			
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	119	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwangerenberatung stärken
(Kap. 10 07 Tit. 633 77)
Drs. 19/5563, 19/5930
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Staatliche Kita-Finanzierung erhöhen für mehr Qualität und Verlässlichkeit
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 19/5564, 19/5930
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Frauenhäusern und Fachberatungsstellen helfen und Gewaltschutz stärken
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5565, 19/5930
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schaffung einer Fachberatungsstelle bei häuslicher Gewalt Nordoberpfalz
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5566, 19/5930
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Kürzung des Zuschusses an das Frauenhaus München
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5567, 19/5930
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vollküchen für Grundschulen mit Ganztagsangebot
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5568, 19/5930

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erhalt des Walchenseecamps
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5569, 19/5930
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rettung der inklusiven Kindertagesstätte „Aktion Vorschulerziehung e.V.“
in Lauf an der Pegnitz
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5570, 19/5930
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Landesprogramm für die Finanzierung von Ganztageskoordinatoren auf kommunaler Ebene
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5571, 19/5930
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Auf dem Weg zum bayerischen Gehörlosengeld – Einmalzahlung für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 681 02)
Drs. 19/5572, 19/5930
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Flächendeckender Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 19/5573, 19/5930
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Harry Scheuenstuhl, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der zwölf Bahnmissionsmissionen in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 19/5574, 19/5930
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 19/5575, 19/5930
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Überbrückungshilfe für die Freiwilligendienste in Bayern aufgrund des fehlenden Abiturjahrgangs 2025
(Kap. 10 05 TG 73)
Drs. 19/5576, 19/5930

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 19/5577, 19/5930
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Förderung von Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 19/5578, 19/5930
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 19/5579, 19/5930
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen auskömmlich finanzieren – Pauschalen anheben
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 19/5580, 19/5930
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: „Stabsstelle Queer“ zur Umsetzung des Aktionsplans Queer
(Kap. 10 07 Tit. 428 61)
Drs. 19/5581, 19/5930
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas I – Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 19/5582, 19/5930
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas II – Betriebskostenförderung jetzt erhöhen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 19/5583, 19/5930
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas III – Stützsysteem ausbauen und nachhaltig finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 633 95)
Drs. 19/5584, 19/5930

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas IV – Ausbau des Sprach-Kita-Programms
(Kap. 10 07 Tit. 633 95)
Drs. 19/5585, 19/5930
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für aufsuchende Seniorenarbeit
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 19/5586, 19/5930
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Integration des Deutschland-Tickets in Juleica
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 19/5587, 19/5930
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendarbeit in Bayern braucht ein stabiles Fundament
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 19/5588, 19/5930
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausbau der Täterarbeit zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 19/5589, 19/5930
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer (Radikalisierungsprävention)
(Kap. 10 01 Tit. 428 21)
Drs. 19/5590, 19/5930
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 19/5591, 19/5930
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 19/5592, 19/5930

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Streichung der Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 19/5593, 19/5930
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 19/5594, 19/5930

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum (Kap. 12 77 neue TG) (Drucksache 19/5245)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Köhler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	120	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes
und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/5241, 19/5931
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für
Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 19/5242, 19/5931
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionskostenzuschuss für die Katzenstation des Tierheims Höchstädt
(Lkr. Dillingen)
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/5243, 19/5931
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken und dem Bedarf anpassen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97)
Drs. 19/5244, 19/5931
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum
(Kap. 12 77 neue TG)
Drs. 19/5245, 19/5931

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Souveränität für Verbraucher in Bayern –
Verbraucherschutzorganisation personell und vor Gericht stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 19/5246, 19/5931
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturschutz und Landschaftspflege für Bayern sicherstellen
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/5247, 19/5931
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürgerwillen respektieren – Bayerns Artenvielfalt wieder aufblühen lassen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/5248, 19/5931
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen –
Handlungsfähige Tierheime garantieren
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 19/5249, 19/5931
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen –
Ausbau und Modernisierung von Tierheimen voranbringen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/5250, 19/5931
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern erhalten –
Umweltforschung stärken
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 19/5251, 19/5931
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Kontrollbehörden stärken
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 19/5252, 19/5931
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern –
Wasserwirtschaftsämter stärken
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 19/5253, 19/5931

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Klarheit für Bayerns Landwirte –
Ausbau der Grundwassermessstellen absichern
(Kap. 12 77 Tit. 784 78)
Drs. 19/5254, 19/5931
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft ökonomisch absichern – Wassercent einführen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 19/5255, 19/5931
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 19/5256, 19/5931
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung,
insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 19/5257, 19/5931

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Kommunen stärken - Bezirke angemessen ausstatten (Kap. 13 10 Tit. 633 08) (Drucksache 19/5622)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin							
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	119	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: sogenannte Fraktionsreserve auflösen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5616, 19/5932
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5617, 19/5932
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rücklagenentnahme
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/5618, 19/5932
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken – Schlüsselmasse erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 19/5619, 19/5932
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Staatliche Aufgaben in den Landratsämtern finanzieren
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 19/5620, 19/5932
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 19/5621, 19/5932

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken – Bezirke angemessen ausstatten
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 19/5622, 19/5932
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 19/5623, 19/5932
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken – Schulbau und Schulsanierung
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 19/5624, 19/5932
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 19/5625, 19/5932
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5626, 19/5932
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/5627, 19/5932
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufstockung der Mittel für die Härtefallregelung im Rahmen der aktuellen Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 19/5628, 19/5932
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – eine echte Krankenhausmilliarde für die Bayerischen Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 19/5629, 19/5932

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verzicht auf Tilgung
(Kap. 13 19 Tit. 325 52)
Drs. 19/5630, 19/5932
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5631, 19/5932
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schuldentilgung
(Kap. 13 06 Tit. 325 64)
Drs. 19/5632, 19/5932

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm "PflegesoNah" (Kap. 14 04 Tit. TG 86) (Drucksache 19/4922)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Köhler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	118	0

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 19/4918, 19/5933
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 19/4919, 19/5933
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 19/4920, 19/5933
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Ersatzneubau von Pflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/4921, 19/5933
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflugesoNah“
(Kap. 14 04 Tit. TG 86)
Drs. 19/4922, 19/5933

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Modernisierung von Pflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/4923, 19/5933
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Rückkehrbonus für Pflegekräfte
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/4924, 19/5933
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur –
Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 TG Tit. 686 63)
Drs. 19/4925, 19/5933
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Umschichtung von Personalmitteln aus dem Gesundheitsministerium
in die Staatskanzlei
(Kap. 14 01 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 19/4926, 19/5933
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen der Suchtprävention bei der
Beratungsstelle INCA
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/4927, 19/5933
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kontrolleinheit für Cannabis-Anbauvereinigungen
(Kap. 14 23 TG 64)
Drs. 19/4928, 19/5933
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Finanzielle Sicherheit für die häusliche Pflege und ambulante Pflege
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/4929, 19/5933
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Finanzielle Sicherheit für Krankenhäuser
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4930, 19/5933

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der IT-Sicherheit in bayerischen Krankenhäusern
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4931, 19/5933
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterstützungsfonds für die Beerdigungskosten verstorbener Kinder
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4932, 19/5933
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schutz und Unterstützung des bayerischen Pflegepersonals
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 19/4933, 19/5933

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisung zur Unterstützung des Theaters Hof
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5546, 19/5934
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bauunterhalt der Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 19/5548, 19/5934
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 19/5550, 19/5934
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an ArbeiterKind.de gGmbH
(Kap. 15 06 Tit. 686 03)
Drs. 19/5551, 19/5934
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 19/5552, 19/5934
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung im Bereich der Digitalisierung
(Kap. 15 06 TG 89)
Drs. 19/5553, 19/5934

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Katja Weitzel u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 19/5554, 19/5934
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 19/5555, 19/5934
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 19/5556, 19/5934
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare Staatsverwaltung“
(Kap. 15 02 Tit. 547 02)
Drs. 19/5557, 19/5934
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors
(Kap. 15 02 neuer Tit.)
Drs. 19/5558, 19/5934
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an das Bayerische Nationalmuseum
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5559, 19/5934

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für eine smarte Landesplanung: Einführung eines Digitalen Zwillinges für Bayern
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 19/4905, 19/5935
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 19/4906, 19/5935
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten
(Kap. 16 01 Tit. 511 99)
Drs. 19/4907, 19/5935
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sparsames Digitalministerium I – Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 16 01 Tit. 818 01)
Drs. 19/4908, 19/5935
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sparsames Digitalministerium II – Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 16 01 Tit. 812 01)
Drs. 19/4909, 19/5935

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse für die bayerische Digitalagentur
(Kap. 16 03 Tit. 685 01)
Drs. 19/4910, 19/5935
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zukunftsagenda Digital
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 19/4911, 19/5935